

Preussische Allgemeine



Nr. 9 · 4. März 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Die Wiederkehr des Schreckens

Putins Krieg und seine Folgen für die Ukraine,
das Baltikum und Deutschland **Seiten 1, 3, 8, 12 und 13**



Geschichte Als Zar Peter I.
Russlands Fenster zum
Westen aufstieß **Seite 11**



Abschied Ein Urlaub auf
der Kurischen Nehrung im
Winter 1942/43 **Seite 23**

KRIEG IN EUROPA

Das Ende vieler Träume und der harte Aufprall in der Realpolitik

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine reißt die Deutschen aller politischen Lager aus ihren jeweiligen Wunschvorstellungen – und zwingt sie zur Anerkennung lange verdrängter Realitäten

VON RENÉ NEHRING

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat viele Gewissheiten der vergangenen Jahrzehnte zerstört. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs versucht der Machthaber eines europäischen Staates einen Nachbarstaat von der Landkarte zu tilgen.

Noch ist nicht klar, wie lange der Krieg gehen und wie viele Menschenleben er kosten wird und ob andere Länder mit hineingezogen werden. Klar scheint, dass der russische Präsident Wladimir Putin diesen Krieg nicht gewinnen kann. Selbst wenn – wonach es beim Schreiben dieser Zeilen nicht aussieht – die russischen Invasionstruppen schon bald den Widerstand der tapferen Ukrainer brechen sollten, droht ihnen ein langer, zermürbender Partisanenkrieg. Sicher ist Putin und seinen Invasoren hingegen die jahrzehntelange Verachtung der Ukrainer – und die nahezu vollständige Isolation in der internationalen Staatengemeinschaft.

Für die Deutschen – und zwar in allen politischen Lagern – markiert der 24. Februar 2022 das jähe Ende vieler Wunschvorstellungen und Selbsttäuschungen. Diejenigen, die sich trotz der KGB-Vergangenheit des russischen Machthabers, trotz seines brutalen Umgangs mit abtrünnigen Gebieten, trotz unzähliger ungeklärter Morde an oppositionellen Politikern und

Journalisten und trotz der gewaltsamen Abtrennung der Krim im Jahre 2014 nicht vorstellen konnten, dass Wladimir Putin so weit gehen würde, sehen sich nun eines Schlechteren belehrt. Der Ehrlichkeit halber muss auch der Autor dieser Zeilen eingestehen, dass er einen solchen Akt der Aggression nicht für möglich gehalten hat.

Allerdings ging es den in den vergangenen Jahren oft als „Russland-Versteher“ Gescholtenen nicht um die Person Putin, sondern um die Verständigung zweier großer europäischer Nationen. Ein solches Ansinnen kann niemals falsch sein.

Sicherheitspolitische Kehrtwende

Auch sonst hat der Ausbruch des Krieges die Deutschen auf den Boden schmerzlicher Realitäten geholt. Die Bundesregierung etwa widmete in ihrem Koalitionsvertrag der Sicherheitspolitik gerade einmal dreieinhalb Seiten (auf denen das Wort Bundeswehr nicht einmal vorkommt), dem Kapitel „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ hingegen stolze 21 Seiten!

Immerhin: Bundeskanzler Scholz hat am Sonntag eine fundamentale Kehrtwende angekündigt und als ersten Schritt die Einrichtung eines 100 Milliarden Euro umfassenden „Sondervermögens Bundeswehr“ verkündet. Auch Außenministerin Baerbock, die noch vor zwei Wochen alle deutschen Auslandsvertretungen zu „Agenturen des Kampfes gegen den Kli-

mawandel“ erklärte, ist nun sichtbar bemüht, der neuen Lage gerecht zu werden.

Die angekündigte Kehrtwende kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der sicherheitspolitische Zustand Deutschlands kein Naturereignis war, sondern das Ergebnis einer langen bewussten Vernachlässigung. Deshalb hat auch die oppositionelle Union keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, stellte sie doch seit dem Ende des Kalten Krieges die meiste Zeit über die Bundeskanzler, Verteidigungsminister und Finanzminister. Trotz einer beispiellosen Ausweitung der Aufgaben der Bundeswehr, die die Truppe unter anderem ans Horn von Afrika, auf den Balkan und an den Hindukusch führte, strich der Bund Jahr für Jahr die „Friedensdividende“ ein – bis Deutschland noch nicht einmal bedingt abwehrbereit war.

Eine weitere Folge der neuen Zeit ist die Wiederentdeckung des europäischen Ostens als politische Landschaft. Seit den Tagen des Kalten Krieges, als führende Köpfe des Westens der eigenen Hemisphäre eine zivilisatorische Höherstellung bescheinigten, galt alles Östliche als rückständig – und wurde entsprechend vernachlässigt. Selbst als mit dem Zerfall von Warschauer Pakt und Sowjetunion zahlreiche neue Nationalstaaten entstanden und viele von ihnen Richtung NATO und EU strebten, änderte dies an der Haltung im Westen wenig. Es wurde erwartet, dass sich Polen, Tschechen, Ungarn und Balten

an den westlichen Maßstäben orientieren. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich erklären, dass der Westen die Existenz einer ukrainischen Nation und deren Wunsch nach Souveränität viel zu lange nicht ernst genommen hat. Mögen Kiew, Odessa oder Lemberg auch bedeutende europäische Kulturstädte gewesen sein – für die meisten Westeuropäer waren es bestenfalls Orte kurz vor dem Ural.

Wie obsessiv die Verdrängung der historischen Landschaften im Osten betrieben wurde, zeigt sich an der vielfachen Missachtung der alten deutschen Orts- und Landschaftsnamen, darunter Königsberg und das nördliche Ostpreußen, die nun zum aktuellen Krisengebiet gehören. Obwohl Königsberg die Heimat bedeutender Persönlichkeiten der eigenen Geschichte war, gebrauchten etliche Deutsche heute lieber den Namen „Kaliningrad“ – ganz so, als könnten sie sich damit einer störenden historischen Last entledigen.

Nun kommen einige dieser östlichen Landschaften mit Gewalt zurück. Bei allen anstehenden Debatten der nächsten Zeit sollten wir jedoch nicht vergessen, dass es die Menschen in der Ukraine sind, die derzeit am meisten unter den neuen Realitäten zu leiden haben: die Väter und Söhne, die sich den Aggressoren entgegenstellen; die Zivilisten, die in Kiew, Charkiw und andernorts im Hagel russischer Raketen sterben, sowie die Mütter und Kinder, die gerade auf der Flucht gen Westen sind.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie US-amerikanische Behörden internationale Finanzdaten abgreifen **Seite 7**

Kultur

Zum 250. Geburtstag des Vordenkers der Romantik Friedrich Schlegel **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Der Trakehner Verband trauert um einen charismatischen Hengst **Seite 16**

Lebensstil

Gas- und Kohlequellen, die zum Teil seit Jahrhunderten in Flammen stehen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Unbequeme Fragen an BioNTech Fünf Lehrstuhlinhaber für Physik und analytische beziehungsweise organische und anorganische Chemie stellten Uğur Şahin in zwei offenen Briefen fünf brisante Fragen

Die fünf Fragen an BioNTech

Nach als unbefriedigend empfundenen Antworten folgte als nächstes ein Brief an das Paul-Ehrlich-Institut

WOLFGANG KAUFMANN

In Indien leben knapp 1,4 Milliarden Menschen. Insofern bildet das Land ein potentielles Dorado für jeden Hersteller von Corona-Impfstoffen. Umso überraschender ist die Entscheidung des US-Pharmariesen Pfizer, der zusammen mit dem deutschen Unternehmen BioNTech das Vakzin BNT162b2 alias Comirnaty entwickelte und produziert, den indischen Markt nicht zu beliefern.

Zuvor hatte die in Neu-Delhi ansässige Arzneimittelbehörde Central Drugs Standard Control Organisation (CDSCO) als Voraussetzung für die Zulassung in Indien eine unabhängige Sicherheits- und Wirksamkeitsstudie gefordert, die BioNTech/Pfizer aber verweigerte. Das nährt den schon seit Längerem bestehenden Verdacht, dass es bei der Notzulassung seitens der U.S. Food and Drug Administration (FDA) nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Die zwei offenen Briefe

Und auch in Europa spielte sich Merkwürdiges ab. Anlässlich der bedingten und befristeten Zulassung in der EU legte die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) BioNTech/Pfizer die Verpflichtung auf, bis zum vergangenen Juli zusätzliche Studien über die Risiken und Nebenwirkungen einer Comirnaty-Impfung vorzulegen. Das taten die beiden Unternehmen aber nicht. Dennoch verlängerte die EMA die Zulassung im Oktober still und leise um ein weiteres Jahr, was zu erheblichen Irritationen in der Fachwelt führte.

Vor diesem Hintergrund wurde der BioNTech-Gründer und -Vorstandsvorsitzende Uğur Şahin Ende Januar/Anfang Februar in zwei offenen Briefen, welche die „Berliner Zeitung“ abdruckte, mit mehreren brisanten Fragen konfrontiert. Sie kamen von den fünf Lehrstuhlinhabern für Physik und analytische beziehungsweise organische und anorganische Chemie Jörg Matysik (Universität Leipzig), Gerald Dyker (Ruhr-Universität Bochum), Andreas Schnepf (Universität Tübingen), Tobias Unruh (Universität Erlangen-Nürnberg) und Martin Winkler (Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften).

Zum Ersten sollte Şahin erklären, warum BioNTech den von der EMA aufer-



Blieb zufriedenstellende Antworten schuldig: Comirnaty-Erfinder Uğur Şahin

Foto:imago/Horst Galuschka

legten „besonderen Verpflichtungen“ hinsichtlich der Prüfung der Brauchbarkeit der Vakzin-Zusatzstoffe ALC-0159 und ALC-0315 (siehe zu diesen den Artikel unten) nicht nachgekommen sei.

Die Antwort von BioNTech

Zum Zweiten ging es um die Vergleichbarkeit der einzelnen Chargen des Impfstoffes. Es gebe gehäuft Berichte über besonders viele oder schwere Nebenwirkungen bei bestimmten Chargennummern. Was sage Şahin dazu?

Zum Dritten wollten die Fragesteller wissen, wieso die Farbe von Comirnaty laut den Angaben des Herstellers zwischen Weiß und Grauweiß wechseln könne. Deute dies auf fallweise Verunreinigungen hin?

Zum Vierten sahen die Wissenschaftler Aufklärungsbedarf hinsichtlich der Prüfparameter bei der internen Qualitätskontrolle durch BioNTech. Durch welche Standardprozeduren werde si-

chergestellt, dass die Nanopartikel mit samt der darin verpackten mRNA zum Zeitpunkt der Impfung intakt seien sowie auch bei jeder Charge in ausreichender Konzentration vorlägen?

Und zum Fünften fragten die Professoren Şahin nach den Nebenwirkungen unmittelbar im Anschluss an die Impfung, denn die hingen sicher nicht mit der Immunantwort auf das verabreichte Spike-Protein zusammen, „sondern sind eher einer toxischen oder allergischen Reaktion zuzuschreiben.“ Gebe es hierzu weiterführende Untersuchungen?

Der Brief ans Paul-Ehrlich-Institut

Die Antworten hierauf, die allerdings nicht von Şahin selbst, sondern von einer Unternehmenssprecherin von BioNTech kamen, fielen ausnehmend dürr, dünn und ausweichend aus. Alle im Impfstoff verwendeten Materialien seien sicher und „für die Anwendung am oder im Menschen zugelassen“. Ebenso wisse

man von keinen chargenspezifischen Nebenwirkungen.

Das veranlasste die fünf Fragesteller nun zu einem zusätzlichen offenen Brief an das Paul-Ehrlich-Institut/Bundesinstitut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel (PEI), dem auch die finale Zulassung von Vakzinen wie Comirnaty für den Einsatz in Deutschland obliegt. In dem Schreiben hieß es, man hege die „außerordentlich große Sorge ...“, dass dieser neuartige Impfstoff möglicherweise NICHT zum Vorteil für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland ist“. Außerdem wird das Institut nachdrücklich aufgefordert, das „vollständige Protokoll zur Qualitätskontrolle“ bei Comirnaty vorzulegen und mitzuteilen, ob tatsächlich „alle Verdachtsfälle auf Impfschäden“ zum PEI „durchdringen“.

Nun bleibt abzuwarten, wie das Institut als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums hierauf reagiert.

PHARMAKOKINETIK

Welche Nebenwirkungen verursachen die Nano-Lipide?

Auch auf diese Frage blieb BioNTech bislang eine befriedigende Antwort schuldig

Die im BioNTech/Pfizer-Impfstoff Comirnaty enthaltenen mRNA-Moleküle sind sehr anfällig und werden schnell von Enzymen im menschlichen Körper zersetzt. Damit sie die Immunzellen überhaupt erreichen können, ist daher eine schützende Umhüllung mit Lipid-Nanopartikeln nötig. Diese bestehen im Falle von Comirnaty unter anderem aus Colfoscerilstearat (DSPC) und Cholesterol – das sind zwei erprobte und schon länger genutzte Hilfsstoffe. Dazu kommen noch die Lipide ALC-0315 und ALC-0159, die erstmals in einem Vakzin verwendet werden. Sie sollen garantieren, dass die mRNA an der Schutzhülle haftet, und eine zu frühe Reaktion des Immunsystems verhindern.

Allerdings gibt es erhebliche Unklarheiten, was die Pharmakokinetik dieser beiden Stoffe betrifft. Wie sieht ihr Weg durch den Körper aus, in welchen Organen lagern sie sich möglicherweise ab, und welche Nebenwirkungen stehen zu erwarten?

Weil mRNA-Vakzine wie Comirnaty als klassische Impfstoffe zugelassen wurden, sind im Prinzip keine pharmakokinetischen Studien erforderlich. Dennoch haben BioNTech/Pfizer solche nach eigenen Angaben durchgeführt, allerdings nur mit Ratten. Und da zeigten sich angeblich keine nennenswerten Probleme. Unabhängige Forscher, die mit Mäusen experimentierten, stuften die Nano-Lipide hin-

gegen als „hochgradig entzündungsfördernd“ ein. Darüber hinaus fanden japanische Wissenschaftler heraus, dass es auch zu bedenkliehen Anreicherungen in wichtigen Organen des Menschen kommen kann, was bestimmte Impfnebenwirkungen wie Herzmuskelschädigungen erklären würde.

Auf jeden Fall existieren keine allgemeingültigen Standards für die pharmazeutische Verwendung der Substanzen ALC-0159 und ALC-0315 bezüglich ihrer Eigenschaften, Anwendungsbereiche und der nötigen Qualitätsprüfungen. Darauf wiesen auch die fünf Chemie- und Physikprofessoren hin, die sich jetzt mit ihren drängenden Fragen zum BioNTech/Pfi-

Die in Comirnaty „verwendeten Materialien werden unter Anwendung der gültigen Qualitätsanforderungen ... hergestellt und geprüft“

BioNTech

zer-Impfstoff an den Hersteller und das Paul-Ehrlich-Institut gewandt haben. Dabei zitierten sie unter anderem aus einem Sicherheitsdatenblatt zu ALC-0315, in dem es heißt, das Lipid würde die Augen und die Schleimhäute reizen und sei möglicherweise auch krebserregend. Wieso werde ALC-0315 also in den menschlichen Körper injiziert, obwohl es eigentlich wie ein Gefahrstoff zu behandeln sei?

Die lakonische Antwort der Unternehmenssprecherin von BioNTech hierauf lautete: Die in Comirnaty „verwendeten Materialien werden unter Anwendung der gültigen Qualitätsanforderungen (Good Manufacturing Practice) hergestellt und geprüft“. W.K.

PHASE-III-STUDIE

Was ein Whistleblower berichtet

Die letztlich zulassungsrelevante Phase-III-Studie zu dem Corona-Impfstoff von BioNTech/Pfizer, die unter der Kennziffer NCT04368728 bei der FDA registriert wurde, sei durch zahlreiche Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet gewesen. Insbesondere habe das mit der Durchführung der Studie beauftragte, in Texas ansässige klinische Forschungsunternehmen Ventavia Research Group die Wirksamkeit des Vakzins geschönt und zugleich auch Nebenwirkungen heruntergespielt. Das ist die Kernaussage eines Artikels in der renommierten Fachzeitschrift „The British Medical Journal“ vom 2. November vergangenen Jahres aus der Feder des Biologen und Wissenschaftsjournalisten Paul D. Thacker. Dessen Kronzeugin wiederum war Brooke Jackson, die im September 2020 als Regionalmanagerin bei Ventavia angeheuert hatte.

Die ausgebildete Fachkraft für Klinische Studien mit mehr als 15 Jahren Berufserfahrung berichtete Thacker von eklatanten Datenfälschungen. Diese bewogen Jackson bereits zwei Wochen nach ihrer Arbeitsaufnahme, die FDA einzuschalten und über die Missstände bei Ventavia zu informieren. So sei den Mitarbeitern unter anderem nahegelegt worden, unwillkommene Daten zu „korrigieren“. Nur durch solche Manipulationen hätte BioNTech/Pfizer gegenüber der FDA behaupten können, Comirnaty garantiere einen 95-prozentigen Schutz gegen eine Infektion mit dem Coronavirus. In Wirklichkeit sei die Quote der trotz Impfung Erkrankten auffällig hoch gewesen, aber die entsprechenden Angaben fehlten im Testbericht von Ventavia. Und tatsächlich bestätigten später andere Zeugen, dass Probanden mit „COVID-ähnlichen Symptomen“ vielfach gar nicht oder zumindest deutlich zu spät getestet wurden.

Eine Reaktion der FDA auf die Enthüllungen der Whistleblowerin Jackson gab es nicht. Vielmehr erteilte die Aufsichtsbehörde am 11. Dezember 2020 die Notzulassung für das Comirnaty-Vakzin. W.K.

● MELDUNGEN

Garnisonkirche setzt sich durch

Potsdam/Berlin – Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat am 16. Februar einen Antrag der Linkspartei zu einem Förderstopp für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche abgelehnt. Die Partei forderte, weitere Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt so lange zu sperren, bis den Forderungen des Bundesrechnungshofs (BRH) „vollumfänglich entsprochen“ worden ist. Der BRH hatte bei einer Prüfung festgestellt, dass bei der öffentlichen Förderung des Wiederaufbauprojekts Zuwendungsrecht verletzt worden ist. Auch ein Antrag der CDU, die Fördermittel bis zum April zu sperren, scheiterte im Bundestagshaushaltsausschuss. Nach den Vorstellungen der Union sollte zudem ein Plan vorgelegt werden, in dem die Finanzierungsfragen und auch die Weiterführung des Projekts geklärt werden. Mit dem Scheitern der beiden Anträge von Linkspartei und CDU liegt die Entscheidung über die weitere Auszahlung von Fördermitteln zunächst wieder bei der Kulturstatsministerin Claudia Roth von den Grünen. N.H.

Cum-Ex: Jurist ausgeliefert

Lausanne – Das oberste Gericht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, das Bundesgericht mit Hauptsitz in Lausanne, hat als abschließende Instanz einer Überstellung Hanno Bergers in die Bundesrepublik Deutschland zugestimmt. In seinem Beschluss bezeichnete das Bundesgericht das Vorgehen des wegen Steuerhinterziehung in dreistelliger Millionenhöhe angeklagten Steueranwalts als arglistig. „Es kann offensichtlich nicht richtig sein, dass eine einbehaltene Steuer zweimal ausgezahlt wird“, so das Gericht. Gegen den in Frankfurt am Main geborenen Deutschen haben die Generalstaatsanwaltschaft seiner Geburtsstadt und die Staatsanwaltschaft Köln Anklage wegen Steuerhinterziehung in besonders schwerem Fall erhoben. Der ehemalige Finanzbeamte gilt als einer der Architekten der sogenannten Cum-Ex-Geschäfte, mit denen sich Banken und Investoren durch Aktientransfers nie gezahlte Kapitalertragsteuer erstatten ließen. Der 71-Jährige hat zuletzt in der Schweiz gelebt und versucht, auf juristischem Wege seine Auslieferung zu verhindern. N.H.

Wieder mehr Asylanträge

Brüssel/Valletta – Wie die European Union Agency for Asylum (EUAA) mitteilte, gingen im vergangenen Jahr rund 617.800 Anträge auf internationalen Schutz bei den Behörden der EU-Mitgliedsstaaten, Norwegens und der Schweiz ein. Das sind rund ein Drittel mehr als im Vorjahr 2020. Die Zahl der Asylanträge in Europa hat damit wieder das Niveau zwischen den Jahren 2017 und 2019, also vor der Corona-Pandemie, erreicht. Die meisten Anträge stellten Syrer mit 106.000, die zweitmeisten Afghanen mit 97.800. In etwa 35 Prozent der Fälle erkannten die Behörden einen Flüchtlingsstatus oder einen Anspruch auf subsidiären Schutz zu. N.H.



Ballon-Aktion der „Letzten Generation“ am BER vom 25. Februar: Die Polizei inspiziert die Luftballons der Aktivistin

Foto: ddp images

KLIMAAKTIVISTEN

Auf dem Weg zur „grünen RAF“

Die Mittel und Methoden der Anhänger des „Aufstands der letzten Generation“ werden immer radikaler

VON NORMAN HANERT

In einem „Spiegel“-Interview hat Tazio Müller im vergangenen November erklärt, eine Radikalisierung der Klimabewegung sei „sehr wahrscheinlich“. „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“, so der langjährige Klimaaktivist, der bis zum vergangenen Jahr als Referent in der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt war. Bei der auch einfach nur „Letzte Generation“ genannten Initiative „Aufstand der letzten Generation“ ist nun zu beobachten, wie Klimaaktivisten innerhalb von wenigen Monaten zu immer radikaleren Mitteln greifen.

Bereits im letzten Herbst hatten Anhänger der Initiative der Politik ganz unverblümt ein Ultimatum gestellt. Nach einer Diskussion mit dem damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz kündigte der Klimaaktivist Henning Jeschke am 12. November ganz offen an, wenn die neue Bundesregierung nicht sofort zu mehr Klimaschutz umsteuere, dann „werden wir ab Januar die Bundesrepublik stilllegen“.

Dem vorausgegangen war ein 27-tägiger Hungerstreik, mit dem Anhänger der „Letzten Generation“ die Ausrufung eines

Klimanotstands erzwingen wollten. Erst als sich die drei Kanzlerkandidaten von SPD, Union und Grünen bereit erklärten, nach der Bundestagswahl für ein politisches Gespräch zur Verfügung zu stehen, fanden sich die Aktivisten bereit, den Hungerstreik zu beenden.

„Ziviler Widerstand“

Im Januar legten Anhänger der Initiative dann tatsächlich immer wieder durch Straßenblockaden den Verkehr in deutschen Städten lahm. Allein in Berlin registrierte die Polizei im Januar und Februar mehr als vierzig Blockaden oder Blockadeversuche.

Am 16. Februar startete die nächste Eskalationsstufe. Vor dem Reichstag verlasen Aktivisten der „Letzte Generation“ einen offenen Brief, in dem Scholz abermals ein Ultimatum gestellt wurde. Die Gruppe forderte die Bundesregierung auf, „sich bis Sonntagabend zur Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats als Grundlage unserer Forderung zu äußern und insbesondere die Umsetzung des ‚Essen-Retten-Gesetzes‘ zuzusagen“.

Für den Fall, dass die Politik „versagt“, „ihre Bevölkerung zu schützen“, drohte die Gruppe „zivilen Widerstand“ an. Kon-

krete benannt wurde, „anfällige Infrastruktur wie Häfen und Flughäfen als Ausdruck unseres unverändert fossilen Alltags“ zu stören.

Inzwischen sind solche Aktionen gegen „anfällige Infrastruktur“ angelaufen. In den Morgenstunden des 25. Februar haben Aktivisten der „Letzten Generation“ versucht, in die Sicherheitsbereiche mehrerer Flughäfen einzudringen. In der Nähe des Hauptstadtflughafens BER nahm die Polizei zwei Personen in Gewahrsam, die möglicherweise das Ziel hatten, den Flugverkehr mit Ballons zu blockieren. Beiden Festgenommenen wird der Versuch eines gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr vorgeworfen. Die Aktionen der „Letzten Generation“ haben damit eine weitere Eskalationsstufe erreicht.

Grüne reagieren widersprüchlich

Berlins Polizei nimmt die Gefahr, die von den Aktivisten ausgeht, sehr ernst. Beim Landeskriminalamt arbeitet inzwischen eine eigene Ermittlungsgruppe namens „EG Asphalt“. Die Polizei spricht zudem auch ganz gezielt einzelne Aktivisten als Gefährder an. Da viele der Autobahnblockierer gar nicht in Berlin leben, versuchen die Berliner Ermittler auch Melde-

auflagen an den jeweiligen Heimatwohnsitzen zu erwirken.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft forderte inzwischen sogar die Beobachtung von Mitgliedern der „Letzten Generation“ durch den Verfassungsschutz. Die Ankündigung, möglicherweise auch Flughäfen und andere kritische Infrastrukturen zu blockieren, wertet die Polizeigewerkschaft als Versuch, Verfassungsorgane durch Straftaten zu nötigen.

Dass sich die Bundesregierung geschlossen dieser Einschätzung anschließt, ist derzeit eher fraglich. Spitzenpolitiker der Grünen senden nämlich höchst unterschiedliche Signale zum Umgang mit den radikalen „Klimaschützern“. Der Co-Parteichef der Grünen, Omid Nouripour, distanzierte sich sehr deutlich von den Aktionen: „In dem Augenblick, in dem kritische Infrastruktur angegangen wird, in dem Menschen bedroht werden und in dem Ultimaten ausgesprochen werden, hat das mit Demokratie nicht mehr viel zu tun.“

Jürgen Trittin verteidigte dagegen die Autobahnblockaden der „Letzten Generation“: „Es gibt eben verschiedene Protestformen. Manche nehmen für sich in Anspruch, zivilen Ungehorsam auszuüben – das macht sie nicht zu Gewalttätern.“

PANDEMIEN

Forscher warnen vor Gefahr für die Menschheit

In ihrer „Hamburger Erklärung“ fordern 47 Wissenschaftler das Verbot der „Gain of Function“-Forschung

In einem eindringlichen Appell haben sich 47 Wissenschaftler aus zwölf Ländern unter Führung des Hamburger Professors Roland Wiesendanger für ein internationales Verbot der „Gain of Function“-Forschung ausgesprochen. Bei der Forschung werden Viren genetisch so verändert, dass sie leichter auf Menschen übertragbar sind.

Wiesendanger ist der bekannteste deutsche Vertreter der sogenannten Labor-These, die davon ausgeht, dass SARS-CoV 2, also das Coronavirus, das die Welt seit zwei Jahren in Atem hält, bei einem Unfall in einem Labor im chinesische Wuhan entwichen ist. Dafür war der Hamburger Forscher massiv attackiert wor-

den, etwa durch den Berliner Virologen Christian Drosten.

„Gain of Function“-Forschung sei in den vergangenen Jahren an verschiedenen hoch gefährlichen Krankheitserregern wie Vogelgrippeviren und SARS-artigen Coronaviren durchgeführt worden, so die Forscher aus der Bundesrepublik, Österreich, den USA, Japan, Indien, Frankreich, Italien, Großbritannien, Schweden, Belgien, Portugal und Neuseeland in ihrer „Hamburger Erklärung 2022“. Es gebe aber „Hinweise darauf, dass in diversen Biotechnologielaboren der Welt sehr viel gefährlichere Viren wie MERS-, Ebola- oder Nipah-Viren gentechnisch manipuliert

werden“. Der Ausgang solcher Experimente sei „oftmals schwer oder gar nicht vorhersagbar“. Kein Labor sei sicher genug, um „einen Austritt solcher gentechnisch veränderter Viren garantiert ausschließen zu können“. Der Austritt der genannten, hochgefährlichen Erreger könne „für einen substantiellen Anteil der Weltbevölkerung tödlich enden“.

Appell an die Führer der Welt

Sie verweisen in ihrer Erklärung darauf, dass selbst SARS-CoV-2 trotz seiner relativ geringen Sterblichkeitsrate Millionen Menschen getötet habe, und warnen vor „einer Auslöschung großer Teile der Welt-

bevölkerung“, sollte ein noch gefährlicheres Virus entweichen. Die Wissenschaftler bemängeln, dass „Gain of Function“-Forschung in der Vergangenheit sogar mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, und halten die Gefahr für die Menschheit nur für gebannt, wenn derlei Forschung gänzlich und weltweit verboten würde.

Das Verbot müsse durch eine unabhängige internationale Aufsichtsbehörde kontrolliert und kontinuierlich überwacht werden. „Unabhängig von der Staats- und Regierungsform der Länder dieser Erde“ sollten die Führungspersonlichkeiten der Welt dieses Anliegen zum Erhalt der Schöpfung unterstützen. H.H.

WIRTSCHAFT

Brandenburg zieht polnische Firmen an

Das „EU-Mobilitätspaket“ veranlasst Speditionen aus dem Nachbarland zur Investition in der Mark

VON HERMANN MÜLLER

Seit der großen EU-Erweiterung im Jahr 2004 vollzog sich die Verlagerung von Unternehmen ziemlich regelmäßig vor allem in Richtung Osten. Im Transportgewerbe beobachten Brandenburgs Behörden bereits seit einem Jahr jedoch eine Gegenbewegung. Wegen eines neuen „EU-Mobilitätspakets“ und steigenden Steuern an ihren Stammsitzen gründen polnische Speditionen immer öfter Niederlassungen westlich der Oder. Nach Angaben von Rainer Genilke, Staatssekretär im brandenburgischen Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, haben sich innerhalb eines Jahrs rund 50 polnische Unternehmen in Brandenburg angemeldet: „Schon seit zwei Jahren, seitdem also das Mobilitätspaket angekündigt wurde, nahm die Zahl der polnischen Firmengründungen in Brandenburg zu“, so Genilke.

Treibende Kraft hinter dieser Entwicklung sind vor allem neue EU-Regeln für den europäischen Speditionsmarkt. Bereits seit Anfang Februar müssen Speditionen in der gesamten EU für ihre Lkw-Fahrer eine neue Entsenderichtlinie beachten. Die Neuregelung verpflichtet die Firmen, beim Auslandseinsatz ihrer Fahrer hinsichtlich der Entlohnung, der Ruhezeiten und des Jahresurlaubs die Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes anzuwenden.

Warschauer Gesetz tut ein Übriges

Am 21. Februar sind zudem EU-weit verschärfte Kabotageregeln in Kraft getreten. Bei der Kabotage handelt es sich um die Warenbeförderung von einer EU-Firma innerhalb eines anderen EU-Landes. Bislang konnten ausländische Fahrer nach einem grenzüberschreitenden Transport innerhalb einer Woche beispielsweise drei Aufträge innerhalb Deutschlands ausführen, bevor sie in ihre Heimat zurückkehren mussten. Die neue EU-Regelung sieht nun vor, dass jeder Fahrer eines ausländischen Transportunternehmens nach ausgeführten Aufträgen im anderen EU-Land für vier Tage erst einmal eine Ruhepause einlegen muss.

Neben diesen Neuregelungen spielt auch die Wirtschaftspolitik der Regierung in Warschau eine wichtige Rolle. Anfang Februar hat die Regierung ein neues Steuersystem, bekannt als „Polnische Ordnung“, eingeführt. Wie die Firmenberater



Auf dem Weg nach Westen: Lastwagen an der Grenze bei Frankfurt/Oder

Foto: SZ photo

in Agnieszka Bollmann gegenüber dem Sender rbb sagte, lohnt es sich seit Einführung des neuen Steuersystems sogar für polnische Unternehmer, „in Deutschland Arbeitsverträge abzuschließen und zu deutschem Mindestlohn zu beschäftigen als Mitarbeiter in Polen einzustellen und alle die neuen steuerlichen Belastungen zu tragen“.

Insgesamt sind damit gleich mehrere belastende Faktoren für polnische Speditionen zusammengekommen. Bislang haben osteuropäische Transportfirmen und insbesondere polnische Speditionen enorm von der EU-Osterweiterung profitiert. Wie aktuelle Daten zeigen, entfällt in Deutschland mittlerweile jeder dritte auf einer mautpflichtigen Autobahn oder Bundesstraße zurückgelegte Straßenkilometer auf eine osteuropäische Spedition.

Parallel zum hohen Marktanteil der Osteuropäer klagen einheimische Transportunternehmen seit Jahren über Preisdumping durch niedrigere Löhne und ge-

ringe Sozialstandards für die osteuropäischen Fahrer. Motiviert durch Unmut unter den Franzosen und gegen den Widerstand der Osteuropäer hat sich insbesondere Frankreichs Präsident Emmanuel Macron über Jahre für neue Regelungen der EU im Speditionsgewerbe starkgemacht.

Kriegsfolgen nicht abzuschätzen

Die seit einem Jahr laufende Gründungswelle polnischer Spediteure in Brandenburg zeigt, dass das EU-Mobilitätspaket bereits im Vorfeld Wirkung gezeigt hat. Dirk Engelhardt, Chef des Bundesverbands Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, wertet die Gründung von Niederlassungen durch polnische Spediteure positiv: „Es ist in Ordnung, wenn sich Speditionsunternehmen aus Polen in Deutschland ansiedeln. Sie konkurrieren dann auf Augenhöhe mit den deutschen Unternehmen, sei es bei Steuern und Abgaben oder dem Mindestlohn.

Außerdem schaffen sie neue Jobs.“ Gerade die Personalfrage kann sich jedoch auch als ein schwerwiegendes Problem herausstellen.

Viele Fahrer der polnischen Speditionen sind nämlich keine EU-Bürger. Zum Teil stammt bis zu 80 Prozent der Belegschaften aus der Ukraine oder Weißrussland. Nach der Firmenverlagerung dürfen viele dieser Fahrer in der Bundesrepublik auf legaler Basis eigentlich gar keine Arbeit aufnehmen.

Noch gar nicht abzuschätzen ist, wie sich der Krieg in der Ukraine auf die Personallage der Speditionen auswirkt. Die ukrainische Regierung hat nach dem Einmarsch russischer Truppen ein Ausreiseverbot für Männer im wehrfähigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren verhängt. Allerdings ist auch mit einer hohen Zahl von Menschen im arbeitsfähigen Alter zu rechnen, die als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kommen und möglicherweise länger bleiben.

HANDEL

Ladengeschäfte erholen sich nach dem Ende von 2G

Verband spricht von deutlicher Aufhellung – doch fraglich bleibt, ob das Vorkrisen-Niveau wiederkommt

Seit die Corona-Einschränkungen im Berliner Einzelhandel von der Landesregierung gelockert wurden, konnten 30 bis 40 Prozent höhere Umsätze erzielt werden. Der Geschäftsführer des Handelsverbands Berlin-Brandenburg, Nils Busch-Petersen, kommentierte: „Trotz des schlechten Wetters gab es spürbar gute Frequenzen.“ Allerdings wird nun von den Kunden verlangt, eine FFP2-Maske zu tragen. Eine medizinische Maske reicht, anders als bei den Beschäftigten der Geschäfte, für die Kunden nun nicht mehr aus. Das sieht nicht nach einem Befreiungsschlag aus.

Monatelang litt der Einzelhandel in Berlin unter den Restriktionen der 2G-Regel. Die Umsätze sanken von November

auf Dezember real um 5,5 Prozent, weil nicht nur Ungeimpfte wegblieben, sondern auch Kunden, denen der Kontroll- und Nachweisaufwand zu lästig waren. Verzweifelt wehrten sich die Geschäftsleute gegen diese Einschränkungen. Mehrfach scheiterten Betroffene an der Berliner Gerichtsbarkeit. Im Berliner Senat hatte es zuvor um die Aufhebung von 2G heftigen Streit gegeben.

Nachweispflicht hat abgeschreckt

Tage vorher hatte Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Grüne) argumentiert, es sei der falsche Zeitpunkt, eine Debatte über das Ende der 2G-Regel im Handel zu führen. Da die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) aber fest ent-

schlossen war, die 2G-Regel aufzuheben, wollte Jarasch offenbar keinen Koalitionskrach riskieren. Giffey teilte lapidar mit: „Omikron hat den Scheitelpunkt erreicht – oder überschritten.“

Von den Kunden in Einkaufszentren und Möbelhäusern, Modegeschäften, Elektronikmärkten, Kaufhäusern oder Fachgeschäften für Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren war bislang verlangt worden, am Eingang der Geschäfte einen Impfnachweis vorzulegen. Die Mitarbeiter der Verkaufsstellen waren damit beauftragt worden, dies zu kontrollieren. Das führte oft zu unschönen Szenen. Busch-Petersen berichtet: „Es ist ein zweifaches Aufatmen ... Ein leises in der Kundschaft und ein deutliches in der Be-

legschaft.“ Mit einem Plus von mehr als 20 Prozent über dem Niveau von Februar 2020 profitierte der Online- und Versandhandel von 2G. Jeder siebte Euro für Lebensmittel, Elektronik, Möbel und Bekleidung wurde an den Kassen des Online-Handels ausgegeben.

Ob dieser Zuwachs hält, da sich die Bedingungen des Ladenverkaufs normalisieren, wird sich noch zeigen. Da ohnehin durch die verkehrspolitischen Einschränkungen in Berlins Innenstadt viele Konsumenten in Verkaufszentren im Speckgürtel ausweichen, könnten die 2G-Maßnahmen eine bereits bestehende Entwicklung zum Niedergang des innerstädtischen Präsenzhandels noch beschleunigen haben.

Frank Bücker

KOLUMNE

Realitätsschock

VON VERA LENGSELD

Den letzten Sonnabend im Februar kann man getrost einen historischen Tag nennen. Auf einer Sondersitzung des Bundestages machte Kanzler Scholz klar, dass sich die deutsche Politik nicht länger der Realität entziehen kann. Er kündigte eine Wende in der Verteidigungspolitik an, die aus der kaputtgesparten Bundeswehr wieder eine einsatzfähige Armee machen soll.

Daneben demonstrierten in Berlin über hunderttausend Menschen gegen den Krieg in der Ukraine. Aufgerufen hatte ein Netzwerk aus Gewerkschaften und Vereinen. Angemeldet wurden 20.000 Demonstranten, es kamen fünfmal so viele. Es sei die größte Demonstration seit Beginn der Corona-Krise, meldeten die Medien. Diese Behauptung hält keinem Faktencheck stand, denn im November 2020 fand zwischen Siegestraße und Brandenburger Tor eine mindestens ebenso große Anti-Corona-Demo statt.

Anders als damals blieb die Polizei diesmal passiv. Sie habe auf Maskentragen und Abstandsgebot geachtet, twitterte der Medienverantwortliche der Berliner Beamten. Tatsächlich war der Großteil der Demonstranten brav maskiert, aber von Abstandhalten konnte wegen der schieren Größe der Menschenmenge keine Rede sein. Bleibt nur zu wünschen, dass in Zukunft alle Demonstrationen wieder als selbstverständliches Recht behandelt werden.

Neben der Kundgebung an der Siegestraße gab es noch eine Zusammenkunft am Neptunbrunnen. Etwa 10.000 Menschen waren einem Aufruf des ukrainischen Netzwerks Vitsche Berlin gefolgt. Diese Demonstration startete vor dem Roten Rathaus und sollte sich eigentlich der großen Friedensdemo anschließen. Das war jedoch nicht möglich, sie wurde Unter den Linden, unweit der Russischen Botschaft, gestoppt. Das Gebiet um die Botschaft scheint abgeriegelt gewesen zu sein, denn hier hatten der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz und sein Generalsekretär Mario Czaja zu einer Mahnwache aufgerufen. Außer etlichen Bundestagsabgeordneten hielt sich die Zahl der Teilnehmer in Grenzen. Die Veranstaltung fand in den Medien kaum Erwähnung. Menetekel?

MELDUNG

Opfer des Wolfs

Potsdam – Brandenburgs Landesjagdverband warnt davor, dass regionale Muffelwildbestände durch die Ausbreitung von Wölfen bald als erloschen angesehen werden müssen. Nach Angaben des Verbands hat der erhöhte Druck durch den Wolf bei den Mufflonschafen in sieben Jahren zu einem sogenannten Streckenrückgang von mehr als 76 Prozent geführt. Die größten Vorkommen der Wildschafe waren früher in den Kreisen Oberhavel, Uckermark und Prignitz zu finden. Dort gingen die Jagdstrecken aktuell um über 70 Prozent zurück. Der Jagdverband fordert, die verbliebenen Muffelwildbestände unter allen Umständen zu schützen. Speziell mit Blick auf die Artenvielfalt solle das Muffelwild „vor seiner Ausrottung durch zugewanderte“ Raubtiere geschützt werden. Nach Ansicht des Landesjagdverbandes ist „eine Koexistenz von Wolf und Mufflon“ nicht zu erwarten. N.H.

● MELDUNGEN

Konstante
Temperatur

Canberra – Das Great Barrier Reef am östlichen Rand des australischen Kontinentssockels gilt als mahndendes Beispiel für die Folgen des Klimawandels. Fachblätter wie die „Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States“ meldeten in mehreren Beiträgen, dass immer mehr Korallen in dem Riff absterben aufgrund eines Anstiegs der Wassertemperatur wegen einer vom Menschen verursachten Erderwärmung. Doch diese Darstellung ist offenbar falsch, wie der frühere Mitarbeiter des New South Wales Department of Natural Resources, Bill Johnston, herausgefunden hat. Im November/Dezember 1871 bereisten einige Astronomen aus Sydney und Melbourne die Seegebiete rund um das Riff, um eine Sonnenfinsternis zu beobachten. Dabei dokumentierten sie 27 Tage lang die Wassertemperatur auf ihrer Route. Und die, so Johnston nach Auswertung der entsprechenden Berichte, unterschied sich in nichts von der heutigen. W.K.

COVID-Daten
zurückgehalten

Glasgow/Washington – Public Health Scotland, die schottische Gesundheitsbehörde, hat die Veröffentlichung von Todesfällen und Krankenhausaufenthalten, gegliedert nach Impfstatus, im Februar eingestellt. Zur Begründung wies die Behörde auf ihre Befürchtung hin, die Daten könnten von Gegnern der Covid-Impfungen falsch dargestellt werden. Public Health Scotland war im Laufe der Pandemie im internationalen Vergleich bislang als besonders vorbildlich bei der Veröffentlichung von Daten aufgefallen. Laut einem Bericht der „New York Times“ („NYT“) halten auch die Centers for Disease Control and Prevention, die dem US-Gesundheitsministeriums unterstehen, Daten zu Auffrischungsimpfungen und Krankenhausaufenthalten von Covid-Erkrankten zurück. Gegenüber der „NYT“ begründete ein Offizieller die Nichtveröffentlichung der Daten mit der Sorge, die Informationen könnten falsch interpretiert werden. N.N.

Terror von
Latino-Banden

Madrid – Die Macht von Jugendbanden mit lateinamerikanischen Wurzeln ist in der Region Madrid während der Corona-Pandemie stark gewachsen. Wie aus einem Bericht eines christlichen Hilfszentrums über das vergangene Jahr hervorgeht, gehören in und um Madrid etwa 2500 junge Menschen sieben derartigen Jugendbanden an. Damit hat sich die Zahl der Gang-Mitglieder seit Beginn der Corona-Pandemie verdoppelt. Laut dem „Latino Gangs Observatory“ war vergangenes Jahr jedes fünfte Bandenmitglied jünger als 13 Jahre alt. Angezogen durch soziale Netzwerke im Internet sollen sogar schon Elfjährige den Banden beitreten. Vermutlich im Zusammenhang mit Bandenrivalitäten sind von der Polizei Anfang Februar in einer sogenannten Schwarzen Nacht an einem Wochenende in Madrid sieben Messerattacken registriert worden. Vier der Messerangriffe werden Latino-Banden zugerechnet. N.H.

UKRAINE

Ihr Zentrum ist St. Paul in Odessa

In 15 deutschen, evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden leben rund 2000 bis 3000 Mitglieder

Hinweis: Dieser Beitrag ist vor dem Kriegsausbruch am 24. Februar verfasst worden. Er beschreibt also die Ausgangslage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine.

VON BODO BOST

Ende Januar richtete der Bischof der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Ukraine (DELKU), Pawlo Schwarz, einen dramatischen Appell an seine zwei- bis dreitausend Kirchenmitglieder in 15 Kirchengemeinden in der Ukraine: „Unser Land ist seit 2014 Opfer russischer Aggression, unsere Gemeinden auf der Krim wurden von der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Ukraine abgeschnitten.“

Die Gemeinden in Donezk und Makedevka leben unter schwierigsten Bedingungen, ein großer Teil ihrer Mitglieder hat den Donbass verlassen. In den besetzten Gebieten Krim und Donbass sowie an der russisch-ukrainischen und weißrussisch-ukrainischen Grenze konzentrieren sich die Angriffsgruppen der russischen Armee. Millionen von Menschen werden möglicherweise angegriffen.“

Schon ab dem Aufstieg Kiews zur Hauptstadt der Rus 882 und der von Kiew ausgehenden Christianisierung der Rus ab 988 gab es teilweise enge Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, zunächst vor allem zu Bayern. Später waren es primär Norddeutsche und Ostpreußen, die sich in der Ukraine engagierten. Unvergessen sind der aus Königsberg stammende zweite Rektor der Kiewer Akademie Innozenz Giesel (1600–1683), der 1647 auch Archimandrit des Kiewer Höhlenklosters wurde, und der Stadtarchitekt Kiews, der aus Wandsbeck bei Hamburg stammende Architekt Gottfried Johann Schädel (1680–1752), dessen Bauten bis heute das Stadtbild Kiews prägen.

Im 18. und 19. Jahrhunderts beeinflussten vor allem Baltendeutsche das russische Kiew. Der deutsche Militärarzt Christoph Casimir Lerche bekämpfte 1770/71 erfolgreich die Pest in Kiew, die erste private Apotheke wurde von dem Baltendeutschen Georg F. Bunge errichtet, der zum Begründer einer bekannten Kiewer Familiendynastie wurde.

Nach Angaben der gesamtukrainischen Volkszählung 2001 leben in der Ukraine über 33.000 ethnische Deutsche. Mehr als 170 deutsche gesellschaftliche

Organisationen sind aktiv. 1931 lebten noch 700.000 Deutsche in 252 Siedlungen und Städten und sieben deutschen Landkreisen in der Ukraine. Diese wurden schon vor dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst. 1941 beziehungsweise 1945 wurden fast alle Deutschen aus der Ukraine nach Zentralasien deportiert. Erst ab 1972 durften einzelne in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Bis 1991 sind etwa

38.000 Deutsche in die Ukraine zurückgekehrt, vor allem in das Gebiet Odessa, wo die Siedlungen Peterstal und Alexanderhilf für sie neu aufgebaut wurden.

Auch einige neue evangelische Kirchen sind entstanden, und einige Dörfer haben ihre deutschen Namen zurückgehalten. Nachdem ab 2015 die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche der Ukraine von einer Spaltung bedroht war,

kam ab 2019 wieder Ruhe in die Kirche mit der Wahl von Bischof Schwarz, der seit letztem Jahr auch wieder in Odessa residiert.

Um die 170 Organisationen

Der Rat der Deutschen der Ukraine (RDU) ist das Hauptkoordinierungsorgan der Ukrainedeutschen. In mehr als 60 ukrainischen Städten und Dörfern befinden sich deutsche Kulturzentren, sogenannte Begegnungszentren, in denen die deutsche Sprache und Geschichte unterrichtet wird. Das Kulturleben blüht, insgesamt gibt es in der Ukraine 23 deutsche Vokalensembles, ein Dutzend deutsche Tanzgruppen und ein halbes Dutzend deutsche Theatergruppen.

Der Vorsitzende des Rates der Deutschen der Ukraine ist Wolodymyr Leysle. Er selbst ist in Riga geboren, in Kasachstan aufgewachsen und hat viele Jahre in der Krimhauptstadt Simferopol gelebt. Er hat in einem Interview mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Kasachstan vor Panikmache gewarnt und erklärt, dass die Ukrainer schon seit 2014 mit täglichen Verlustmeldungen leben.

Das Zentrum der DELKU ist die Paulskirche in Odessa, die nach fast zwanzigjähriger Renovierung den Ukrainedeutschen 2010 wieder zurückgegeben wurde. Auch die Katharinenkirche im Zentrum Kiews erhielt die deutsche Gemeinde nach zehnjährigem Kampf im Jahre 2000 zurück. Seit September 2008 gibt es auch wieder eine Deutsche Schule in Kiew. Die deutschen Sprachkenntnisse waren bei fast allen Ukrainedeutschen 1989 fast vollkommen verschwunden.

Nur in zwei deutsch-böhmischen beziehungsweise fränkischen Sprachinseln der Karpatoukraine im Tereschwa- beziehungsweise Mokratal sowie Schenborn und Pausching bei Munkatsch, die in der Zwischenkriegszeit noch zur Tschechoslowakei gehörten, war die deutsche Sprache nie erloschen. Es sind die einzigen noch geschlossenen ländlichen, deutschen Siedlungen in der Ukraine.

Die vorwiegend katholischen Dörfer waren auch die einzigen deutschen Siedlungen im europäischen Teil der Sowjetunion, die von den Deportationen der Stalinzeit verschont blieben, weil der Partisanenkrieg der ukrainischen Nationalisten nach 1945 die Kommunikationswege der damals sowjetischen Ukraine bis weit in die 1950er Jahre unterbrochen hatte.



FOTO: ALEXANDRITSKY/DIMITRY SHAMATSKY
Amtssitz der Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche der Ukraine: St. Paul

TSCHETSCHENIEN

Moskau verliert die Kontrolle

Konzentriert auf die Ukraine lässt der Kreml dem Kadyrow-Clan immer mehr Freiheiten

Russland will sich nicht eingestehen, dass es zu Beginn unseres Jahrhunderts den zweiten Krieg in Tschetschenien verloren hat. Nur durch den Seitenwechsel des vormaligen Muftis von Tschetschenien Achmat Kadyrow von der Terrorseite auf die Seite der russischen Zentralregierung konnte das Land stabilisiert werden, allerdings nach den Bedingungen des Islams und mit einer fast vollständigen staatlichen Finanzierung durch Moskau. Mehr als neun Zehntel des Haushalts der Republik Tschetschenien kommen direkt aus dem Staatshaushalt der Russischen Föderation.

Dies führt zu Spannungen in anderen russischen Regionen, die unterfinanziert sind. Selbst innerhalb der Sicherheitskräfte rumort es deswegen. Ein weiteres Er-

gebnis ist eine starke Zunahme des anti-kaukasischen Rassismus in Russland.

Trotz seiner nach außen demonstrierten militärischen Stärke ist Wladimir Putins nach einer neuen Identität suchendes Reich am Zerfallen. Der aktuelle Krieg gegen den westlichen Nachbarn könnte diesen Prozess beschleunigen.

Seit Russland im Westen mit der Ukraine beschäftigt ist und auch aus dem Kaukasus Militäreinheiten abzieht, erhält das sogenannte Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Achmat Kadyrows Sohn Ramsan, noch mehr Freiraum, um seine letzten Kritiker im eigenen Land zum Schweigen zu bringen. So hat Kadyrow den ehemaligen Richter Sajdi Jangulbajew und dessen Familie zu „Terroristen“ erklärt, weil er angeblich

mit seinen beiden Söhnen hinter einem regimekritischen Telegram-Kanal steht. Die Ehefrau von Jangulbajew wurde von tschetschenischen Sicherheitskräften gewaltsam von Nischnij Nowgorod im Herzen Russlands nach Grosnij in Tschetschenien gebracht.

Der tschetschenische Politiker und Abgeordnete der russischen Staatsduma Adam Delimchanow hat nun angekündigt, dass er die Familie des in Misskredit geratenen Richters Jangulbajew köpfen wolle. Damit es die russischen Duma-Abgeordneten nicht verstehen, tat er dies in tschetschenischer Sprache. Denjenigen, die es wagen sollten, seine Worte ins Russische zu übersetzen, drohte er mit „Blutrache“. Die ist seit der Islamisierung im 18. Jahrhundert in Tschetschenien heimisch.

Delimchanow gehört nicht nur der russischen Staatsduma an, sondern als Cousin Kadyrows auch dessen Clan. Obwohl über die Äußerungen Delimchanows in den russischen Staatsmedien weitgehend berichtet wurde, schwieg der Kreml zu den offen geäußerten Drohungen des Duma-Abgeordneten.

Bisher hatte der Kreml Kadyrow nur in seinem eigenen Land freie Hand gegeben. Dass der nun offenbar seine Kritiker auch im Herzen Russlands bedrohen und verhaften lassen kann, ist neu. Eigentlich ist für die russische Bevölkerung die Bedrohung durch tschetschenische Terroristen, deren Gemetzel am Ende der Ära Jelzin verantwortlich war für den Aufstieg Putins, viel dringlicher und präsenter als die Ukraine-Frage. Bob

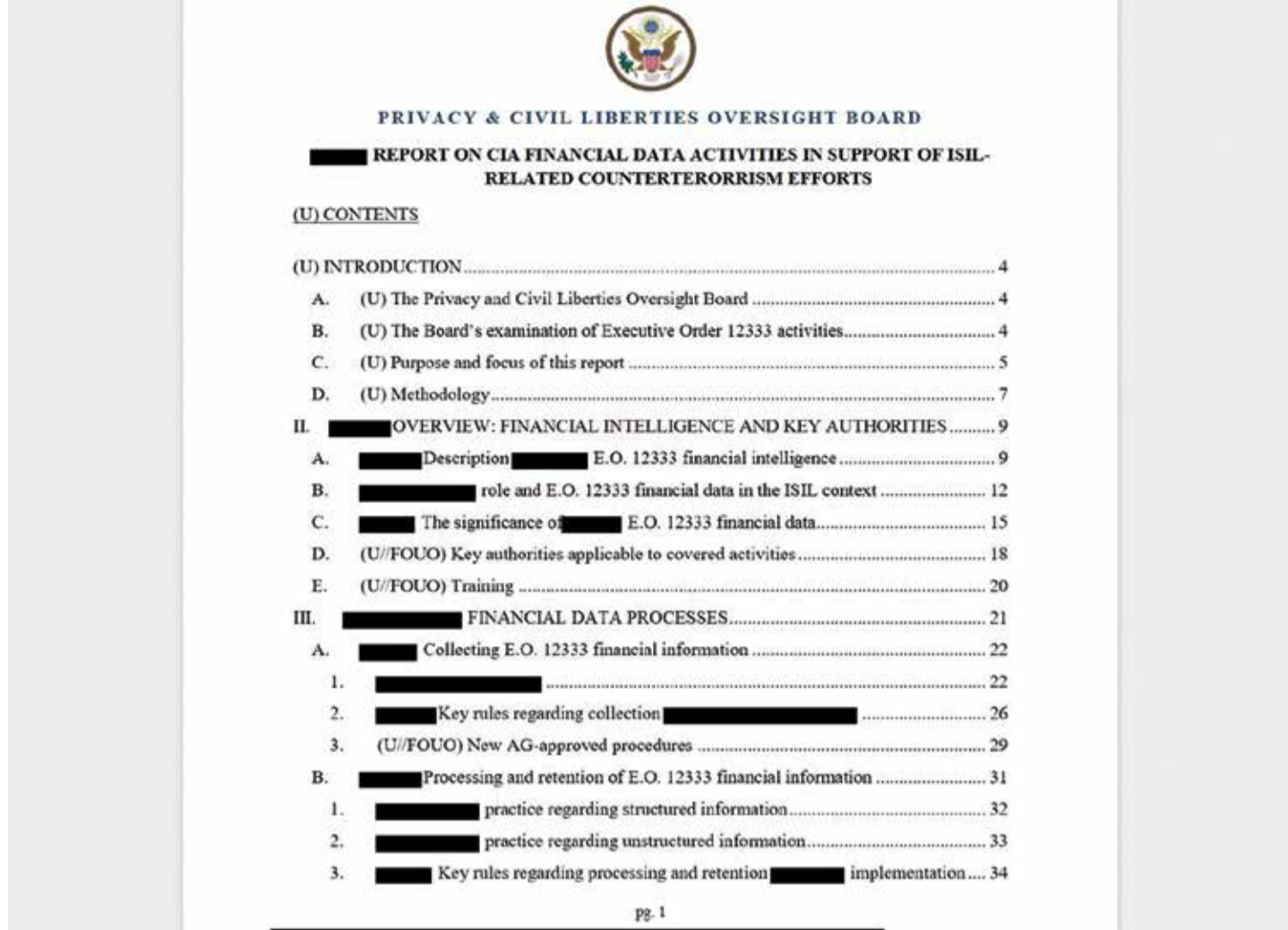
VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor einigen Tagen musste der US-amerikanische Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) 17 Dokumente auf seiner Internetseite veröffentlichen, die trotz der Schwärzung größerer Textpassagen äußerst aufschlussreich sind. Die Freigabe der Unterlagen erfolgte auf Druck der beiden demokratischen Senatoren Martin Heinrich aus New Mexico und Ronald Wyden aus Oregon. Diese gehören dem Geheimdienstausschuss des US-Senats an. Dieser SSCI war vergangenen April vom unabhängigen Aufsichtsgremium für Datenschutz und bürgerliche Freiheiten (Privacy & Civil Liberties Oversight Board, PCLoB) über die Existenz des geheimen CIA-Programms Deep Dive II informiert worden. Hieraufhin rügten Heinrich und Wyden in einem Schreiben an den Director of National Intelligence Avril Haynes und den CIA-Chef William Burns, dass die CIA „außerhalb des gesetzlichen Rahmens“ agiere, weil sie personenbezogene Daten von US-Staatsbürgern auswerte, was ihr als Auslandsgeheimdienst untersagt sei. Die beiden Senatoren forderten die Offenlegung der entsprechenden Aktivitäten. Nach zehn Monaten ist das nun passiert, wenn auch nur höchst bruchstückhaft.

Das mit Abstand wichtigste Dokument in dem freigegebenen Unterlagen-Konvolut ist ein 71 Seiten umfassender Bericht des PCLoB vom vergangenen Frühjahr über die „Aktivitäten der CIA im Bereich Finanzdaten zur Unterstützung von Anti-Terror-Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Islamischen Staat (IS)“. In dem Papier heißt es, dass der Geheimdienst seit 2016 systematisch große Mengen an internationalen Finanzdaten abgreife, auf Vorrat speichere und dann mittels Künstlicher Intelligenz analysiere. Automatisch seien davon auch US-Bürger betroffen.

Zwei Senatoren machten Druck

Wie die CIA an die Datensätze gelangt, soll durch die vielen Schwärzungen verborgen bleiben, ergibt sich jedoch aus dem Kontext. Als Lieferant kommt nur die Nationale Sicherheitsbehörde (NSA) in Frage, ein weiterer US-Auslandsgeheimdienst, der für die Überwachung und Auswertung der globalen elektronischen Kommunikation zuständig ist und unter anderem das Internet anzapft. Die Rechtsgrundlage hierfür schufen die Präsidenten Ronald Reagan und George W. Bush mit ihren Erlassen E.O. 12333 und E.O. 13470. Diese erlauben die Bespitzelung ausländischer Bürger, Unternehmen und Organisationen auch und gerade durch die NSA.



Im Internet einsehbar: Der PCLoB-Bericht über die „Aktivitäten der CIA im Bereich Finanzdaten zur Unterstützung von Anti-Terror-Ermittlungen im Zusammenhang mit dem IS“
Screenshot: CIA

DATENSICHERHEIT

Wie die CIA internationale Finanzdaten abgreift

Auskunft erteilt ein 71-seitiger Bericht des Privacy & Civil Liberties Oversight Board. Nachzulesen ist er auf der Internetseite der Central Intelligence Agency

Wie der Bericht besagt, geht es offiziell darum, „die Finanzflüsse terroristischer Organisationen ... darzustellen“. Tatsächlich jedoch tut die CIA noch sehr viel mehr. Laut dem PCLoB sammelt der Auslandsgeheimdienst „generell große Mengen strukturierter Finanzdaten von ausländischen Finanz-Plattformen“. Dabei gebe es keine klaren Vorgaben für die Datenerfassung und -auswertung sowie eine eventuelle „Datenminimierung“. Deshalb beanspruche der Umgang mit den erhobenen Finanzdaten inzwischen erhebliche Ressourcen.

Keine Reaktionen aus dem Ausland

Die meisten Details im Hinblick auf das genaue wer, was, warum und wie bleiben

weiterhin unbekannt, was an der intensiven Zensur der Dokumente liegt. Auf jeden Fall scheinen die Daten, welche sich US-Bürgern und -Unternehmen zuordnen lassen, lediglich ein Beiwerk zu sein. Trotzdem stößt das Vorgehen der CIA nun auf massive öffentliche Kritik in den Vereinigten Staaten, obwohl der Geheimdienst beteuert, er konzentriere sich „auf legitime nachrichtendienstliche Ziele“ und beachte die einschlägigen Datenschutzbestimmungen. So sprach die US-Nichtregierungsorganisation Electronic Frontier Foundation (EFF), die für die Wahrung der Grundrechte in der digitalen Welt eintritt, von einem „verfassungswidrigen Angriff auf unsere bürgerlichen Freiheiten“. Darüber hinaus frag-

ten Heinrich und Wyden, ob die CIA noch andere Datenlieferer als die NSA habe. Das geschah vor dem Hintergrund, dass bekanntermaßen der Geheimdienst private Telekommunikationsanbieter bestochen hat, um Zugang zu deren Daten zu erhalten.

Dahingegen kamen aus dem Ausland bislang keine Reaktionen auf die Enthüllungen des PCLoB. Dabei gibt es neben Deep Dive II offenbar noch ein zweites Geheimprogramm der CIA zum Absaugen von Finanzdaten aus aller Welt, wie eine Passage in dem Bericht des Aufsichtsgremiums vermuten lässt, in der auf einschlägige parallele Aktivitäten des US-Auslandsgeheimdienstes verwiesen wird.

MELDUNGEN

Etliche Preise explodieren

Wiesbaden – Laut Mitteilung des Statistischen Bundesamtes waren die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte im Januar um ein Viertel höher als im Vorjahresmonat. Seit Beginn der Erhebungen im Gründungsjahr der Bundesrepublik ist es der stärkste Preisanstieg von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland abgebaut, hergestellt und verkauft werden. Hauptursache der Preisexplosion ist die Energie, die sich um 66,7 Prozent verteuerte. Dadurch legten auch die Preise für Vorleistungsgüter wie Metalle, Holz oder Düngemittel zu. Für Bauern stiegen die Betriebskosten bereits dramatisch, und auch die Verbraucherpreise werden weiter anziehen. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, befürchtet, dass der rasante Preisanstieg die Produktion in Deutschland immer stärker beeinträchtigen werde. Für mittelständische Unternehmen aus diversen Branchen sei die Lage so ernst, dass sie über eine Verlagerung ins Ausland nachdächten. D.J.

Ausbaupläne verschoben

Potsdam – Nach Informationen des Branchenportals „Automobilwoche“ hat der Elektroautobauer Tesla eine ursprünglich geplante sogenannte Spiegelung seiner Gigafactory in Grünheide bei Berlin, also den Bau eines zweiten identischen Werks für mehr Produktionskapazität, auf unbestimmte Zeit verschoben. Stattdessen wolle sich Tesla-Chef Elon Musk zunächst auf den Anlauf der Fertigung in Grünheide und die ebenfalls am Standort geplanten Akku-Produktion konzentrieren. Nach Informationen der „Automobilwoche“ soll in Grünheide zunächst nur das Presswerk, in dem Blechteile für die Karosserie gefertigt werden, erweitert werden. Tesla wollte sein neues Werk östlich von Berlin bereits vergangenen Sommer eröffnen. Bislang fehlt aber für einen offiziellen Produktionsstart noch die endgültige Genehmigung. N.H.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Wechselbad der Gefühle

Der Freude über das Ende vieler Corona-Maßnahmen folgte der Ukraine-Krieg

Es ist ein Auf und Ab, dem die deutsche Wirtschaft derzeit ausgesetzt ist. Vor wenigen Tagen sah es so aus, als würde sich angesichts wegfallender Corona-Maßnahmen die Stimmung aufhellen. Der Geschäftsklimaindex des Ifo-Instituts, der auf einer monatlichen Umfrage unter rund 9000 Unternehmen beruht, stieg im vergangenen Monat deutlich an. „Die deutsche Wirtschaft setzt auf ein Ende der Corona-Krise“, sagte der dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen angehörende Ifo-Präsident Clemens Fuest. Vor allem im Gastgewerbe war der Optimismus groß.

Doch in der Industrie und im Dienstleistungssektor wurde immer noch von Lieferengpässen berichtet. Als weitere Bremse hatte das Institut eine gehemmte Konsumlaune ausgemacht. „Die Menschen haben durch die langen Einschränkungen viel Geld auf der hohen Kante. Andererseits sind sie auch noch skeptisch, weil sie erwarten, dass die Preise hochgehen“, sagte Fuest in der vergangenen Woche gegenüber dem Fernseh-Nachrichtensender NTV.

Das Inflationrisiko steigt

Der russische Angriff auf die Ukraine hat der Inflationsfurcht zusätzliche Nahrung gegeben. „Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine drohen die Kosten für Gas und Öl weiter zu steigen ... Eine Fünftel vor dem Komma der Inflationsrate im Gesamtjahr 2022 wird gerade wahrscheinlicher als eine Drei“, sagt Timo Wollmershäuser, Leiter der Ifo-Konjunkturprognosen.

Die Ankündigung, dass der Staat zusätzliche 100 Milliarden Euro in den Militäretat stecken will, besorgt die Wirt-

schaftskenner. Viele Experten verweisen darauf, dass die Regierung bereits für Corona-Hilfen geliehenes Geld ausgegeben hat. Wenn nun weitere – ungeplante – Ausgaben folgen, würde die Inflation zwangsläufig steigen.

Im Januar lag die Inflationsrate in Deutschland bei 4,9 Prozent, nachdem sie im Dezember mit 5,3 Prozent einen Höchststand seit 30 Jahren erreicht hatte. Eine höhere Inflation schwächt die Kaufkraft der Verbraucher, und ein Ende der Preissteigerungen ist vorerst nicht in Sicht. Sollte die Energie durch den Ukraine-Konflikt teurer werden, hätte das unmittelbare Auswirkungen auf das Konsumverhalten. Die Unternehmen werden nach Angaben des Ifo-Instituts nämlich versuchen, diese Preissteigerungen an die Endverbraucher weiterzugeben.

Peter Entinger

ANZEIGE

„Mein Körper gehört mir. Nicht dem Staat.“

GESUND OHNE ZWANG Deutschlandweiter Aktionstag.

Für eine freie Impfentscheidung und gegen die Impfpflicht.

Diesen Samstag, 5. März 2022

- München
- Dresden
- Wiesbaden
- Reutlingen
- Neumünster
- Düsseldorf
- Hannover
- Magdeburg
- Schwerin
- Pirmasens

Treffpunkt und Uhrzeit finden Sie auf www.gesund-ohne-zwang.de

Seien Sie dabei - für unsere Freiheit!

AfD

Herausgeber Alternative für Deutschland, Bundesverband, Schulstraße 9, 10785 Berlin

ANALYSE

Kadyrows Krieg

BODO BOST

Am vierten Tag der Invasion in der Ukraine verkündete der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow, dass er seine Kämpfer auch in die Ukraine geschickt hat. Aber offenbar konnten diese Bergkrieger, die im Bürgerkrieg in Syrien sehr gefürchtet sind, in der weitgehend flachen Ukraine nicht denselben Schrecken verbreiten wie in den kaukasischen Bergen, denn schon am selben Tag gab es Meldungen, dass die ukrainische Armee ein ganzes Bataillon Kadyrows bereits aufgerieben habe.

Wladimir Putins Verhältnis zu Tschetschenien ist sehr zwiespältig. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten durch Präsident Boris Jelzin 1999 fiel zusammen mit den großen Terroranschlägen August/September 1999, bei denen vorwiegend in Moskau 367 Menschen ums Leben kamen. Diese Terroranschläge waren der Anlass für Putin, im Oktober den Zweiten Tschetschenienkrieg zu beginnen. Wenige Wochen später wurde er geschäftsführender Präsident Russlands und im Mai 2000 auch gewählter Präsident. Kein einziger der sechs Bombenanschläge wurde, trotz Putins Expertise als KGB-Mann, aufgeklärt. Zwei damals sehr bekannte Oppositionelle, Litwinenko und Beresowski, welche die These vertraten, dass Putin und der FSB-Geheimdienst die Attentate selbst inszeniert hätten, starben später in London unter mysteriösen Umständen. Putin gewann seine erste Präsidentschaftswahl nur, weil er sich als starker Mann und Rächer für die Terroropfer aufspielte.

Russland konnte auch den Zweiten Tschetschenienkrieg unter Putins Führung nicht gewinnen. Allerdings wurde Tschetschenien zu neun Zehnteln zerstört. Lediglich mit einem für Russland sehr teuren Deal mit dem tschetschenischen Kadyrow-Clan konnte das Land befriedet werden. Die Hauptstadt Grosnij wurde komplett neu aufgebaut im Kadyrow-Stil. Der Kadyrow-Clan erhielt unbegrenzte Machtbefugnisse und Dutzende Milliarden aus dem russischen Staatshaushalt. Seit 2004 steht Ramsan Kadyrow nach der Ermordung seines Vaters bei einer Militärparade in Grosnij an der Spitze des Landes und des Clans. Seitdem herrscht in der de facto selbstständigen Kaukasusrepublik ein bizarrer Personenkult. In Kadyrostan

herrschen längst eigene islamische Scharia-Gesetze und eine eigene islamische Armee und Geheimpolizei, die nur Kadyrow gehorchen. Nicht einmal mehr eine Farce von Demokratie wird geduldet. Kein Russe lebt mehr in dem Gebiet. Putin hat sich die weitere Pro-forma-Zugehörigkeit des Gebietes zu Russland faktisch mit Geld und der Abgabe weitestgehender Souveränitätsrechte an den Kadyrow-Clan erkaufte. Diesem gelingt es jedoch, nur mit Terror und immensen Geldzuweisungen seine Herrschaft zu sichern. Kadyrow hat selbst eine eigene Außenpolitik begonnen, Putin hat ihn in Abu Ghosh bei Jerusalem in Israel mit russischem Geld die größte Moschee des jüdischen Staates bauen lassen. Damit können Kadyrow und Putin mächtig Eindruck machen auf andere muslimische Führer weltweit, denn Jerusalem ist die dritt-heiligste Stadt des Islams.

Nachdem Russland jetzt begonnen hat, sein eigenes „Brudervolk“ in der Ukraine abzuschlachten, erhielten die einstigen schlimmsten Feinde Russlands aus dem Kaukasus, gegen die Russland in 15 Jahren zwei Kriege verloren hat, noch mehr Freiraum. Sie dürfen auch auf dem Schlachtfeld im slawischen „Bruderland“ Ukraine morden und Schrecken verbreiten in radikalislamischer Manier. Auch in Russland dürfen sie das jetzt bereits, allerdings bislang nur gegen Tschetschenien, wie das Beispiel des ehemaligen Richters Sajdi Jangulbajew und dessen Familie in Nischnij Nowgorod zeigt.

Dass der tschetschenische Clanführer Kadyrow jetzt Putin als erster in der Ukraine zu Hilfe eilt, zeigt, dass Putin seine slawischen „Brüder“ Weißrussland und Ukraine mit Terror unterwerfen will. Putin hat in Weißrussland mit Alexander Lukaschenko samt dessen Clan bereits einen Terrorherrscher gefunden: Nach dem Modell Tschetschenien will er jetzt offenkundig auch die Ukraine zuerst zerstören und dann einer ihm hörigen Terrorherrschaft unterwerfen. An der Zerstörung Kiews und anderer Symbolstädte des orthodoxen Christentums arbeitet Putins Armee bereits. Der ukrainische Terrorherrscher wird sicherlich aus den Donbass-„Volksrepubliken“ kommen, in denen die Mafia seit acht Jahren herrscht und Putin diese bereits seit acht Jahren schult. (Siehe auch Seite 6.)



Krieg inmitten Europas: Eine Mutter mit ihrem Kind vor dem zerstörten Wohnhaus in Kiew

Foto: ap

LEITARTIKEL

Solidarität mit der Ukraine

Gedanken zum Krieg im Osten Europas – und zu seinen Folgen für die Beziehungen zu unseren Nachbarn

STEPHAN GRIGAT

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist etwas, was den Angehörigen der Gründergeneration der Landsmannschaft Ostpreußen nicht fremd ist. Sie haben einen Einmarsch Russlands bereits erlebt, mit allem Leid und Schrecken, der dazu gehört. Damals – 1944/45 – waren viele russische Soldaten nicht nur von der Politik Stalins und seinen strategischen Zielen getrieben, zu denen die Neuziehung der europäischen Grenzen gehörte, sondern auch von Rache für Verwüstung, Mord und Totschlag, die ihnen und ihrem Land zuvor Deutsche in Verfolg der NS-Ideologie zugefügt hatten.

Angriff auf die Wurzeln unseres Gemeinwesens

Heute ist der Krieg in der Ukraine ausschließlich von den strategischen Interessen des russischen Präsidenten Wladimir Putin bestimmt, von seinem Willen, als bestimmender Global Player aufzutreten. Es ist ein reiner Angriffskrieg, dazu bestimmt, Russland größer zu machen und seine Grenzen wieder denen der alten Sowjetunion anzugleichen. Dieser aggressiven Politik wird alles untergeordnet: Recht, Freiheit, Sicherheit und nicht zuletzt das Leben unschuldiger Zivilisten.

Die Ostpreußen schulden als Schicksalsgefährten den Ukrainern Unterstützung, Hilfe und Solidarität. Lassen Sie uns diese Solidarität üben, nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten!

Die baltischen Staaten (früher Bestandteil der Sowjetunion) sind im Augenblick noch durch ihre NATO-Mitgliedschaft geschützt, aber wie lange noch? Putin hat sich als Kriegsverbrecher entlarvt; er stürzt die ganze Welt in Unruhe und bringt uns an die Grenze eines Dritten Weltkrieges. So hat er auch die Nuklearstreitkräfte seines Landes in Alarmbereitschaft versetzt.

Aber dieser Krieg ist kein Krieg des russischen Volkes. Die Ostpreußen haben im Laufe der Jahrzehnte viele russische Freunde und Partner gewonnen. Keiner von ihnen will – da bin ich mir sicher –

einen Krieg, schon gar nicht einen brutalen und grundlosen Angriffskrieg wie diesen. Lassen wir es nicht zu, dass Putin wieder Feindschaft sät zwischen den Menschen unserer Nationen, zwischen Russen und Deutschen! Lassen wir es nicht zu, dass Putin alles zerstört, was wir in den letzten 30 Jahren an Gemeinsamkeit und Freundschaft aufgebaut haben. Setzen wir uns ein für Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit. Tun wir alles für ein schnelles Ende dieses Krieges.

Konsequenzen für Deutschland

Nach diesem Angriffskrieg wird nichts mehr so sein wie vorher. Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine lehrt uns die andauernde Richtigkeit der alten lateinischen Weisheit „Si vis pacem, para bellum“ (Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor). Wo stehen wir, wo steht Deutschland? Wir müssen konstatieren, dass Deutschland militärisch und energetisch in unbegreiflicher Weise unvorbereitet ist.

Bezeichnend ist die Feststellung des Heeres-Inspektors Alfons Mais: „Die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.“ Seit Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) nach der Krim-Annexion im Jahre 2014 eine „Trendwende“ in allen Berei-

chen der Bundeswehr – Finanzen, Ausrüstung, Personal – angekündigt hatte, ist es nicht gelungen, auch nur eine einzige Brigade, einen Verband von 5000 Soldaten, voll auszurüsten. Was selbst Estland mit 1,3 Millionen Einwohnern schafft, hat Deutschland in sieben Jahren nicht vermocht. Auch andere Ziele der Wiederertüchtigung der Streitkräfte wurden verfehlt. Die Aufstellung einer kriegstauglichen Division – Ziel für 2027 – liegt in weiter Ferne. Für jeden, der sich etwas mit der Bundeswehr beschäftigt, ist das kein überraschender Befund, sondern vielmehr die erwartbare Folge einer parteiübergreifenden Verweigerungshaltung und Missachtung der Politik gegenüber der Bundeswehr und der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands.

Staatliche Energiereserven gibt es nicht oder in völlig unzureichendem Umfang. Nicht die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung war bislang der Maßstab des politischen Handelns, sondern eine imaginäre Klimaneutralität und eine wirklichkeitsfremde Vorstellung von der Leistungsfähigkeit und den Möglichkeiten alternativer Energien.

Zeit für eine Rückbesinnung

Das Gebot der Stunde ist, die autarke Energieversorgung und die Selbstverteidigungsfähigkeit Deutschlands mit allergrößter Priorität wiederherzustellen. Dies wird viel Geld kosten, Geld, das in den vergangenen Jahrzehnten leichtfertigerweise an anderer Stelle ausgegeben worden ist, sowie die Einsicht, dass es heute und in den nächsten Jahrzehnten nicht ohne Kohle, Gas und Kernenergie geht.

Der Krieg in der Ukraine hat uns auf dramatische Weise vor Augen geführt, dass unser Land die Wurzeln seines Wohlstands, nämlich Freiheit und Sicherheit auf allen Feldern des öffentlichen Lebens, vernachlässigt hat. Es ist an der Zeit, sich wieder darauf zurückzubedenken.

● **Stephan Grigat** ist Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. sowie Herausgeber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.
www.ostpreussen.de

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Vordenker der Romantik

Vor 250 Jahren kam Friedrich Schlegel auf die Welt – Er gab der Literatur nach der Französischen Revolution eine neue Orientierung

VON HARALD TEWS

Viel ist in diesen Tagen von einer Zeitenwende die Rede, von einer historischen Zäsur in den Beziehungen von Ländern. Schön wäre es dann auch, wenn es jemanden gäbe, der uns eine geistige Orientierung gibt, der uns zeigt, in welche kulturelle Richtung der politische Neubeginn führt. Einer vom Schlage eines Friedrich Schlegel zum Beispiel.

Schlegel, der am 10. März 1772 in Hannover zur Welt kam, war 17 Jahre alt, als mit der Französischen Revolution ebenfalls eine Zeitenwende in Europa anbrach. Wie viele andere Zeitgenossen seiner Generation wurde er von diesen Ereignissen geprägt, ohne dabei gleich zum Jakobiner zu werden. Doch nahm er instinktiv wahr, dass eine neue Kultur, vor allem eine neue Literatur anbrechen würde. Schließlich war Friedrich Schlegel mit seinem älteren Bruder August Wilhelm Schlegel der große Protagonist der deutschen Romantik.

Das Haus An der Leutra 5 in Jena, das sich die Brüder ab 1796 gemeinsam teilten, gilt als die Keimzelle der neuen literarischen Stilepoche. Hier lebten sie zeitweise zu viert mit ihren ebenfalls schriftstellerisch tätigen Frauen Caroline und Dorothea zusammen. Und hier gingen die späteren Dichtergrößen und philosophischen Vordenker der Jenaer Frühromantik ein und aus: Novalis, Tieck, Brentano, Fichte und Schelling, der später die von A. W. Schlegel geschiedene Caroline heiraten sollte. Auch Schiller war bis zum Bruch mit Friedrich Schlegel wegen eines Verlasses von Schillers Zeitschrift „Die Horen“ regelmäßiger Gast.

Die Schlegel-Brüder gaben ihrerseits bis 1800 das zentrale Organ der Frühromantik „Athenäum“ heraus. Darin zeich-

nete sich vor allem Friedrich als herausragender Essayist und Aphoristiker aus. Als solcher entwickelte er Ideen, die man als Theorie einer bürgerlichen Literatur verstehen kann. Dreh- und Angelpunkt für die romantische Bewegung war dabei Goethes Bildungsroman „Wilhelm Meisters Lehrjahre“. Nach Schlegels Ansicht waren darin alle Zutaten für die kommenden Dichter enthalten: Prosa durchmischt mit Lyrik und Märchen sowie einer Auseinandersetzung mit Shakespeare.

Der englische Dramatiker wurde so etwas wie ein Fixpunkt für die Romantiker. Friedrichs Bruder A. W. Schlegel, der nie einen Fuß auf englischen Boden setzte, begann noch in seiner Jenaer Zeit mit den ersten Shakespeare-Übersetzungen, an denen sich in der Folge auch Vater und Tochter Tieck sowie Graf von Baudissin beteiligten und mit denen sich ein bis heute festgezurrtes Bild von einem romantisierten Renaissance-Dramatiker überliefert hat.

Die „romantische Ironie“

Im Zentrum von Friedrich Schlegels Literaturtheorie stand aber weniger das Drama, sondern die „romanti-

sche Ironie“. Die hat er nicht nur bei Shakespeare ausgemacht, wo sich der Autor schelmisch hinter der Maske seiner Figuren verberge, sondern vor allem im „Wilhelm Meister“. Ironisch sei es, wenn der Erzähler im Prosawerk innehält und sich selbst hinterfragt, sei es durch Unterbrechungen mit Gedichten oder Einschüben anderer literarischer Gattungen wie dramatischer Szenen. Beispielfür diese erzählerischen Quantensprünge ist Brentanos „Godwi“, den der Autor selbst einen „verwilderten Roman“ nennt.

Diese Subjektivierung durch die „romantische Ironie“ bedeutet laut Schlegel eine Abkehr vom klassischen Ideal einer objektiven Darstellung von Natur und Wirklichkeit. Und es ist darüber hinaus eine Kampfansage gegen eine im 18. Jahrhundert noch feudalistisch geprägte Literatur, die Drama und Lyrik als einzig zeitgemäße Literaturformen anerkannte.

Nach der Französischen Revolution aber trat die bis dahin abschätzig behandelte Prosa ihren

Siegeszug an. Schlegel selbst ging mit gutem Beispiel voran und veröffentlichte 1799 den Roman „Lucinde“, der sich rasch zum Skandalwerk entwickelte, schilderte der Autor darin doch verschlüsselt in recht freizügiger Weise auch sein erotisches Verhältnis zu seiner sehr emanzipierten Frau Dorothea.

Zeitenwende im Roman

Neben diesem Roman beschränkt sich Schlegels literarisches Werk nur auf einige Gedichte. Weit umfangreicher ist sein literar- und sprachkritisches Werk, zu dem auch eine beachtliche Monographie über die indische Sanskrit-Sprache zählt. Doch vor allem seine klar formulierte Erzähltheorie stieß auf einen fruchtbaren Boden in Zeiten, da sich das Bürgertum gerade vom Adel zu emanzipieren begann. Im Roman feierte man den bürgerlichen und dazu individualistisch veranlagten Helden, der nicht mehr einem klassischen Bildungsideal folgt, sondern sich in künstlerischer Selbstverwirklichung übt. Von Schlegels „Lucinde“ führt daher ebenso ein gerader Weg zum bürgerlichen Realismus im Roman des 19. Jahrhunderts wie von Tiecks „Franz Sternbalds Wanderungen“, Brentanos bereits erwähntem „Godwi“, Novalis' Prosafragment „Heinrich von Ofterdingen“, Eichendorffs „Ahnung und Gegenwart“, Achim von Arnims „Die Kronenwächter“ oder E. T. A. Hoffmanns „Kater Murr“.

Schlegel selbst verließ die Romantiker-Hochburg Jena bereits 1801, um in Paris, Wien und zuletzt in Dresden, wo er 1828 starb, als Privatdozent zu unterrichten. Seine Zeitenwende erlebte er bis zur literarischen Spätromantik, die bis zirka 1835 dauerte. Die heutige Zeitenwende könnte dagegen in eine apokalyptische Literatur auf verbranntem Papier münden.



FOTO: MAURITUS



MUSEUM

So ließ es sich früher gut leben

Das Halberstadter Schraube-Museum hat nichts mit Schrauben zu tun, ist aber trotzdem gut gezimmert

Halberstadt am Nordrand des Harzes besitzt eine ganze Reihe von Sammlungen unterschiedlichster Art. Dass darunter neben dem berühmten Domschatz auch ein bedeutendes Vogelkundemuseum (Heineanum) existiert und eine Galerie von 120 Porträts berühmter Zeitgenossen des Dichters Johann Wilhelm Ludwig Gleim (1719–1803), die schon Goethe bewunderte, wissen nur wenige. Noch weniger kennen das Schraube-Museum für bürgerliche Wohnkultur mit seinem Prunkstück, dem 1888 neu eingerichteten und original erhaltenen Salon.

Spezialmuseen gibt es viele. Doch zur luxuriösen Innenausstattung bürgerlicher Wohnräume der Gründerzeit, anschauliche Zeugen der wirtschaftlichen Prosperität jener Zeit, findet man nur eine Handvoll. Dazu gehören der Standort Heynstraße 8 des Pankow Museums im Berliner Bezirk Pankow, Schloss Britz im Berliner Bezirk Neukölln oder auch die Villa Hendrichs des LVR Industriemuseums Gesenkschmiede Hendrichs in Solingen.

Dass Beispiele von Innenräumen höfischer Repräsentation aus dieser Zeit noch vielfach vorhanden seien, die Existenz authentischer Wohnräume bürgerlichen Repräsentationswillens dagegen eine außergewöhnliche Seltenheit sei, betonte schon

Lutz Walter in seinem Restaurierungskonzept zum Schraube-Museum. Das mag daran liegen, dass bürgerliche Wohnräume fortlaufend genutzt wurden und ihre Ausstattung früher oder später dem jeweiligen Zeitgeschmack folgte.

Nicht so das Schraube-Museum in Halberstadt, das seinen Namen Margarete Schraube verdankt, der letzten Vertre-

terin der alteingesessenen Halberstädter Fabrikanten- und Händlerfamilie Schraube. Obwohl die 1903 geborene Lehrerin, national erfolgreiche Schwimmerin, Turmspringerin und reiselustige Kosmopolitin eine selbstbewusste moderne Frau war, lebte sie bis zu ihrem Tod 1980 in dem elterlichen Anwesen unter Bewahrung des „musealen“ Dekors ihrer Kind-

heit. Ledig und kinderlos, hinterließ sie ihr Erbe der Stadt Halberstadt zur kulturellen Nutzung.

Schulklassen bietet der Hof heute Anschauungsmaterial zum „Leben früher“. Erwachsene können in unterschiedlicher Form eine Zeitreise mit dem Hausmädchen Fräulein Clara, dem Vetter aus der Pfalz und kulinarischen Genüssen erleben. Aktuell wird noch bis zum 1. Mai in einer Sonderausstellung das Werk des aus Halberstadt stammenden Künstlers Rolf Zimmermann (1938–2016) gezeigt. In DDR-Zeiten mit Plakatentwürfen für Großbetriebe erfolgreich, zog er sich nach 1989 immer mehr in seine Malerei zurück. Eines seiner beiden Gemälde von der Altstadt Halberstadts möchte das Städtische Museum mithilfe von Spendengeldern aufkaufen.

Helga Schnehagen



Edle Wohnkultur: Der Salon, das repräsentative Prunkstück im Schraube-Museum

MELDUNGEN

Die Welt des Günter Grass

Lübeck – Am 9. März eröffnet die neue Dauerausstellung im Günter-Grass-Haus mit dem Titel „Das ist Grass“. Sie zeigt erstmals in der Geschichte des Museums, das dieses Jahr im Oktober sein 20-jähriges Bestehen feiert, eine werkbiografische Übersicht von Leben und Werk des aus Danzig stammenden Literaturnobelpreisträgers. Zum Auftakt wird auch die neue Kulturstaatsministerin Claudia Roth von den Grünen erwartet.

tws

Keiner kennt Benjamine

Berlin – „Kein Mensch kennt mich“, klagte Benjamine, die Frau des Künstlers Georg Kolbe. Das Kolbe-Museum in der Sensburger Allee 25 in Berlin will das mit einer nach dem Zitat betitelten Ausstellung ändern. Ein Nachlassfund, der 2020 ins Museum kam, bringt mit mehreren Hundert Briefen und Fotografien Licht ins Dunkle und beantwortet die Frage, wer die Frau war, die Kolbe in vielen Werken verewigte. Infos: www.georg-kolbe-museum.de tws

● **Schraube-Museum** Vogtei 48, 38820 Halberstadt, geöffnet April bis Oktober, Freitag bis Sonntag von 13 bis 17 Uhr, ab November bis 16 Uhr, Eintritt 6,50 Euro (berechtigt auch zum Eintritt ins Städtische Museum und Heineanum). Aktuell gilt die 3G-Regel. Anmeldung Führungen: Telefon (03941) 551471, E-Mail: staedtmuseum@halberstadt.de. Internet: www.halberstadt.de/de/schraubemuseum.html

KALTER KRIEG

Schlug Adenauer 1952 die deutsche Einheit aus?

Vor 70 Jahren wurde mittels der Stalin-Note ein Vorschlag für ein neutrales Gesamtdeutschland unterbreitet

VON ERIK LOMMATZSCH

Zumindest in einem Punkt waren sich die zeitgenössischen Beobachter einig, ebenso wie es die Geschichtsschreibung bis zur Gegenwart ist: Bundeskanzler Konrad Adenauer dachte keine Sekunde darüber nach, auf den Vorschlag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 10. März 1952, der unter der Bezeichnung Stalin-Note ein Begriff geworden ist, in irgendeiner Weise einzugehen. Ebenso wenig wie auf die anschließenden Wortmeldungen aus Moskau vom 9. April, 24. Mai und 23. August jenes Jahres, die man als zweite, dritte und vierte Stalin-Note bezeichnen könnte.

In der (ersten) Stalin-Note, die der stellvertretende sowjetische Außenmi-

Das Territorium werde „durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden“. Eine Vier-Mächte-Konferenz sollte nun abermals zusammentreten, mit einer Regierung Gesamtdeutschlands würden die Kriegssieger dann einen Friedensvertrag abschließen. Vereinfacht ausgedrückt lautete die Botschaft: Stalin sei bereit, die DDR aus einem Herrschaftsbereich zu entlassen, sofern das dann entstehende Gesamtdeutschland strikt neutral bleiben werde.

Meinte Stalin es ernst?

Auf diesen sowjetischen Vorschlag reagierten die Westmächte ablehnend. Die geforderte Neutralität, die Zusage, dass Deutschland kaum nennenswert bündnisfähig wäre, war für sie nicht attraktiv. Vorbehalte gab es auch gegenüber der von Stalin gewünschten Festschreibung der Oder-Neiße-Linie. Moniert wurde ebenso, dass von freien Wahlen nicht die Rede gewesen sei. Diesem Einwand kam Stalin in der folgenden Note deutlich entgegen.

Letztlich hatte der Notenaustausch – die Westalliierten beantworteten die sowjetischen Ansinnen jeweils abschlägig – für die deutsche Frage keinerlei materiell greifbaren Folgen. Am Ende waren die Fronten des Kalten Krieges noch weiter verhärtet. Als Gegenstand von Diskussionen, die bis heute andauern, hatte die Stalin-Note hingegen von Beginn an eine immense Bedeutung.

Der Zeitpunkt, zu dem der Vorschlag präsentiert wurde, resultierte aus der immer deutlicher werdenden Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis. Die Unterzeichnung des sogenannten Deutschlandvertrages stand an und wurde am 26. Mai 1952 auch Realität. Das Vertragswerk, durch das die Bonner Republik eine Teilsouveränität erlangte, trat in veränderter Form zwar erst 1955 in Kraft, da das französische Parlament 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) als Teil der Vereinbarungen ablehnte, aber letztlich wurde die An- und Einbindung, die Adenauer und die Westmächte wünschten, vollzogen.

Der Streit über die Stalin-Note entzündete sich an der Frage, ob Stalin tatsächlich ein Angebot unterbreitete oder ob es ihm lediglich darum ging, Sand ins Getriebe der Westintegration zu streuen. Zu klären ist dies auch nach Öffnung der Archive nicht eindeutig.

Auf der Seite der Westalliierten sah man die Initiative durchaus nicht nur als Propagandacoup. So notierte etwa der britische Außenminister Anthony Eden: „Die Sowjets meinen es ernst mit diesem Vorschlag. Er ist zwar nicht ungefährlich für sie; aber unterm Strich würde er ihnen gut in den Kram passen.“



Webung für die Annahme der Stalin-Note: DDR-Plakat aus dem Jahre 1952

Foto: akg images



FOTO: MINISTRY OF INFORMATION

„Die Sowjets meinen es ernst mit diesem Vorschlag. Er ist zwar nicht ungefährlich für sie; aber unterm Strich würde er ihnen gut in den Kram passen“

Anthony Eden
Außenminister Großbritanniens

nister Andrej Gromyko den Vertretern der drei Westmächte vor 70 Jahren übergab, bot der Diktator Josef Stalin den ehemaligen Kriegsbündnispartnern die deutsche Einheit an. Zu den dort formulierten „Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland“ zählten unter anderem, dass die Besatzungsmächte sämtliche Streitkräfte abziehen, dem „deutschen Volk ... die demokratischen Rechte gewährleisten“ werden, und dass sich Deutschland verpflichtet, „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat“. Eigene „nationale Streitkräfte“ für die Verteidigung sollten gestattet sein.

Kurzbiographien



Edgar Faure war Anklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen, Mitglied der Radikalsozialisten sowie 1952 und 1955/56 französischer Premierminister.



Jakob Kaiser war 1946/47 Vorsitzender der CDU der Sowjetischen Besatzungszone und 1949 bis 1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.



Der gebürtige Westpreuße **Kurt Schumacher** war 1946 bis 1952 SPD-Vorsitzender und 1949 bis 1952 Oppositionsführer im Deutschen Bundestag.

Die große Linie, die für das Handeln des Westens maßgeblich war, fasste der französische Politiker Edgar Faure in seinen Erinnerungen zusammen. Danach sei die deutsche Einheit eine Angelegenheit gewesen, „die jeder lautstark forderte und die alle fürchteten wie die Pest“.

Wollte Adenauer die Einheit?

Obwohl die Bundesrepublik zu dieser Zeit keine eigenständige Außenpolitik betreiben konnte und die Note entsprechend an die westlichen Besatzer gerichtet war, wird der Haltung des deutschen Bundeskanzlers entscheidende Bedeutung beigemessen. Der Zeithistoriker Ed-

gar Wolfrum resümiert, „allein Konrad Adenauer“ hätte „Bewegung in die Sache bringen können“, aber er „tat es nicht“. Nahezu unmittelbar nach dem Eingang des sowjetischen Vorschlags hatte er den westlichen Besatzungsmächten seine Loyalität versichert. Unzugänglich zeigte er sich gegenüber jeglicher Überlegung im eigenen Land, die Stalin-Note nicht brüsk zurückzuweisen, sondern wenigstens zu prüfen, ob es sich möglicherweise doch um einen gangbaren Weg zur deutschen Einheit handele.

Entsprechende Stimmen kamen sogar aus der CDU. So hatten sich unter anderem der Minister für gesamtdeutsche

Fragen, Jakob Kaiser, oder der Unionsfraktionschef, Heinrich von Brentano, für ein differenzierteres, abwägendes Vorgehen ausgesprochen. Auch der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher plädierte dafür, auszuloten, „ob die Sowjetnote eine Möglichkeit bietet, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durchzuführen“. Die „Frankfurter Allgemeine“ mahnte zu prüfen, ob „es die Russen vielleicht doch ernst meinen“.

Adenauers strikte Verweigerung trug dazu bei, dass sich – wohl nicht zu Unrecht – die Ansicht verfestigte, dass er nicht nur die Westintegration vor die Einheit gestellt, sondern an der Einheit an sich wenig Interesse gehabt habe. Entgegen aller Rhetorik habe für ihn das Schicksal der Deutschen auf dem Gebiet der DDR lediglich eine nachrangige Rolle gespielt, zumal die – potentiellen – Wähler des protestantisch und traditionell sozialdemokratisch geprägten Gebietes der von ihm forcierten politischen Marschrichtung eher im Wege gestanden hätten.

Auch in der Jahrzehnte später einsetzenden wissenschaftlichen Debatte wurde keine übereinstimmende Bewertung bezüglich der Stalin-Note erzielt. Davon zeugt ein für Forscher ungewöhnlich emotionaler Ton, der sich in programmatischen Überschriften wie etwa „Die Legende von der verpassten Gelegenheit“ einerseits oder „Die vertane Chance“ andererseits widerspiegelt.

FRÜHSTÜCK

Wie „Kellogg's Corn Flakes“ entstanden

Vor 125 Jahren setzten ein Sanatoriumsleiter und sein Bruder Patienten erstmals die von ihnen entwickelten Zerealien vor

Ellen Gould Harmon White, eine Mitbegründerin der Freikirche der Siebentags-Adventisten, gründete 1866 mit ihrem Ehemann James ein Sanatorium in Battle Creek im US-Bundesstaat Michigan. Zehn Jahre später übernahm John Harvey Kellogg die Leitung und zog seinen jüngeren Bruder Will Keith nach.

Die Küche war aus religiösen Gründen vegetarisch. So gaben sich die beiden

Brüder im sanatoriumseigenen Labor auf die Suche nach Alternativen zu Fleisch. Nachdem gekochter Weizen, mit dem ein Teig hatte zubereiten werden sollen, zufällig über Nacht stehen gelassen worden war, wurden am nächsten Morgen die inzwischen stark aufgequollenen Weizenkörner durch Rollen gepresst und anschließend die flach ausgewalzten Körner durch Wärme getrocknet. Die so entstandenen

dünnen, knusprigen Weizen-Flocken wurden mit etwas Salz gewürzt Patienten zur Probe gereicht. Das war am 7. März 1897.

Die Patienten waren begeistert. Verbessert wurde der Geschmack noch dadurch, dass Will Keith Weizen durch Mais ersetzte. So entstanden die Cornflakes (Maisflocken).

Die Begeisterung der Patienten ermunterte die Brüder, Cornflakes indust-

riell herzustellen. 1897 gründeten sie in Battle Creek die Sanitas Food Company.

John Harvey war mehr an medizinischer Forschung interessiert, Will Keith am Geschäft. Zum endgültigen Bruch zwischen den Brüdern kam es über die Frage, ob den gesunden Cornflakes ungesunder, aber wohlschmeckender Zucker hinzuzufügen sei. Der geschäftstüchtigere der beiden bejahte die Frage.

Er trennte sich von seinem älteren Bruder, verließ das Sanatorium und gründete 1906 die Battle Creek Toasted Cornflake Company. Den Wert von Marken erkennend, versah er schon bald die Kartons mit seinen Cornflakes mit dem Schriftzug „Kellogg's“. 1922 wurde aus seiner Battle Creek Toasted Cornflake Company die heutige Kellogg Company.

Manuel Ruoff

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Zar Peter I. galt als wissbegierig und lernfähig. Er zeigte sich an Handwerk und Technik in Westeuropa äußerst interessiert. Zeitgenossen beschrieben ihn als außergewöhnlichen Menschen, einerseits wegen seiner Energie und Direktheit, andererseits stießen seine Neigung zu Gewalt und Unhöflichkeit, seine „russische Barbarei“, viele vor den Kopf.

Peter ahnte, dass er die Rückständigkeit seines Landes nur überwinden konnte, wenn er sich ein eigenes Bild vom Stand des Fortschritts in anderen Ländern machte. So beschloss er, sich selbst auf eine große Reise in die Zentren der Wissenschaft und Technik nach Westeuropa zu begeben, die sogenannte Große Gesandtschaft. Seine Erkundungsreise begann am 10. März 1697. Sie dauerte ein Jahr, fünf Monate und 16 Tage.

Den Impuls, Russland zu modernisieren, hatte der junge Zar nicht zuletzt infolge seines langjährigen Aufenthalts in der deutschen Vorstadt im Nordosten Moskaus erhalten, die damals eine große Rolle als Zentrum des modernen Lebens spielte. Peter I. wollte sein Land umfassend modernisieren. Er wusste, dass eine effiziente Verwaltung, Finanzen und Wirtschaft ebenso wie eine moderne Armee und eine große Kriegs- und Handelsflotte vonnöten waren, um Russland zu einer europäischen Großmacht aufsteigen zu lassen.

Der eigentliche Zweck der Großen Gesandtschaft war es jedoch, Verbündete gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. Seefahrt und Schiffsbau in Holland, England und Venedig zu studieren dienten ebenfalls dem Ziel, Russland gegenüber dem Osmanischen Reich zu stärken, denn er plante den Aufbau einer russischen Schwarzmeerflotte. 1696 hatte er bereits eine Delegation junger Adelige in den Westen geschickt, um etwas über Wirtschaft sowie Kriegs- und Staatsführung zu lernen, bevor er beschloss, sich selbst ein Bild zu machen.

Peter reiste inkognito als Unteroffizier des Preobraschensker Regiments. Er liebte es, dem Protokoll am Hofe zu entfliehen und einfach und ungezwungen auftreten zu können. Die drei Botschafter Franz Lefort, der die Reise geplant haben soll, Fjodor Golowin und Prokopij Wosnitszyn begleiteten ihn neben 35 Volontären und 300 weiteren Aristokraten.

Die Route führte zunächst nach Riga, das damals zu Schweden gehörte. Generalgouverneur Erik Dahlberg empfing die Delegation höflich, aber ohne militärische Ehren, was Peter ihm später übelnahm, da er zwar inkognito reiste, aber insgeheim alle Stationen über seinen Besuch informiert waren. Dahlberg gefiel es nicht, dass seine russischen Gäste sich so intensiv für die Festungsanlage interessierten.

Besuch in Pillau und Königsberg

Im April 1697 reiste Peter nach Pillau, und von dort ging es nach Königsberg, wo er von Mai bis Juli blieb. In der Pregelmetropole absolvierte er bei Steitner von Sternfeld einen Artilleriekurs, den er mit einem Diplom abschloss, das auf sein Pseudonym „Pjotr Michailow“ ausgestellt war. Er studierte auch die Festung Friedrichsburg eingehend. In Königsberg unterzeichneten der Brandenburger Kurfürst Friedrich III., der spätere preußische König Friedrich I., und er nach langen Gesprächen einen Freundschafts- und Handelsvertrag. Im August führte die Reise nach Berlin, wo es zu Verhandlungen mit Preußen über die Vorbereitung einer antischwedischen Allianz zwischen Sachsen-Polen, Dänemark und Russland kam. In der Folge waren die preußisch-russischen Beziehungen für ein halbes Jahrhundert freundschaftlich.

Von August 1697 bis Januar 1698 verweilte Peter I. in Amsterdam, wo er als Schiffszimmermann in Zaandam auf den Werften der „Ostindischen Kompanie“ arbeitete. Diese Episode fand in Albert

RUSSLAND

Peter I. stieß das Fenster zum Westen auf

Vor 325 Jahren startete der Zar seine Erkundungsreise in den Westen Europas, die sogenannte Große Gesandtschaft, um sein Land auf den Weg zur Großmacht zu führen



Erinnert an den Aufenthalt des Zaren von 1697: Das 1998 erbaute Denkmal für Peter I. vor dem Leuchtturm in Pillau

Foto: pa

Lortzings Oper „Zar und Zimmermann“ Niederschlag. Ein Zertifikat bescheinigte Peter, dass er vier Monate und fünf Tage sorgfältig das Handwerk des Schiffbauers gelernt habe. Für ihn und seine Begleiter wurde auf der Werft eine Fregatte vorbereitet, die von seinen Leuten vom Kiel bis zum Segel fertiggestellt wurde und nach nur neun Wochen vom Stapel lief. Der Zar arbeitete unermüdlich den ganzen Tag, und in seiner Freizeit schaute er sich so viel wie möglich an. Er besuchte Produktionsstätten wie Sägewerke, Tuchfabriken und er schaute sich bei Obstbauern um. In Utrecht hörte er Anatomievorlesungen und wohnte sogar Operationen bei. Ihn interessierte alles, selbst Kunstausstellungen oder ein Observatorium.

In Nijmegen traf Peter im September 1697 Wilhelm III. von Oranien, der gleichzeitig Herrscher von England und den Niederlanden war, bevor er im Januar

1698 mit einem kleinen Gefolge von 25 Personen nach England segelte. Die Schiffsbaukunst wurde dort wissenschaftlicher betrieben als in Holland. Neben dem Erwerb von Waffen konnte der Zar insgesamt 1100 Fachleute für Russland gewinnen.

Eigentliches Ziel blieb unerreich

Als Höhepunkt der Reise war der Besuch bei Kaiser Leopold I. in Wien gedacht. Der wollte von der antitürkischen Allianz allerdings nichts mehr wissen, stand er doch kurz vor einem Friedensvertrag mit den Osmanen. Zudem überschattete der Spanische Erbfolgekrieg die Verhandlungsbereitschaft zu einem Bündnis gegen die Osmanen. Engländer und Holländer wollten zudem Handel mit den Türken treiben. Damit Russland nicht isoliert dastand, musste Peter Friedensverhandlungen mit den Türken zustimmen.

Zusätzlich kam aus Moskau die Nachricht von einem Strelizenaufstand, weshalb Peter den geplanten Besuch Venedigs fallen ließ und nach Hause eilte. Da der Aufstand aber inzwischen niedergeschlagen war, fand Peter Zeit, sich am 10. August mit dem polnischen König August II. zu treffen, um Pläne für ein Bündnis gegen Schweden zu schmieden.

Auch wenn Peter I. die politischen Ziele seiner „Großen Gesandtschaft“ nicht erreichen konnte, so stieß er mit ihr doch das Fenster nach Westeuropa auf und brachte Russland einigen Nutzen. Der russische Zar kaufte 10.000 Gewehre, 5000 Musketen und 3000 Bajonette. Er verpflichtete eine Vielzahl von Offizieren für den Dienst in der russischen Armee sowie zahlreiche Ingenieure, etwa 350 Matrosen und Bootleute sowie Spezialisten anderer Berufe.

Bei der Umsetzung seiner Reformen ging er zuweilen äußerst brutal vor.

REFORMIERT

Demonstration evangelischer Freiheit

Am ersten Sonntag der vorösterlichen Fastenzeit hat im Jahre 1522 der Drucker und Verleger Christoph Froschauer das Fasten gebrochen, und zwar mit Fastnachtschüechli (Fettbackenes) und scharfer Rauchwurst.

Hinter verschlossener Tür hat wohl so mancher gegen das Fastengebot, das im 4. Jahrhundert auf 40 Tage festgelegt wurde, verstoßen. Doch das sogenannte Froschauer Wurstessen wollte bewusst gegen die kirchlichen Gebote verstoßen, wollte nur die Bibel als Grundlage des christlichen Glaubens zulassen und hat letztlich eine ähnlich einschneidende Wirkung für die Reformation in der Schweiz und die reformierte Kirche gehabt wie Martin Luthers Thesenanschlag auf die Reformation in Deutschland.

Froschauer gehörte zu den Anhängern Huldrych Zwinglis. Er druckte nicht nur dessen Predigten und theologischen Schriften, sondern auch Zwinglis Zürcher Bibelübersetzung.

Zwingli war ein Reformator und stritt sich viel – auch mit Martin Luther. Als Theologe stellte Zwingli die Bibel, das Wort Gottes, über alles. Für ihn hatte allein die Bibel Autorität, allein ihr Wort bringe den Menschen das Evangelium, also die frohe Botschaft.

Der Reformator Zwingli

1519 wurde er als Stadtpfarrer nach Zürich berufen. Hier legte Zwingli seinen Predigten fortlaufend Bibeltext zugrunde und bezog sich nicht auf Perikopen (Bibeltexte zur Lesung im Gottesdienst). Er etablierte seine Auslegungen und die Stellung der Bibel als Wort Gottes nicht nur im geistlichen, sondern auch im weltlichen Leben.

Den Fastenbruch der illustren Gesellschaft, den Froschauer mit der anstrengenden Arbeit zu begründen versuchte, ein Buch für Erasmus von Rotterdam nach Frankfurt zu bringen, verurteilte der Zürcher Rat zwar und ordnete eine Untersuchung des Verstoßes sowie ein theologisches Gutachten an, rechtliche Folgen für die Beteiligten hatte der Verstoß gegen das Abstinenzverbot jedoch nicht. Der Rat von Zürich und nicht die Kirche verurteilte den Fastenbruch. „Geradezu revolutionär bzw. reformatorisch hochbrisant war aber seine Entscheidung als weltliche Behörde, in der Fastenfrage nur noch gelten zu lassen, was die Bibel dazu erlaubt bzw. verbietet“, heißt es auf der Internetseite der Zürcher reformierten Gemeinde.

Die Bibel wird Maßstab

Im April 1522 veröffentlichte Zwingli die Schrift „Die freie Wahl der Speisen“, in der er sein evangelisches Freiheitsverständnis formulierte: Christenmenschen seien von allen menschlichen Geboten und Ordnungen freigestellt, sie müssen nicht befolgt werden. Das Fastengebot habe keine Autorität der Bibel hinter sich, deshalb müsse es nicht befolgt werden. Allerdings dürfen Christenmenschen auf ihre Freiheit verzichten, denn sie müssen ihre Erkenntnis nicht jederzeit durchsetzen.

Zwingli selbst ist an dem besagten Tag zwar im Froschauer Haus, doch soll er keine Wurst gegessen haben.

1523 wurde das Fastengebot aufgehoben. Der Zürcher Rat hat für das kirchenpolitische Handeln die Bibel als einzige Grundlage angenommen. Die gesamte Tradition der katholischen Kirche hatte damit keine Gesetzesgrundlage mehr. *Christiane Rinsler-Schrut*

ESSAY

Lemberger Reflektionen

Über die Ukraine ist in den vergangenen Jahren viel geredet und geschrieben worden. Wie sehr dies zumeist am Selbstempfinden der Ukrainer vorbeigeht, konnte unser Autor während einer Tagung vor fünf Jahren in Galizien erleben. Eine Erinnerung

VON KLAUS WEIGELT

Von Europa nach Lemberg – An solchem Widersinn arbeitete sich eine große Tagung im Juni 2017 ab – „vor Ort“, in Lemberg, Europa. Die Literatur war damals das „Reflexionsmedium“. Über achtzig Wissenschaftler, Politiker, Schriftsteller, Journalisten und Studenten aus zahlreichen Ländern hatten sich in der westukrainischen Metropole versammelt.

Die Initiative für das Projekt „Literatur als Reflexionsmedium“ ging von der Kölner Literaturwissenschaftlerin Birgit Lermen aus. Das Erfolgsgeheimnis war eine kreative Mischung von Gesprächspartnern aus Politik, Wissenschaft und mit der Region vertrauten Autoren. Dazu kam das Lokalkolorit des Tagungsortes. So wurde die Lemberger Konferenz im bekannten Opernhaus des Architekten Zygmunt Gorgolewski (1845–1903) eröffnet, die einzelnen Sektionen fanden im Potozky-Palast des Architekten Louis Dauvergne (1854–1903) statt und eine festliche Abendveranstaltung im Haus der Wissenschaftler, ebenfalls einem repräsentativen Gebäude aus der Habsburger Zeit Ende des 19. Jahrhunderts.

Außerhalb der EU, aber deutlich erkennbar innerhalb Europas

Und doch war es diesmal in entscheidenden Aspekten anders als bei früheren ähnlichen Konferenzen. Erstmals tagte man in einem Land, das nicht zur EU, aber erkennbar zu Europa gehört. Ein verbreitetes Missverständnis beschreibt ein Reiseführer: den Weg von Europa nach Lemberg. So wird eine Stadt fehlinterpretiert, die zutiefst europäisch denkt und empfindet und mit ihrer jahrhundertalten Geschichte ein europäisches Zentrum repräsentiert.

Erstmals tagte man in jenem Sommer auch in einem Land, das von einem aufgezungenen Krieg und der Annexion der Krim zerrissen wird und seit 2014 damals bereits über 10.000 Gefallene zu beklagen hatte. Folgerichtig befasste sich die Konferenz mit dem Thema „Krieg und Frieden“ und der europäischen Ordnung nach 1990. Die erträumte Friedensordnung nach dem Zerfall des Kommunismus hatte sich nicht eingestellt. Der Balkankrieg führte zu einer ersten Flüchtlingswelle in Europa, über 200.000 Menschen fanden den Tod. Die Staaten des 1991 aufgelösten Warschauer Paktes drängten in die NATO. Moskau fand sich mit Wladimir Putin nicht in die Rolle des „Juniorpartners“, sondern suchte nach Ausgleich für die in der Interpretation des Kreml „größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts“, den Zerfall der Sowjetunion.

Den äußeren Instabilitäten stellte der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert innereuropäische Asymmetrien an die Seite, insbesondere die zwischen Erweiterung und Vertiefung der EU, von der gerade die Ukraine als großes Land im Osten bis heute betroffen ist, weil in absehbarer Zeit an zusätzliche Erweiterungen nicht zu denken ist. Nüchtern wurde auch von anderen Referenten, wie Bernhard Vogel und Hans-Gert Pötering, die Unmöglichkeit eines EU-Beitritts der Ukraine erläutert. Zugesichert wurde eine enge Zusammenarbeit, ähnlich der, wie man sie sich für Großbritannien nach dem Brexit vorstellte.

Brüssel-zentrierte Europasicht

Unbehagen verursachte die Perspektive, legten doch die Begriffe „Erweiterung“



Wie in Wien: Das von Zygmunt Gorgolewski errichtete Lemberger Opernhaus

Foto: imago/imagebroker

oder gar „Osterweiterung“ dem Zuhörer nahe, wo das westliche Zentrum liegt, von dem aus die Erweiterung zu erfolgen habe. Der noch 2004 anlässlich des großen Beitritts der mittel- und osteuropäischen Staaten verwendete Begriff der „Wiedervereinigung Europas“ fand keine Erwähnung.

Bernhard Vogel meinte, es sei gut, in einem Land zu sein, das nach Europa wolle – eine eher missverständliche Äußerung in einem europäischen Land. Von ukrainischer Seite wurde vermutet, die Ukraine sei wohl aus der Perspektive des Westens nicht so klar erkennbar. Von westlicher Seite wurde gar konstatiert, dass noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen sei, wer sich nicht an Brüssel und dem Westen orientiere. Diese Brüssel-zentrierte Europasicht wird bis heute in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU nicht akzeptiert.

Der Mainzer Historiker Andreas Rödder stellte eine „gehobene Ratlosigkeit“ angesichts der Trümmer fest, die von dem Versuch einer „Verwestlichung der Welt“ zurückgelassen wurden. Das Di-

lemma zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der östlichen EU-Mitglieder und dem Machtanspruch Moskaus ließe sich für die Ukraine in ihrer prekären Lage nur durch geduldige Verhandlungen und Kompromisse lösen.

Ukrainische Befindlichkeiten

Dieser operative Ansatz entsprach der von Norbert Lammert vorgebrachten Überlegung, dass auch labile Verhältnisse zur Stabilität beitragen könnten. Wie die jahrzehntelange Nicht-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland sicher auch ihren Beitrag zur Einheit geleistet habe, so könnte die Nicht-Anerkennung der Krim-Annexion gegebenenfalls zu einer Lösung in der Zukunft führen. Dass sich diese Spekulation mit dem Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 zerschlagen hat, ist offenkundig.

Galizien stand ebenfalls im Zentrum der Betrachtung, jene Region um Lemberg und Czernowitz, in der es vor der Vernichtung durch den Nationalsozialismus ein fruchtbares Zusammenleben von

Polen, Ukrainern, Russen, Deutschen und Juden gegeben hatte, wo Millionen Menschen das Jiddische sprachen und wo, wie es Birgit Lermen ausdrückte, eine „poetische Kraft“ wirkte, beispielhaft in Paul Celan, die nie wieder erreicht wurde.

Ein Höhepunkt war damals der Vortrag des Ukrainers Jurij Andruchowytsh (*1960), von dem auf Deutsch sein „Kleines Lexikon intimer Städte“ und „Mein Europa“ (mit Andrzej Stasiuk) erschienen sind. In Lemberg trug er eine „Kurze Geschichte der Mutationen“ vor. In fünf Gedankenschritten schilderte er seine und die ukrainischen Befindlichkeiten im Verhältnis zu Europa von der staatlichen Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Anfang der 1990er Jahre über die Befreiung von einem moskauhörigen Regime und die Revolution bis zur Euromaidan-Bewegung. Eine immer tiefere persönliche Depression des Autors kennzeichnet die Mutationen, ausgelöst von der Haltung des offiziellen Europa, die durch Desinteresse und dadurch geprägt ist, die Ukraine aus Europa herauszuhalten, obwohl das Land doch zu Europa gehört.

Mangelnde Brüsseler Sensibilität

Diese Unempfindlichkeit der EU brachte auch der frühere Präsident der österreichischen Nationalversammlung, Andreas Khol, zur Sprache. Die EU-Institutionen seien unsensibel und zentralistisch orientiert. Das Europäische Parlament könne mit Subsidiarität nichts anfangen und erstrebe eine Allzuständigkeit in einer zu schaffenden Sozialunion. Der Europäische Gerichtshof entscheide systematisch gemeinschaftsorientiert und zeichne sich durch unsensible Vorgehensweisen aus. Die Kommission praktiziere eine zentralistische Sprache und habe ihr Rollenverständnis verändert: von der Hüterin der Verträge und des Rechts zur Ausübung eines politischen Mandats gegen den Rechtsvollzug. Die Krise der EU sei eine Krise ihrer Institutionen. Die Verträge sollten wieder zur Richtschnur in der EU

werden. – Man sieht: In den letzten fünf Jahren hat sich nichts geändert.

Die anwesenden Politiker versuchten, der Globalisierung und der sie bestimmenden Komplexität mit plausiblen Erklärungen beizukommen. Der Nationalstaat in Europa als „Gefäß der Souveränität“ habe sich überholt, stellte Norbert Lammert fest. Das blieb nicht unwidersprochen, sind doch die Staaten weiter für ihre inneren Angelegenheiten verantwortlich und in Europa mit ihrem Einigungswillen oder Widerstreben zuständig für die Zukunft der Union oder deren Erosion. Ein Staatenverbund mit selbstbewussten Nationen sei aber ein wirksames politisches Mittel gegen einen unkontrolliert wachsenden Nationalismus.

„Ich weiß selber nicht, welche Seele ich habe“

George Bernard Shaw wurde zitiert, der gesagt habe, auf jede komplexe Frage gebe es eine einfache Antwort, und die sei regelmäßig falsch. Dem setzte Andreas Rödder die Beobachtung entgegen, dass die neue „Leitkultur“ des Regenbogens und der Genderideologie in Europa eine bestimmte Richtung des Populismus geradezu provoziert habe. Auch die EU sei nicht frei von der Versuchung, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu praktizieren, die sich dann als falsch und verhängnisvoll erweisen. Die Einheitswährung Euro sei ein beklemmendes Beispiel dafür.

Andererseits würdte Nikolaj Gogol (1809–1852), nach Alexander Puschkin (1799–1837) einer der bedeutendsten russischen Schriftsteller, in der Ukraine geboren, aber russisch schreibend, heute sicher in einem Moskauer Gefängnis landen für seine Äußerung: „Ich weiß selber nicht, welche Seele ich habe, eine ukrainische oder eine russische.“ In Russland gibt es nur „Entweder-Oder“.

Eine Frage hat die Teilnehmer der Lemberger Konferenz sicher weiter begleitet: Warum erscheint das Christliche heute oft nur als „entferntes Echo“, als „Gedächtnisspur“? Ist eine christliche Literatur zu ertragen? Ist christliche Literatur überhaupt noch möglich? Navid Kermani reduziert Religion auf das Ästhetische mit der pikanten Perspektive, dass die Kunstbesseren sich in den Kirchen von den Christen mit ihrem Gesangbuch gestört fühlen. Kann es „Versöhnungsmodelle“ geben, die das Ästhetische hin zum Humanen, ja Religiösen überwinden?

Putins Krieg heute wird vom Kampf der orthodoxen Kirche, Patriarchat Moskau gegen Patriarchat Kiew, überlagert. Das Patriarchat Moskau steht an der Seite des Aggressors, wie bereits 2014. Auch im Balkankrieg stand die serbische Orthodoxie, unterstützt vom Patriarchat Moskau, an der Seite der Belgrader Aggressoren.

In Lemberg war der in der Religion wurzelnde ukrainische Patriotismus 2017 allorten sichtbar in einer auffälligen, das städtische Leben durchwirkenden christlichen Volksfrömmigkeit und der Gebete in allen Kirchen für die zahllosen Gefallenen eines oktrozierten, ungerechten Krieges.

● Klaus Weigelt war unter anderem Gründer und Leiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung auf Schloss Eichholz sowie Leiter des Europabüros der KAS in Brüssel. Er ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. Zu seinen Büchern gehört „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ (Westkreuz-Verlag 2019).



Lebendige Erinnerung: Bereits 2017 gab es im Stadtzentrum Lembergs Gedenkstätten, die an die Gefallenen der russischen Annexion der Krim 2014 erinnerten und in denen zugleich für die Hinterbliebenen der Gefallenen gesammelt wurde

Foto: Weigelt

KÖNIGSBERG

Gouverneur sieht sich gut vorbereitet

Exklavenlage erweist sich als Problem – Ansturm auf Banken und Lebensmittelläden

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Vor dem Hintergrund des aktuellen Ukraine-Konflikts befindet sich das Königsberger Gebiet als Exklave in einer besorgniserregenden Situation.

Die EU-Länder haben aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine beschlossen, ihren Luftraum für russische Flugzeuge zu sperren. Das nördliche Ostpreußen ist mit dem die Region umgebenden Territorium auf dem Luft- und Landweg verbunden. Die Eisenbahnverbindung durchquert auf dem Weg von der Gebietshauptstadt nach Moskau oder St. Petersburg das Gebiet Litauens. Der Eisenbahntransit durch das EU-Mitglied wird durch ein Abkommen zwischen Russland und der EU geregelt. So gibt es seit 2003 ein vereinfachtes Verfahren für den Eisenbahntransit durch Litauen. Daher kann Litauen den Transit in das Königsberger Gebiet nicht einseitig einstellen, sondern darüber können nur die EU-Behörden entscheiden. Nach Angaben der litauischen Behörden wird diese Frage derzeit nicht geprüft. Allerdings ist die Durchfahrt durch Litauen nur für den Personenverkehr vorgesehen.

Ansturm auf Bankfilialen

Unmittelbar nach der Verhängung der Sanktionen gegen eine Reihe russischer Banken kam es zu einem Ansturm auf deren Königsberger Filialen. Die Menschen versuchten, so viel Bargeld wie möglich abzuheben, um sich abzusichern und auch, um Devisen zu kaufen. Vom Ansturm waren besonders die größten Banken Sberbank und VTB betroffen. Zur gleichen Zeit war die Situation in den übrigen Banken recht ruhig, Bargeld wurde zu Wochenbeginn ohne jegliche Einschränkungen ausgegeben.

Am vergangenen Wochenende hatte sich der Gouverneur der Region, Anton Alichanow, an die Bewohner der Region gewandt, um sich zur aktuellen Lage in



Besorgte Mienen: In Königsberg beeilen sich die Menschen, um sich mit dem Notwendigsten zu versorgen

Foto: J.T.

der Region zu äußern. Im Mittelpunkt seiner Rede standen die Verkehrsverbindungen mit Russland sowie die Energie- und Ernährungssicherheit der Region.

Aufgrund der Sperrung des Luftraums durch die baltischen Staaten werden die russischen Fluggesellschaften die Route über die internationalen Gewässer der Ostsee und durch die Oblast Leningrad nutzen. Nach der Umleitung dauert die Reisezeit von Königsberg nach Moskau etwa eine Stunde länger. Sie beträgt nun etwa drei Stunden. Der Flug nach St. Petersburg verlängert sich um 20 bis 30 Minuten.

In der Lage zur Autarkie

Was die Energieversorgung betrifft, so ist die Region laut Alichanow zur Autar-

kie in der Lage. Die erforderliche Infrastruktur sei bereits mehrfach getestet worden.

Der Gouverneur erklärte, dass die Zoll- und Grenzschutzdienste wie gewohnt arbeiteten. Allerdings haben die Transportunternehmen immer noch Probleme an der litauisch-weißrussischen Grenze, die bereits vor den aktuellen Ereignissen bestanden.

Die weißrussischen Behörden ergreifen nun zusätzliche Maßnahmen, um den Grenzübergang für Königsberger Lkw zu beschleunigen und zu erleichtern. Es besteht Grund zu der Annahme, dass diese Maßnahmen in naher Zukunft Wirkung zeigen werden.

Neben dem Schienen- und Straßenverkehr können Waren auch auf dem

Seeweg nach Königsberg transportiert werden, was allerdings länger dauert und teurer ist. Es handelt sich um die Fährverbindung in das Leningrader Gebiet und nach St. Petersburg. Die Fähre geht von Pillau [Baltiysk] aus über die Ostsee.

Substitution zeigt Früchte

Was die Sorge um die Ernährungssicherheit betrifft, so bekräftigte Alichanow, dass die Region im Laufe der Jahre der Importsubstitution bei vielen Lebensmitteln eine vollständige Selbstversorgung erreicht habe. Natürlich würden einige Produkte aus anderen Regionen der Russischen Föderation bezogen, aber der Güterverkehr funktioniere und das Leben sollte wie gewohnt weitergehen.

MELDUNGEN

Erneuerung des Gefängnisses

Wartenburg – Das Zuchthaus in Wartenburg, Landkreis Allenstein, besteht seit 210 Jahren. Die Anstalt befindet sich auf einer Halbinsel, die von drei Seiten von Wasser umgeben ist. Es war ein idealer Ort zur Unterbringung fluchtverdächtiger Verbrecher. Wegen der Pandemie wird es eine Feierlichkeit nicht geben, aber auch weil der 200. Jahrestag seines Bestehens besonders gefeiert wurde. Das Entstehen des Zuchthauses an der Stelle hat eine dramatische Geschichte, verbunden mit der Vertreibung des Franziskaner-Ordens. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in diesen Mauern Kriegsverbrecher und heute als Vertreter der Heimatarmee bezeichnete Aktivisten der Solidarnosc sowie echte Verbrecher aufgehalten. Das Zuchthaus wuchs und wurde zu einem Gebäude für etwa 250 Gefangene. Das alte Gebäude, das noch 16 Einzelzellen hat, wird nach heutigem Standard renoviert. Ein neues Gefängnis setzt auf Resozialisierung und ermöglicht den Einsitzenden den Kontakt mit ihren Familien. Die Insassen geben sogar eine eigene Zeitung heraus. Im Gefängnis von Wartenburg befinden sich etwa 700 Insassen, von denen etwa die Hälfte im Gefängnisbetrieb arbeitet. PAZ

Der Kneiphof digital

Königsberg – Unter www.kneiphof.ru stellt das virtuelle russische „Museum Stadt Königsberg“ gemeinsam mit dem Wohltätigkeitsfonds Wladimir Potanins die Geschichte des Kneiphofs in deutscher Sprache dar. Ziel des sehenswerten digitalen Projekts ist es, den Kneiphof so zu zeigen, wie er vor der völligen Zerstörung ausgesehen hat. Neben der Beschreibung der Straßenzüge wird auch auf einzelne Häuser eingegangen. MRK

ALLENSTEIN

Neue Studiengänge an der Universität Ermland-Masuren

Ab dem kommenden Semester werden Steuerexperten, Logistikingenieure und Tontechniker ausgebildet

Die Universität Ermland-Masuren in Allenstein wirbt mit einem erweiterten Bildungsangebot um Studenten. Im Studienjahr 2022/2023 wird als neue Studienrichtung beispielsweise Steuerberatung hinzukommen. Die Analystengruppe, die die Entwicklungsstrategie der Universität ausarbeitet, sah einen Bedarf im Bereich der Steuerberatung. Deshalb wird die Fakultät für Rechts- und Verwaltungswissenschaften der Allensteiner Uni ab dem neuen Studienjahr Experten für Steuerberatung ausbilden. Die Lehrveranstaltungen werden von Dozenten der oben genannten Fakultät und der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften durchgeführt.

Die Idee, einen solchen Studiengang an der Hochschule einzurichten, hatte Jaroslaw Dobkowski, der derzeitige Dekan der Fakultät für Rechts- und Verwaltungswissenschaften.

Ein weiterer neuer Studiengang, der ab dem nächsten Semester im Angebot der Allensteiner Hochschule ist, betrifft

das Ingenieurwesen in der Logistikbranche, das an der Fakultät für Technische Wissenschaften unterrichtet wird. Das Studienprogramm steht bereits. Ein großer Teil der Themen bezieht sich auf Management und Qualitätswissenschaften. Neben ingenieurwissenschaftlichen und technischen Fächern wie Transportmaschinen, Automatisierung von Logistikprozessen oder Optimierung von Logistiksystemen werden auch wirtschaftliche Fächer wie Buchhaltung oder Lieferkettenverwaltung angeboten.

Der neue Studiengang richtet sich an Schulabgänger mit logistischen Vorkenntnissen, aber auch an Absolventen allgemeinbildender Schulen mit technischer Ausrichtung. Logistikstudiengänge werden bereits an mehreren polnischen Universitäten angeboten, aber sie bereiten die Absolventen hauptsächlich auf das logistische Management vor. Das Ingenieurwesen in der Logistik, so betonen die Allensteiner Professoren, wird den Stu-

denten ingenieurwissenschaftliche, praxisorientierte Kompetenzen vermitteln, was eine einzigartige Lösung im Land darstellt.

Konrad Nowak, Prodekan für Bildung an der Fakultät für technische Wissenschaften, unterstrich den Bedarf an einem solchen Studiengang: „Die Logistik entwickelt sich dynamisch. Wir werden nicht



Moderner Ausbau: Uni in Allenstein

mehr von Paketautomaten im Lieferungsbereich überrascht. Wenn wir noch ein wenig warten, wird es zur Normalität, dass Drohnen im Einzelhandel Waren ausliefern. In Kürze werden autonome Lastwagen, die nicht von Menschen, sondern von künstlicher Intelligenz gesteuert werden, auf den Straßen unterwegs sein. In den Lagerhäusern werden die Lagerarbeiter durch Roboter und Automaten ersetzt. Moderne Arbeitsorganisation und Technologie erfordern die Schaffung kompletter Logistiksysteme auf der Grundlage der neuesten technologischen Errungenschaften. Sie müssen von qualifizierten Ingenieuren erstellt und verwaltet werden. Wir wollen solche Ingenieure ausbilden.“

Im bevorstehenden Semester wird die Universität Ermland-Masuren auch einen neuen Studiengang Musikproduktion und Tontechnik anbieten. „Die Idee zur Gründung des Studios liegt fünf Jahre zurück. Man erkannte, dass es für die

Entwicklung des Musikinstituts notwendig ist, nach neuen Möglichkeiten und neuen Technologien zu suchen. Es entstand die Idee, ein Tonstudio einzurichten. Im Laufe von fünf Jahren wurde nach und nach erstklassige Ausrüstung angeschafft“, so Benedykt Błoński, Dekan der Kunstfakultät.

Das Studio besteht aus einem großen Aufnahmezimmer, einem Regieraum und einer Gesangskabine, die auch für die Aufnahme von Dialogen genutzt wird. Alle Räume haben eine separate Klimaanlage und sind schallgedämmt. Das neu geschaffene Aufnahmezimmer wird auch Künstlern außerhalb der Hochschule zur Verfügung stehen. Das Studio dient bereits Studenten des Musikinstituts. Hier lernen sie, wie man als Tonkünstler und Tontechniker arbeitet. Die Studenten verwenden moderne Instrumente, darunter ein hybrides Klavier, ein Schlagzeug und eine ganze Reihe von virtuellen Instrumenten. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Mehlau, Anneliese, geb. Conrad, aus Kunzendorf, Kreis Mohrungen, am 5. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Briese, Elisabeth, geb. Jelinski, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 4. März

Meyer-Brandstädter, Edith, geb. Brandstädter, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März

Sedelke, Margarethe, geb. Mrowka, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Baehr, Elisabeth, geb. Witt, aus Lötzen, am 9. März

Brüggemann, Hildegard, geb. Onischke, aus Wehlau, am 6. März

Lanzendorf, Erika-Ursula, geb. Fahrung, aus Lyck, am 4. März

Neumann, Marta, geb. Babick, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. März

Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März

Walter, Irmgard, geb. Marquardt, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

David, Charlotte, geb. Skóries, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 7. März

Lasota, Liesbeth, geb. Kolberg, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. März

Moissl, Hildegard, geb. Leidreiter, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 4. März

Norloch, Wanda, geb. Dietrich, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 6. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Becker, Waltraud, geb. Schmidt, aus Wehlau, am 5. März

Karpowski, Friedrich, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. März

Röhrich, Ida, geb. Biell, aus Plenkitten, Kreis Mohrungen, am 7. März

Semler, Anneliese, geb. Swiedelsky, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März

Stellwagen, Ingeborg, aus Mogilino, Kreis Posen, Landsmannschaft Düsseldorf, am 5. März

Wenzel, Anneliese, geb. Czerwanka, aus Lyck, am 4. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. Waschke-witz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März

Dürselen, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 7. März

Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 6. März

Groth, Hildegard, geb. Zwiesler, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 8. März

Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März

Steltz, Irmgard, geb. Helmcke, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Aukthun, Walter, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. März

Bernst, Elfriede, geb. Hildebrandt, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 9. März

Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März

Kröger, Irene, geb. Kiy, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 4. März

Lutz, Elsa, geb. Reißmann, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März

Müller, Ursula, geb. Böhm, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 7. März

Rohmann, Emma, geb. Griese, aus Lyck, Steinstraße 17, am 7. März

Wille, Ruth, geb. Bliwernitz, aus Schnellwalde, Kreis Mohrungen, am 10. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kowalski, Hildegard, geb. Katzmarski, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 4. März

Lyhs, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. März

Michelsen, Edith, geb. Dickert, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. März

Robben, Hilde, geb. Jack, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 7. März

Schliwinski, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März

Schwedberg, Irmtraud, geb. Schwarz, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 4. März

Tubies, Hildegard, geb. Klassen, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bellendorf, Elsa, geb. Liebenau, aus Mantau, Kreis Fischhausen, am 5. März

Buddrus, Dieter, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März

Dittkuhn, Gerhard, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 5. März

Edlefs, Ursel, geb. Sulimma, aus Lyck, Bahnbeamtenhaus 3, am 6. März

Fuhrmann, Maria, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März

Hempel, Christa, geb. Becker, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 7. März

Kämpfer, Helga, geb. Goetzie, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 7. März

Kibitzki, Gisela, geb. Raabe, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 6. März

Lammers, Lisbeth, geb. Gronwald, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 5. März

Niepelt, Ruth, geb. Wippich, aus Lyck, Fligges Garten, am 9. März

Roeder, Margarete, aus Milucken, Kreis Lyck, am 9. März

Rosteck, Gerhard, aus Treuburg, am 5. März

Sandner, Elfriede, geb. Zellmann, aus Neidenburg, am 10. März

Schlacht, Manfred, aus Kolteney, Kreis Mohrungen, am 6. März

Schwarz, Erika, geb. Borchmann, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. März

Skibowski, Elisabeth, geb. Ditt- rich, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 8. März

Wietzorek, Magdalene, geb. Pentz, aus Lyck, am 5. März



ZUM 92. GEBURTSTAG

Axen, Edith, geb. Meyer, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. März

Eichholz, Hildegard, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. März

Loges, Hannelore, geb. Soyka, aus Halldorf, Kreis Treuburg und aus Lyck, Freystraße 8, am 6. März

Ortschwager, Heinz, aus Königsberg, Ponarth, Schreiberstraße 2, am 4. März

Richter, Margarete, geb. Saffran, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 8. März

Runge, Liesbeth, geb. Bastek, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 6. März

Sowa, Theodor, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 9. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Birth, Horst, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 6. März

Fallik, Lotte, geb. Lengemann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. März

Garrn, Margit, geb. Zechlin, Kreis Wehlau, am 7. März

Hasenpusch, Ilse, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 6. März

Kischel, Margarete, geb. Assmann, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 3. März

Labusch, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. März

Raudschus, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. März

Stepputt, Hans-Werner, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 5. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartel, Günter, aus Bartendorf, Kreis Wehlau, am 8. März

Breßlein, Ursula, aus Ebenrode, am 9. März

Glombowski, Horst, aus Brassen-dorf, Kreis Lötzen, am 6. März

Kays, Ruth, geb. Dinkel, aus Wal-lendorf, Kreis Neidenburg, am 4. März

Kolwe, Willy Ernst, aus Golden-see, Kreis Lötzen, am 6. März

Kossak, Heinz, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 6. März

Kosseck, Rita, geb. Andrees, aus Hohenwestedt, Kreis Neidenburg, am 5. März

Löst, Grete, geb. Borreck, aus Treuburg, am 4. März

Paul, Ingrid, geb. Gollub, aus Lyck, Soldauer Weg 9, am 4. März

Schaeffe, Doris, aus Langenwie-se, Kreis Lötzen, am 6. März

Terzi, Jürgen von, aus Lyck, Falk-straße 11, am 9. März

Thom, Berta, geb. Guckes, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. März

Wagener, Waltraud, geb. Ptack, aus Lötzen, am 10. März

Wieczorek, Katharina, geb. Badorrek, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 5. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Clausen, Elisabeth, geb. Kirstein, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 9. März

Dietrich, Irmgard, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 6. März

Ewert, Paul, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 5. März

Falkenhagen, Sigrid, geb. Stanke-witz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 9. März

Grochowski, Hildegard, aus Sof-fen, Kreis Lyck, am 7. März

Grunwald, Adolf, aus Hein-richtsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. März

Hagenauer, Edeltraut, geb. Esau, aus Sprosserweide, Kreis Elchnie-derung, am 5. März

Hoffmann, Helga, geb. Horn, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 9. März

Hofmann, Eva, geb. Schäfer, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. März

Jaschko, Helmut, aus Alt-Krie-ven, Kreis Lyck, am 10. März

Jendral, Willy, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 4. März

Küßner, Hildegard, geb. Keiter, aus Millau, Kreis Lyck, am 5. März

Kullessa, Gerhard, aus Klein War-nau, Kreis Lötzen, am 7. März

Kulschewski, Ruth, geb. Kleta, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. März

Lehmann von Lenski, Günter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 7. März

Lissek, Dieter, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 8. März

Maier, Marianne, geb. Wagner, aus Wehlau, am 9. März

Malessa, Gerhard, aus Sam-platten, Kreis Ortelsburg, am 4. März

Mantwill, Erwin, aus Altdümpel-krug, Kreis Elchniederung, am 6. März

Niklowitz, Gerhard, aus Sens-burg, Kreis Neidenburg, am 6. März

Ostermeier, Gerta, geb. Randzio, aus Lyck, am 7. März

Patz, Arnold, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Ristau, Brigitte, geb. Skibbe, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 7. März

Salewski, Margot, geb. Stein-horst, aus Flammberg, Kreis Or-telsburg, am 7. März

Schmadalla, Margarete, geb. Meya, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 5. März

Schmidt, Erwin, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 6. März

Schmieder, Hans-Joachim, aus Lyck, am 9. März

Welz, Gisela, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 7. März

Balzer, Ulrich, aus Mohrungen, am 9. März

Beuter, Jürgen, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 8. März

Bießner, Irmtraud Sigrid, geb. Kalwa, aus Neidenburg, am 7. März

Bless, Karin, geb. Gollub, aus Lyck, Soldauer Weg 9, am 5. März

Dudkowiak, Adelheid, geb. Rock, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 9. März

Kossack, Edmund, aus Parneh-nen, Kreis Wehlau, am 9. März

Krosta, Gisela, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 10. März

Menge, Waltraud, geb. Melhorn, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 6. März

Schlechtweg, Sabine, geb. Bo-rowsky, aus Neukirch, Kreis Elch-niederung, am 7. März

Simon, Marianne, geb. Döblitz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 7. März

Zwirnemann, Erika, geb. Rudel, aus Halbbendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 8. März

Morr, Manfred, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 7. März

Rudat, Hartmut, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 5. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 11/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 11/2022 (Erstverkaufstag 18. März) **bis spätestens Dienstag, den 8. März**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt

23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)

1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Heilsberg

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

10. bis 16. Oktober: Werkwo- che in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Helmut Starosta zum 95.

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, gratuliert Helmut Starosta zum 95. Geburtstag.

Da der Jubilar gesundheitsbedingt seinen Ehrentag im Pflegeheim verbringen muss, wird nur im kleinen Kreis gefeiert. Die Vorstandschaft würdigt deshalb das jahrelange Engagement des Jubilars für die Vertriebenenarbeit „mit Abstand“.

Geboren in Marienburg besuchte er nach der Volksschule das Gymnasium, die Winrich-von-Kniprode-Schule bis 1944. Mit 17 Jahren wurde Helmut Starosta eingezogen und kämpfte im Zwei-

ten Weltkrieg am Oderbruch und in der Umgebung von Berlin. Verletzt floh er zu Fuß in die Oberpfalz nach Nittenau, wo er seine Mutter wiedertraf.

Ab 1947 studierte er an der Dolmetscherschule in Regensburg Englisch und qualifizierte sich durch Privatunterricht und Zusatzkurse für den Beruf des Kaufmanns. Weihnachten 1953 traf er Christl Schmidt wieder, die er zuletzt in Marienburg als neunjähriges Nachbarsmädchen gesehen hatte. Die beiden verliebten sich und heirateten 1955 in Amberg, bevor sie aus beruflichen Gründen nach Hof zogen.

Viele Jahrzehnte war Helmut Starosta zusammen mit seiner Ehefrau Christl in der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und im Bund der Vertriebenen Bayern aktiv.

Er fungierte als Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und für den BdV im Bezirk Oberfranken, als stellver-

tretender Landesvorsitzender der LOW für ganz Bayern.

Große Verdienste erwarb er sich auch durch seine Aufbauarbeit nach der Grenzöffnung, bei der er als Verbindungsmann des BdV dabei half, landsmannschaftliche Strukturen zu schaffen. In Hof gehörte er beim Aufbau der Abteilung „Vertriebene in Hof“ im Museum Bayerisches Vogtland Hof zu den treibenden Kräften.

Die Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, wünscht noch viele erfüllte Jahre bei guter Gesundheit.

Jutta Starosta



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Bremer West- und Ostpreußentag

Bremen – Sonnabend, 5. März, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen: Bremer West- und Ostpreußentag.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Dienstag, 15. März, 15 Uhr, TSB-Heim: Kaffeetafel, anschließend Vortrag der Jüdischen Gemeinde, TSB-Heim.



Allenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel. (02051) 87729, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de

Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel. (05401) 9770

Kirchspieltreffen 2022 in der Übersicht

Auf Grund der aktuellen Pandemiesituation stehen alle nachfolgenden Daten unter Vorbehalt. Aktuelle Informationen können auf der Internetseite www.erm-landfamilie.de oder www.landkreis-allenstein.de entnommen werden.

Essen – Palmsonntag 10. April, 10 Uhr, St. Antonius-Kirche, Küttings Garten 3, 45279 Essen-Steele, Freisenbruch: Messe, Kirchspieltreffen Jonkendorf, Wengaiten, Mondtken, Alt-Kockendorf, Steinberg und Polleiken sowie Kirchspieltreffen Klaukendorf, Purden, Groß Kleeberg, Wartenburg.

Weitere Informationen erteilen für Pfarrer Norbert Klobusch, Jonkendorf, Wengaiten, Mondtken, Alt-Kockendorf, Steinberg und Polleiken, Frau Marx unter Telefon (0201) 505570 und Johann Certa unter Telefon (02334) 54077 für Klaukendorf, Purden, Groß Kleeberg, Wartenburg.

Essen – Sonnabend, 16. April oder Sonnabend, 23. April, ab 11 Uhr, „Südtiroler Stuben“ Freiherr-vom-Stein-Straße 280, 45133 Essen: Kirchspieltreffen Grieslinien, Stabigotten, Wemitten, Mauden-Kranz, Darethen, Plautzig und Hognigswalde.

Weitere Informationen erteilt Johann Certa unter Telefon (02334) 54077 sowie Hedwig und Günter Makolla unter Telefon (02361) 64314.



Wird am 8. Mai ein Ort der Andacht für alle Kirchspiele: Wallfahrtskirche Mariä Heimsuchung in Werl
Foto: Malchen53

Werl – Sonntag, 8. Mai, 10 Uhr, Wallfahrtskirche Mariä Heimsuchung, Walburgisstraße 37, 59457 Werl: Wallfahrt mit Messe für alle Kirchspiele aus der Kreisgemeinschaft Allenstein.

Bochum – Sonnabend, 28. Mai, 14 Uhr, 44894 Bochum-Werne, Hölterweg 4: Kirchspieltreffen Göttkendorf, Alt Schöneberg, Jonkendorf zusammen mit Kirchspiel Dietrichswalde, Nagladden, Woriten, Rentinen.

Weitere Informationen zu diesem Kirchspieltreffen erteilt Familie Sawitzki unter Telefon (0234) 230624 und Johann Certa unter Telefon (02334) 54077.

Stabigotten – Sonnabend, 30. Juli, 10 Uhr, Kirche Grieslinien, Zajazd Gryzlini, Gryzliny ul. Jana Baczewskiego 34, 11-034 Stawiguda, Telefon (0048) 89 5191857: Messe und Kirchspieltreffen in der Heimat für die Kirchspiele Grieslinien, Stabigotten, Wemitten, Mauden-Kranz, Darethen, Plautzig, Hognigswalde und andere.

Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt notwendig. Weitere Informationen erteilt Edmund Mathia per E-Mail: edmund.mathia@t-online.de, unter Telefon (0613) 463786 oder Johann Certa per

Fortsetzung auf Seite 17



Wird 95 Jahre alt: Helmut Starosta

Foto: Jutta Starosta

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

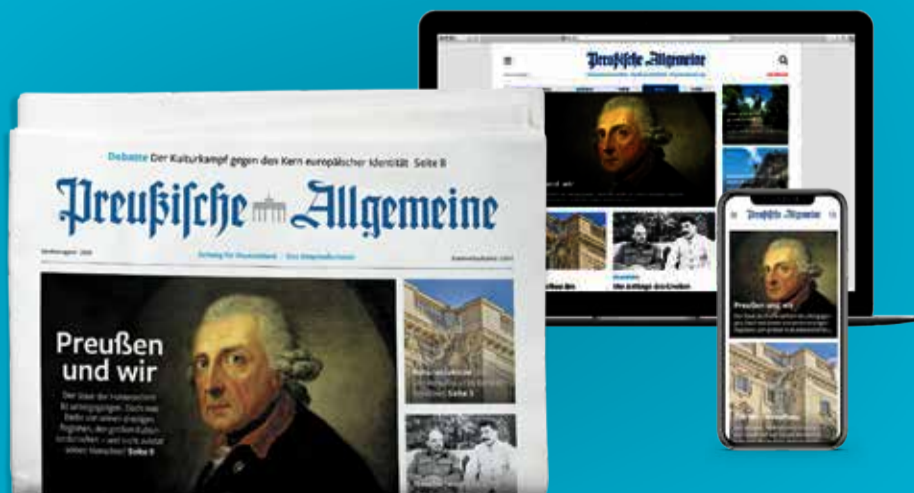
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

FRIEDLAND

ANZEIGE

Hochwertige Seidenkrawatte



Hochwertige graue Seidenkrawatte im Fischgrätmuster
mit gewebtem Elchschaufel-Wappen in schwarz-weiß für Euro 28,- zzgl. Verpackung und Versand Euro 2,00/Krawatte

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

28,- €
zzgl. Versand

3469 und Johann Certa unter Telefon (02334) 54077.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Treffen der Memelländer

März-Termin verschoben

Düsseldorf – Freitag, 13. Mai, ab 10.30 Uhr: Feier zum 70-jährigen Bestehen der Memellandgruppe Düsseldorf verbunden mit einem Bezirkstreffen, Gerhart-Hauptmann-Haus, Eichendorff-Saal, Bismarckstraße 90, Düsseldorf.

Einlass 10.30 Uhr. Beginn der Feierstunde um 11 Uhr durch die Vorsitzende Karin Gogolka.

Danach folgt ein Vortrag des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties. Musikalische Begleitung durch Waldemar Dantschenko. Anschließend gemeinsames Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen. Der Unkostenbeitrag beträgt 10 Euro und beinhaltet den Eintritt, Mittagessen, Kaffee und Kuchen sowie alkoholfreie Getränke.

Wegen der Vorbestellung des Essens bitte ich um telefonische Anmeldung unter Telefon (02452) 62492. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich den Termin freihalten und zu uns kommen.

Wegen der ständigen Änderungen der Einschränkungen in der Corona-Pandemie, die möglicherweise auch zu einer Absage der Veranstaltung führen können, fragen Sie bitte nach dem aktuellen Stand bei mir nach. Karin Gogolka

Bundesregierung sichert Prüfung

Härtefallverfahren für alle deutschen Spätaussiedlerbewerber aus der Ukraine

Die Bundesregierung verfolgt die Lage der deutschen Minderheit in der Ukraine aufmerksam und mit großer Sorge. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, versichert: „Allen Personen, die als Spätaussiedler in Deutschland Aufnahme begehren und jetzt nach Deutschland kommen, sage ich eine Prüfung ihres Aufnahmeantrages im mündlichen Verfahren, direkt in der Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes in Friedland zu.“

Wenn Sie, liebe Landsleute, sich sicher sind, dass Sie die Voraussetzungen als Spätaussiedler erfüllen, Sie deutscher Abstammung sind, die deutsche Sprache beherrschen und sich auch zum deutschen Volkstum (und zu keiner anderen Nationalität) bekennen, dann nehmen Sie nach Ankunft in Deutschland direkt Kontakt in der Aufnahmeeinrichtung in Friedland auf, damit Ihr Härtefallverfahren organisiert werden kann.

Wichtig ist: Betreiben Sie in diesem Fall kein anderes Verfahren, vor allem kein aufenthaltsrechtliches Flüchtlingsverfahren. Sonst besteht die Gefahr, dass Sie

die rechtlichen Voraussetzungen der Spätaussiedleraufnahme, die zum Zeitpunkt Ihrer Einreise vorliegen müssen, nicht mehr belegen können und damit Ihr Antrag abgelehnt werden muss.“

Kein anderes Verfahren

Personen, die im Härtefallverfahren nach Friedland kommen wollen, müssen vor der Aufnahme im Grenzdurchgangslager zu dessen Schutz vor COVID19-Infektionen eine Unterbringung in einer Transitunterkunft durchlaufen! Dieses organisieren wir selbstverständlich für Sie, sobald Sie sich melden!

Wenden Sie sich daher bitte rechtzeitig zur Absprache Ihres Aufenthaltes an das Bundesverwaltungsamt!

Allen Personen aus der Ukraine steht für Fragen des Verfahrens eine während der Servicezeiten von 8 bis 16.30 Uhr, freitags 8 bis 15 Uhr und am Wochenende zwischen 8 und 13 Uhr besetzte Hotline (022899) 358 20255 zur Verfügung. Fragen können Sie auch per Mail an: Ukraine-Friedland@bva.bund.de richten.

Bundesministerium des Inneren
und für Heimat

Fortsetzung von Seite 15

E-Mail: johann.certa@t-online.de, unter Telefon (02334) 54077.

Gütersloh – Sonnabend, 20. August, 16 Uhr, St. Bruder Konrad Kirche, Bonifatiusstraße 6, 33334 Gütersloh: Gottesdienst.

Ab 17 Uhr, Spexarder Nauernhaus, Lukasstraße 14, 33332 Gütersloh: Kirchspieltreffen Süssenthal und Umgebung.

Weitere Informationen erteilen Eckard Jagalla unter Telefon (05241) 403872 und Jan August Hacia unter Telefon (0234) 330518.

Gelsenkirchen – Sonnabend, 17. September, 13 Uhr, Schloss Horst, Turfstraße 21, 45899 Gelsenkirchen: Heimattreffen der

Kreisgemeinschaft Allenstein mit Kirchspiel Deuthen zusammen mit dem Treffen für Feuerwehrmänner und -frauen, die bei der Allensteiner Berufsfeuerwehr beschäftigt waren.

Weitere Informationen erteilt Johann Certa unter Telefon (02334) 54077.

Aufrufe

Kirchspiel Braunsvalde, Diwitten, Groß Buchwalde: Für 2022 wird noch ein Organisator/eine Organisatorin gesucht. Bei Interesse, bitte bei Johann Certa unter Telefon (02334) 54077 melden.

Kirchspiel Klaukendorf, Groß Kleeberg und Groß Purden: Für 2022 werden neue Räume gesucht. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Dieter Schlicka unter Telefon (02303) 58285 oder an Johann Cer-

ta unter Telefon (02334) 54077 melden.

Kirchspiel Reußen, Groß Bertung, Jomendorf: Für 2022 werden Räume und ein Organisator/eine Organisatorin gesucht. Bitte bei Johann Certa unter Telefon (02334) 54077 melden.

Kirchspiel Groß Lemkendorf und Umgebung: Für 2022 werden Räume und ein Organisator/eine Organisatorin gesucht. Bitte melden Sie sich bei Johann Certa unter Telefon (02334) 54077. Bitte Vorschläge für weitere Treffen mitteilen.

Kirchspiel Neu-Kaletka: Informationen erteilen Pastor Hubert Olbricht unter Telefon (02374) 2409 oder 02374-505467, Gerhard Teschner unter Telefon (05206)

BDV

Wechsel an der Spitze

Der Medien- und Kulturwissenschaftler Marc-P. Halatsch ist neuer Generalsekretär

Mit dem heutigen 1. März übernimmt der bisherige Leiter der Hauptstadtvertretung des Bundes der Vertriebenen, Marc-Pawel Halatsch, auf Empfehlung von BdV-Präsident Bernd Fabritius und nach Beschluss des Präsidiums das Amt des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen. Sein Vorgänger, Klaus Schuck, ist auf eigenen Wunsch mit Ablauf des 28. Februar aus der Arbeit ausgeschieden.

Halatsch ist studierter Medien- und Kulturwissenschaftler und trat 2014 als Pressesprecher und Leiter des Referates Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in die Arbeit beim Bund der Vertriebenen ein. Mit dem personellen Ausbau der Vertretung des BdV in Berlin übernahm er auch die dortige Leitungsfunktion.

Schuck ist diplomierter Volkswirt und war seit 1985 beim Bund der Vertriebenen beschäftigt, wo er, zunächst als Referent, mit den Themen Eingliederung, Recht und humanitäre Aufgaben betraut war. 1991 übernahm er die Referatsleitung und wurde stellvertretender Generalsekretär. In der Nachfolge von Michaela Hriberski kam er 2014 in das Amt des Generalsekretärs



Der BdV verjüngt seine Spitze: Klaus Schuck (l.) übergibt sein Amt an Marc-P. Halatsch (r.)

und Leiters der Bundesgeschäftsstelle.

BdV-Präsident Fabritius dankte Klaus Schuck für dessen jahrzehntelangen Einsatz für den Verband. Er habe mit Empathie hinter der Sache der deutschen Heimatver-

triebenen, Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern gestanden und einen „Kurs der Erneuerung und des Erinnerungstransfers nach außen sowie der fortwährenden Konsolidierung nach innen“ mitgestaltet.

Dieser Kurs werde unter neuen Vorzeichen auch unter dem neuen Generalsekretär Marc-P. Halatsch fortgesetzt. „Der BdV ist für die Zukunft gut aufgestellt“, so Fabritius.

BdV – Bund der Vertriebenen

ANZEIGEN



Als Gott sah, dass der Weg zu lang,
der Hügel zu steil
und das Atmen zu schwer wurde,
legte er den Arm um sie und sprach:
Komm heim.

Wir sind traurig, Dich zu verlieren, erleichtert, Dich erlöst
zu wissen und dankbar für die Zeit mit Dir.

Elisabeth Müller

geb. Raudszus

*29. 5. 1929 † 19. 2. 2022

Im Namen aller Angehörigen

Harald und Sabine Müller

Neubrandenburg im Februar 2022

Was Dir auch immer begegnet,
mitten in dieser Welt,
es gibt eine Hand, die Dich segnet,
es gibt eine Hand, die Dich hält.



Wir nehmen Abschied von

Felicitas Kopenhagen

geb. Dreyer

* 11. 7. 1930 † 15. 2. 2022
Rhein, Kreis Lötzen Bad Homburg v.d.H.

In stiller Trauer

**Detlef und Gabriele
mit Annalena, Margaretha und
Katharina**

**Silvia mit Philipp
sowie alle Angehörigen**

Traueranschrift:

Familie Kopenhagen
Eisenbachweg 62, 61267 Neu-Anspach

Die Beisetzung fand am 25. Februar 2022 auf dem Friedhof
in 37127 Niemetal-Imbsen statt.

GEOGRAPHISCHE EXTREMPUNKTE

Wo das Reich ein Ende hat ...

Wie sich im Lauf der Geschichte der nördlichste und östlichste Ort Deutschlands, aber auch der Mittelpunkt veränderten

VON WOLFGANG REITH

Geographische Extrempunkte nennt man solche Stellen, die einen Staat in alle vier Himmelsrichtungen an seinen äußersten Punkten begrenzen. So liegt der nördlichste deutsche Landpunkt auf der zu Schleswig-Holstein gehörenden nordfriesischen Insel Sylt. Hierbei handelt es sich um die Halbinsel Ellenbogen, den nördlichsten Teil Sylts mit der Ortschaft List, die damit zugleich der nördlichste Ort Deutschlands ist. Nur ein Grad weiter südlich liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Rodenäs am Rickelsbüller Koog (Nordwestküste Schleswig-Holsteins) die nördlichste deutsche Festlandstelle.

Heutige Extrempunkte

Der südlichste Punkt Deutschlands befindet sich am Haldenwanger Eck auf der Grenze zu Österreich. Hier treffen der Freistaat Bayern und die österreichischen Bundesländer Tirol und Vorarlberg in einem Dreiländereck zusammen. Markiert wird die auf einer Höhe von 1883 Metern liegende Stelle durch den Grenzstein 147 auf dem Gebiet der Gemeinde (Markt) Oberstdorf (Landkreis Oberallgäu). 400 Meter nordöstlich davon steht mit der Trifthütte das südlichste Gebäude Deutschlands (auf 1742 Höhenmetern). Südlichster deutscher Ort ist die aus drei Häusern und einer Kapelle bestehende Siedlung Einödsbach 8,3 Kilometer nordöstlich des Haldenwanger Ecks.

Das zur Gemeinde Selfkant im Kreis Heinsberg (Nordrhein-Westfalen) gehörende Dorf Isenbruch bildet die westlichste Ortschaft Deutschlands. Rund 1,4 Kilometer nordwestlich davon befindet sich an der Kreisstraße K 1 bei Haus Groevenkamp (Straßenbezeichnung) der westlichste deutsche Landpunkt, markiert durch den Grenzstein 309 B. Jenseits dieser Stelle liegt das niederländische Städtchen Susteren.

Der Bundesrepublik östlichste Ortschaft ist Zentendorf (obersorbisch



Nimmersatt, einst nördlichster Ort des Deutschen Reichs: Der ehemalige Grenzstein (o.) wurde umgewidmet als litauisches Ehrenmal.

Eine alte Postkarte (r.) zeigt die Grenzsteine Nimmersatt-Polangen

Foto: Kusrinja /Bildarchiv Ostpreußen

Šćeńc) in der Oberlausitz, die seit 1999 ein Ortsteil der Gemeinde Neißeaue im Landkreis Görlitz (Freistaat Sachsen) ist. Am östlichen Ortsrand fließt die Lausitzer Neiße, die hier die Grenze zur Republik Polen bildet. Der genaue östlichste Landpunkt liegt am Flussbogen zwischen Zentendorf und Deschka, ebenfalls ein Ortsteil der Gemeinde Neißeaue, wo ein Findling mit Beschriftung die Stelle markiert.



Seit 1999 Deutscher Zipfelbund

Die Gemeinden der vier genannten geographischen Extrempunkte schlossen

sich am 3. Oktober 1999 zum Deutschen Zipfelbund zusammen, der sich seither regelmäßig bei den jährlich abgehaltenen

zentralen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit präsentiert. Seine Aufgabe sieht er vor allem darin, einen „Austausch auf Verwaltungsebene“ zu pflegen.

Während die Grenzpunkte im Süden und Westen Deutschlands seit 1871 dieselben blieben, waren sie im Norden und Osten im Verlauf der letzten eineinhalb Jahrhunderte bedingt durch den Ausgang der beiden Weltkriege Veränderungen unterworfen. So bildete das Dorf Nimmersatt („... wo das Reich sein Ende hat“) nördlich der Stadt Memel bis 1920 und erneut ab 1939 die nördlichste Stelle des Deutschen Reichs. Östlichster Extrempunkt hingegen war das Dorf Schillingen – ab 1938 Ostdorf (Ostpreußen) – bei Schirwindt, rund 24 Kilometer nordöstlich der Kreisstadt Pillkallen ab 1938 Schloßberg), das am Westufer des Flüsschens Scheschuppe lag, welches hier die Grenze zwischen dem Deutschen Reich und dem Russland (bis 1918) und danach zu Litauen war.

Nimmersatt einst nördlichster Ort

Ebenso änderte sich der geographische Mittelpunkt Deutschlands: War es zwischen 1871 und 1920 die Stadt Spremberg (niedersorbisch Grodk) im heutigen Landkreis Spree-Neiße (Brandenburg), wo ein alter und inzwischen erneuerter Gedenkstein an den „Mittelpunkt vom Deutschen Reiche“ erinnert, verlagerte sich dieser durch die Gebietsabtretungen infolge des Versailler Vertrages von 1919. So reklamierte etwa das Dorf Krina, heute Ortsteil der Gemeinde Muldenstausee im Landkreis Anhalt-Bitterfeld (Sachsen-Anhalt), für sich, neuer Reichsmittelpunkt zu sein, was man mit einer Gedenktafel auf Feldstein in der Ortsmitte („Horner Berg“) dokumentierte. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 wurde schließlich das Dorf Niederdorla im Unstrut-Hainich-Kreis (Thüringen) zum neuen geographischen Mittelpunkt der Bundesrepublik Deutschland.

HEIMAT AUF KARTEN

Bloch legt mit Niederschlesiens Norden nach

Schlesien ist damit kartographisch zweisprachig vollständig erfasst – Neuauflagen ostpreußischer Karten

Wer sich auf die Suche nach der eigenen Heimat oder der seiner Vorfahren in den Oder-Neiße-Gebieten begibt, ist auf hilfreiche Dokumente angewiesen, zumal dann, wenn es die Orte, in denen die Verwandten gelebt haben, heute nicht mehr gibt.

Vielen sind die Karten der Berliner Stadtplanerei Bloch seit Jahren bekannt, bieten sie doch dank zweisprachiger Orts- und Straßennamen, teilweise Überlagerungskarten alter und neuer Straßenverläufe genaue und nützliche Anhaltspunkte. Da bereits erschienene Karten und Stadtpläne regelmäßig überarbeitet werden, sind die darin enthaltenen Informationen auch stets aktuell.

Bisher sind die Landkarten stets im Maßstab 1 : 100.000 erschienen. Mit „Niederschlesiens Norden“ im Maßstab 1 : 200.000 wagt Dirk Bloch sich auf Neuland. Dass er diesen Maßstab wählte, liegt daran, dass es sich um ein vergleichsweise großes Gebiet handelt. Der Anspruch, möglichst alle Orte aufzuführen, stellt dabei eine Herausforderung dar. Sieht man sich die Karte genauer an, stellt man schnell fest, dass Bloch die Aufgabe sehr



Neue Karte: Mit „Niederschlesiens Norden“ ist Schlesien vollständig erfasst



gut gelungen ist. Das Kartenbild ist klar und übersichtlich, wobei selbst die klein gedruckten Ortsnamen noch gut zu lesen sind. Ein zweisprachiges Ortsnamenverzeichnis mit Koordinaten erleichtert die Suche.

Da sich gerade in der Republik Polen sehr viel verändert, was die Straßenverläufe betrifft, ist die Karte „Ermland/Oberland“ in aktualisierter Auflage erschienen. Der neue Kanaldurchstich durch die Frische Nehrung sowie offiziell-

le Badestellen und Campingplätze sind neben der Beschreibung der Sehenswürdigkeiten enthalten.

Die aktualisierte Haffkarte enthält einen Stadtplan von Elbing mit deutschen Straßennamen wie auch einen Innenstadtplan von Allenstein, der fast das gesamte Gebiet der Vorkriegsstadt umfasst.

Manuela Rosenthal-Kappi

Niederschlesiens Norden: Aktuelle Landkarte 1 : 200.000 Ortsnamenkarte, Blochplan, Berlin, 1. Auflage 2022, Faltkarte, 11,95 Euro

Ermland/Oberland mit Stadtplan Olsztyn/Allenstein (Innenstadt): Landkarte 1 : 100.000 Ortsnamenkarte, Blochplan, Berlin, 2. Auflage 2022, Faltkarte, 8,95 Euro

Rund um das Frische Haff. Königsberg/Kaliningrad bis Elbing/Elbląg. Braunsberg/Braniewo bis Bartenstein/Bartoszyce: Landkarte 1 : 100.000 Ortsnamenkarte, Blochplan, Berlin, 2. Auflage 2022, Faltkarte, 8,95 Euro

ZUM WELTFRAUENTAG AM 8. MÄRZ

Franziska Tiburtius war Ärztin aus Leidenschaft

Erste pommerische Ärztin arbeitete 31 Jahre ohne Anerkennung des Berufsstandes in Deutschland

VON GISELA MERCHEL

Das Buch: „Frauen aus Pommern gesammelte Lebensbilder“ von Luise Prokosch-Ackermann, herausgegeben 1988 in Bad Teinach, hatte es mir angetan. Über die Autorin konnte ich nichts mehr herausfinden, als dass sie dieses Buch schrieb. Es wird darin auch das Leben der Ärztin Franziska Tiburtius dokumentiert, die sich intensiv für die Frauenbewegung und die Studienmöglichkeit für Frauen einsetzte.

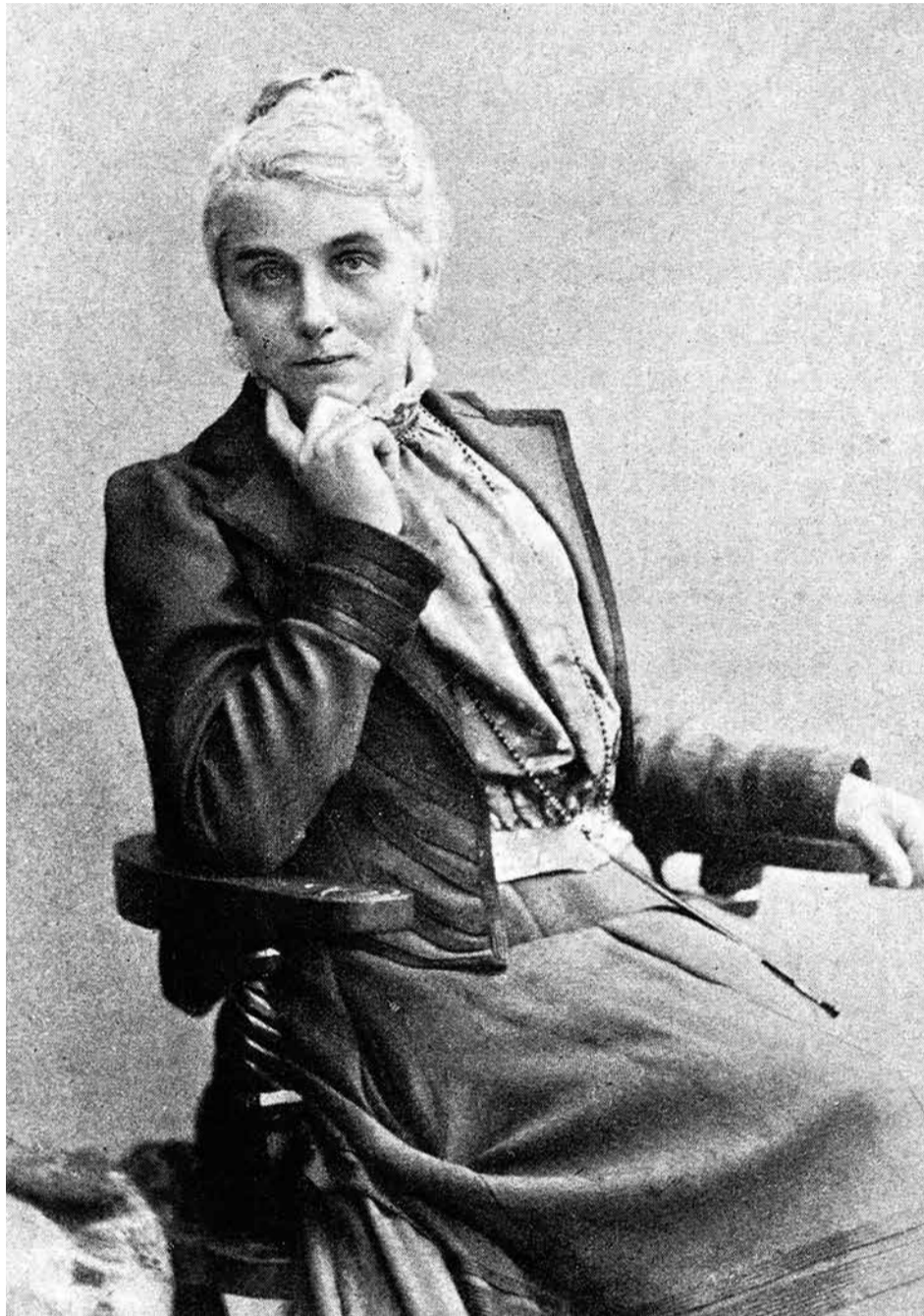
Am 18. Januar 1843 wurde Franziska als neuntes und jüngstes Kind des Pächters Tiburtius in Bisdamitz in der Nähe von Lohme auf Rügen geboren. Väterliche Vorfahren sind bereits seit 1587 in der Matrikel der Greifswalder Universität zu finden, in der Jurisprudenz und Theologie.

Die Familie der Mutter kam 1791 aus dem Südharz als Hauslehrer zur Familie des Oberforstmeisters und Gutsbesizers von Barnekow in Teschvitz bei Gingst. Sie wuchs mit Geschwistern und Vettern auf, die durch einen Erzieher die Schulbildung vermittelt bekamen. Mit fünf Jahren konnte Franziska schon lesen.

Kämpfe für Frauenbewegung

Als 1851 der Pachtvertrag auslief, zog die Familie nach Stralsund. Dort besuchte Franziska eine Privatschule, lernte neben allgemeinen Fächern Französisch, Geographie und Geschichte. Ihr Vater starb, als sie zwölf Jahre alt war. Sie konnte weiter zur Schule gehen, die sie mit 16 Jahren beendete. Ein Jahr blieb sie noch zu Hause, um die Haushaltsführung zu erlernen. Mit 17 Jahren ergriff sie den damals einzig standesgemäßen Beruf für eine bürgerliche Frau und war mehrere Jahre als Gouvernante und Erzieherin beim Baron Lyngen in Werbelow (1860–1866), im Hause des Herrn von Behr-Schmoldow (1867) sowie in Ramin auf Rügen (1868) tätig.

Nach dem Lehrerinnenexamen in Stralsund ging sie im Jahre 1870 nach



Franziska Tiburtius: Die Ärztin und Frauenrechtlerin wurde am 18. Januar 1843 in Bisdamitz auf Rügen geboren und starb am 5. Mai 1927 in Berlin Foto: Wikimedia

London und arbeitete dort als Lehrerin, ebenfalls später in Walton Rectory in der Grafschaft Surrey. Hier reifte ihr Entschluss, Ärztin werden zu wollen. Dabei krepelte sie ihr Leben komplett um, ein ungewöhnlicher Entschluss für eine Frau

ihrer Zeit. Ihr Lieblingsbruder Karl (1834–1910), Oberstabsarzt, und seine spätere Ehefrau Henriette Hirschfeld-Tiburtius – sie hatte selber in den Vereinigten Staaten studiert –, machten ihr Mut zu der Berufswahl.

1871 schrieb sich Franziska in Zürich fürs Medizinstudium ein. 1876, gegen Widerstände von Professoren und Kommilitonen, wurde sie mit der Note „sehr gut“ zum Doktor der Medizin promoviert. Anschließend verbrachte sie noch einmal sechs Wochen bei ihrer Mutter in Ramin auf Rügen.

Nur in Zürich war Studium möglich

Sie schilderte später in ihren Lebenserinnerungen, dass sie bereits dort als Ärztin in Anspruch genommen wurde und die Dorfbewohner wünschten, sie bliebe als besoldete Gemeindeärztin. Doch Franziska nahm die professionelle Laufbahn auf und ging als Volontärärztin nach Leipzig und anschließend an die Königliche Entbindungsanstalt in Dresden.

Trotz der in Zürich erteilten Berufszulassung erhielt sie in Dresden dennoch keine Approbation, worauf ihr Weg sie nach Berlin führte. Da es in Deutschland keine Approbation für Frauen gab, durften sie nicht als Ärztinnen, wohl aber als „Heilpraktikerinnen“ arbeiten. Der Staat versagte die Anerkennung, duldet aber ihre Arbeit.

So gründeten Tiburtius und Emilie Lehmus 1877 in Berlin im Arbeiterviertel, in der Alten Schönhauser Straße 23–24, gemeinsam eine Praxis für Frauen und Kinder. Ob ihre Schwägerin Henriette Hirschfeld-Tiburtius (1834–1911), die in Pennsylvania/USA 1869 ihr Dental-Studium abschloss, und danach in Berlin in der noblen Behenstraße 9 eine Praxis eröffnete, bei der Praxisgründung mitgewirkt hat, ist unterschiedlich beschrieben.

Eigene Praxis in Berlin

1878 erhielten Franziska und Emilie unentgeltlich eine Hofwohnung dazu. Hier entstand eine Poliklinik mit drei Betten für bedürftige Frauen. Nachweislich haben Pauline Ploetz (1866–1942) und Agnes Bluhm (1862–1943), beide haben 1890 ihre Promotion zum Dr. med. ebenfalls in Zürich erhalten, und andere Ärztinnen

eine Zeit lang in der Praxis Alte Schönhauser Straße 23–24 mitgearbeitet. 1906 zog sich Emilie Lehmus mit 65 Jahren aus der Praxis zurück. Sie ging zunächst nach München, wo sie sich noch als Pianistin betätigte, und starb mit 91 Jahren in Gräfenberg, Landkreis Forchheim.

Franziska schaute sich nach Nachfolgerinnen um. Diese fand sie in der Ostpreußin Agnes Hacke (1860–1909) aus Insterburg, die 1897 zur Dr. med. in Zürich promoviert wurde. Sie hatte Erfahrungen in der operativen Gebärmutterentfernung und wurde die neue Partnerin in der Berliner Praxis. Doch dann genügte die vorhandenen Räumlichkeiten nicht mehr. Sie eröffneten 1907 zusammen in der Karl-Schrader-Str. 10 in Berlin Schöneberg eine chirurgische Klinik weiblicher Ärzte für bedürftige Frauen, die keiner Krankenkasse angehörten.

1908 hatte sich Agnes Hacker zur Nachprüfung angemeldet, um sich in Deutschland Ärztin nennen zu dürfen. Sie verstarb 1909 mit 49 Jahren in Schöneberg, bevor sie die Anerkennung erhalten konnte.

Ab 1908 Medizinstudium für Frauen

Tiburtius setzte sich nach 31 Jahren Tätigkeit ohne Anerkennung mit 64 Jahren zur Ruhe. Sie bereiste unter anderem Amerika, Nordafrika und viele Orte in Europa, wie auch immer wieder ihre Heimat auf Rügen. Im Ersten Weltkrieg stellte sich Franziska noch einmal der Wohlfahrt zur Verfügung und half nach Kräften dem Vaterland. Mit 85 Jahren starb sie am 5. Mai 1927 in der Klinik für weibliche Ärzte, welche ihre Schöpfung war.

Sie hat mit ihrem stillen Wirken für die weiblichen Patienten der Zeit viel erreicht. Erst ab 1908 wurden Frauen an preußischen Universitäten zum Medizinstudium und ab 1914 zur Approbation zugelassen.

Franziska Tiburtius hat wichtige Zeichen gesetzt, ihr Grabmal befindet sich in Stralsund.

ENTDECKUNG

Kunstwerk „Wilde Männer“ in Kirche Kenz ist gesichert

Mehr als 600 Jahre alter Kunstschatz – in der Art in Deutschland nicht bekannt

Die „wilden Männer“, drei ungewöhnliche mittelalterliche Wandmalereien in der Dorfkirche Kenz bei Barth (Kreis Vorpommern-Rügen), sind für 25.000 Euro gesichert worden. Die Sicherung der jeweils etwa 1,25 Meter großen Medaillons im Turmbogen der ehemaligen Wallfahrtskirche St. Marien ist je zur Hälfte aus Denkmalmitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Geldern der Zeitstiftung Ebelin und Gerd Bucerius finanziert worden, teilte die evangelische Kirchengemeinde Bodstedt-Flemendorf-Kenz mit.

Die um 1400 entstandene Malerei zeigt den Angaben zufolge in drei Medaillons jeweils das Motiv eines „Wilden Mannes“ mit Fell am Körper, der durch ein Waldgebiet wandert. Dabei unterscheidet sich die Darstellung der einzelnen „Wilden Männer“ in Mimik und Haartracht. Vergleichbare Motive mittelalterlicher Wandmalereien in Kirchen sind im deutschsprachigen Raum nicht bekannt.

Durch ikonographische Elemente unterstützt wird die Deutung, dass drei unterschiedliche Darstellungen des „Wilden Mannes“ als Einladung zum christlichen Glauben verstanden werden können. Eine

umfassende Bewertung der Malereien ist allerdings noch nicht erfolgt.

Auch wegen Zwischendecken sind die Medaillons im Turmbogen hinter der Orgel



2019 wurden durch Zufall diese ungewöhnlichen Wandmalereien in der Dorfkirche entdeckt: Drei unterschiedliche „Wilde Männer“ mit Fell am Körper, bisher einzigartig in Deutschland Foto: Nordkirche

Restauratoren hatten die Malereien im Sommer 2019 durch Zufall entdeckt, weil die Gewölbe des Kirchenschiffes restauriert wurden und eingerüstet waren.

nicht direkt einsehbar, hieß es auf Nachfrage.

Die Malereien sind noch in einem außergewöhnlich guten Originalzustand aus

der Bauzeit erhalten, sodass keine größeren konservatorischen Maßnahmen erforderlich waren. Zur Sicherung sind jetzt unter anderem Risse im und über dem Bogen geschlossen, lose Putze gefestigt und die mittelalterliche Malschicht gereinigt worden. Quelle: epd

St. Marien in Kenz

Die ehemalige Wallfahrtskirche Sankt Marien Kenz wurde um 1398 unweit einer heilkräftigen Quelle als Wallfahrtskirche im Stil der Backsteingotik auf einem Feldsteinsockel errichtet. Kenz entwickelte sich dank der Quelle im 15. Jahrhundert zum meistbesuchten Wallfahrtsort Vorpommerns und wurde im 18. Jahrhundert Kurort. Das achteckige Brunnenhaus, das von etwa 1760 bis 1870 über dem Brunnen stand, wurde 2003 nach dem historischen Vorbild wiedererrichtet.

Die Ausstattung der Kirche ist im Wesentlichen aus gotischer und barocker Zeit. Ins Auge fallen zunächst die wertvollen Glasmalereien in den sechs Chorfenstern (um 1430). Sie zeigen Gestalten aus der Bibel und der pommerischen Geschichte, Szenen aus dem Marienleben sowie Wappen und Architektur und stel-

len den größten Bestand mittelalterlicher Glasmalerei in Mecklenburg-Vorpommern dar.

Außergewöhnlich ist das aufklappbare hölzerne Grabmal (um 1410) des Herzogs Barnim VI. von Pommern-Wolgast, der 1405 an der Pest starb und auf seinen Wunsch in der Kenzer Kirche begraben wurde. An ihn erinnert auch ein 1603 von Herzog Philipp II. gestiftetes Kalkstein-Epitaph. Sehenswert sind ferner ein Triumphkreuz (14. Jahrhundert), Altaraufsatz und Kanzel von Thomas Phalert (um 1695), hörensenswert ist die zweimanualige Orgel mit 15 Registern, die 1847 von Johann Friedrich Schulze aus Paulinzella (Thüringen) gebaut wurde und im Sommer auch zu Konzerten erklingt.

Ev. Kirchengemeinde Kenz

● **Öffnungszeiten** Von Ostern bis Ende Oktober ist die Kirche täglich von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Während der Wintermonate sind Kirchenbesichtigungen nach vorheriger Anmeldung möglich. Bitte hierfür anmelden im Evangelischen Pfarramt Kenz, Brunnenaue 4 in 18314 Kenz. E-Mail: kenz@pek.de oder: gemeindebuero.kenz@t-online.de

„Wo ist die Weitsicht der Russen?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke für Ihren unabhängigen Journalismus, zurzeit ist der Mangelware. Bitte machen Sie weiter so!“

Gisela Löffelmacher, Flensburg



Ausgabe Nr. 7

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ASIATISCHE GIGANTEN

ZU: EIN NEUER KALTER ODER HEISSE KRIEG WÄRE EINE KATASTROPHE FÜR ALLE SEITEN (NR. 8)

Wo ist die Weitsicht der Russen? Vor mehr als 50 Jahren schrieben die Wissenschaftler vom „Club of Rome“: „Heute ist China der kleine Bruder der Sowjetunion, im Jahr 2000 wird es umgekehrt sein.“

Unter den Exportnationen steht heute China auf Platz 1, weit vor den USA. Russland nimmt im weltweiten Vergleich Platz 16 ein. Wahrscheinlich ist Russland zurzeit die stärkste Militärmacht. China hat 1,4 Milliarden Einwohner, also zehnmal so viel wie Russland. Russland, EU und die Vereinigten Staaten zusammen kommen auf knapp eine Milliarde.

Nicht zu vergessen: Da gibt es in Asien noch einen weiteren Giganten mit 1,4 Milliarden Menschen – Indien. Wenn Russland, Europa und die USA nicht zum Spielball dieser Giganten werden wollen, müssen sie zueinanderfinden und nicht gegeneinander arbeiten. China hat in den letzten 30 Jahren jungen Leute in die Welt geschickt, um Wissen aufzusaugen. Andererseits hat die westliche Welt den Chinesen ihr Wissen mundgerecht serviert, in Form von Fabriken. 1,4 Milliarden Chinesen – was für ein Heer von Wissenschaftlern und Technikern kann China aufbieten, die seiner Wirtschaft und seinem Militär Erkenntnisse bereitstellen! Da können weder Russland noch Europa oder die USA mithalten.

Man kann Russland zurzeit mit solchen Argumenten sicherlich nicht kommen. Putin und sein Militär feiern den voraussichtlichen Sieg über die Ukraine und freuen sich, ganz Europa in Angst und Schrecken versetzt zu haben. Spätestens aber, wenn es an der über 4000 Kilometer langen russisch-chinesischen Grenze wieder zu Auseinandersetzungen kommt wie 1968, wird die Einsicht reifen, dass der Krieg mit der Ukraine ein Fehler war. Ein paar kleine Flussinseln im Ussuri waren 1968 der Anlass für die militärische Konfrontation.

Dr. Karl Albert Hahn, Bad Salzungen

SCHACHMATT GESETZTE AFD

ZU: WAS MACHT DER EX-PARTEICHEF NACH DEM AFD-AUSTRITT? (NR. 8)

Dass auch Jörg Meuthen vor Höcke und Co. kapituliert hat, zeigt das Dilemma dieser Partei. Letzter Anlass hierfür dürfte gewesen sein, dass er mit der Absicht einen Matthias Helferich aus der Partei auszuschließen, am Widerstand des „Flügel“ scheiterte.

Die AfD hat zwar eine feste Stammwählerschaft und kommt in den Umfragen stabil über zehn Prozent. Wegen Personen wie Helferich oder Höcke will aber keine andere Partei mit dieser Gruppierung etwas zu tun haben. Das heißt, dass auch die vielen Bürgerlichen, im Sinne der CDU von Helmut Kohl, Konservative und Patrioten, die in der AfD eine Heimat suchten, letztlich nur einen sehr begrenzten Einfluss auf das politische Geschehen im Land haben. Auf Dauer dürfte diese Perspektivlosigkeit dazu führen, dass die AfD immer mehr an Bedeutung verliert. Warum eine Partei wählen, die sich ständig selbst schachmatt setzt?

Hans-Otto Biedenkapp, Grünberg

KLUGE BISMARK-WORTE

ZU: DAS STERBEN DER PENSIONSKASSEN (NR. 6)

Die Angelegenheit Betriebsrente/Pensionskassen ist und bleibt ein Fall von Lug und Betrug. Horst Seehofer sagte über den offenkundigen Rechtsbruch der Grenzöffnung im Jahr 2015: „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts.“

Den Beginn dieses beklagenswerten Zustandes kann man auch in das Jahr 2004 verlegen. Damals beschloss die rot-grüne Bundesregierung mit Unterstützung von CDU/CSU ab dem Jahr 2005 die zusätzlichen Abgaben der Betriebsrentner an die Krankenkassen. So wurden die durch Zuwanderung und Missbrauch entstandenen Defizite ausgeglichen. Bis heu-

te dürfte diese einseitige Enteignung der Betriebsrentner einen Betrag von über 40 Milliarden Euro ausmachen.

Ab Januar 2020 ist durch die Einführung eines Freibetrages (159,25 Euro) die Enteignung etwas abgemildert worden. Wiedergutmachung wäre aber durchaus angebracht. Abschließend noch ein Wort von Otto von Bismarck: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist.“

An dieser Versorgung im Alter vergriff sich die Politik nun seit über 22 Jahren.

Jürgen Zauner, Viersen-Dülken

DEUTSCHE WERTARBEIT

ZU: ERHALT EINZIGARTIGER HÄUSER (NR. 6)

Was an historischen Gebäuden (in Kaukehmen, Kreis Gerdaun in Ostpreußen, d. Red.) noch steht, sind vermutlich die Häuser meines Vaters und unserer Großmutter. Dort lebte mein Vater am Marktplatz 8a und im Eckgebäude unsere Oma. Alle Räume hatten schon damals Zentralheizung, obschon sicher in wichtigen Räumen noch diese großartigen weißen Kachelöfen bis zur Decke aufragten.

Im Hause des ehemaligen Friseursalons waren allein die Wohnzimmer fürstliche 60 Quadratmeter groß. Meines Wissens hatten die Wohnungen bis zu acht Zimmer. Das Abwasser der Bäder wurden in einem unterirdischen Sammelbecken entsorgt, was ausgepumpt werden musste. Vermutlich fehlte eine zentrale Abwasserentsorgung für die etwa 7000 Bewohner der Stadt.

Heute in beklagenswertem Zustand kommt gegebenenfalls noch in letzter Sekunde ein Rettungsplan. Meines Wissens waren in diesen Häusern nur noch ganz wenige Russen zu Hause. Und die prachtvollen Kachelöfen, die Bäder und Heizungsanlagen sind längst abgebaut worden vor Jahrzehnten, und das Interieur angeblich von Litauern geplündert. Falls sich die russischen Besatzer um Besitz-

verhältnisse sorgten, so ist das wohl kaum ein Problem.

Nur, nutzt es uns heute noch? Und würde ich gebeten, dort hinzuziehen: nein, danke! Millionen Euro für Sanierungen sind nicht da, das Alter zu fortgeschritten und die ehemaligen Bewohner längst tot. Ohne diese Menschen hat das Leben dort keinen Sinn. Unter Russen fühlte ich mich sicher nicht heimisch.

1994 war mein Bruder dort. Auf Befragen sagten die dort in unseren Häusern noch lebenden Russen: großartige Häuser, und im Winter so warm. Ja, das war beste deutsche Wertarbeit mit viel Kunst am Bau. Leider wusste das dort zugezogene Volk nichts mit diesem Reichtum anzufangen. Allein in den Kellerräumen lagerten nach 1947 eine Batterie Russen. In den 1930ern war es an Tams und Garfs vermietet, die so etwas wie die Vorkriegs-Aldis waren und diese Lagerkapazität benötigten. Davor war es unter Kaufhaus Scheer bekannt.

Albert Wilhelm Scheer, Schneverdingen

TENDENZ ZU NIEDERSACHSEN

ZU: WIE NRW ZU SEINEM DRITTEN LANDESTEIL KAM (NR. 5)

Der durchaus patriotisch gesinnte sozialdemokratische Regierungspräsident des Regierungsbezirks Detmold, Heinrich Drake, führte den Freistaat Lippe 1947 dem Bundesland Nordrhein-Westfalen zu, weil „Eisen und Stahl“ damals noch lukrativer erschienen. Spätestens bis zum Januar 1952 sollte eigentlich eine Volksabstimmung, wie in einer Demokratie üblich, über den Beitritt zu NRW beziehungsweise Niedersachsen erfolgen. Es erfolgte nie eine Abstimmung, und auch ein bis zum 5. Februar 1956 mögliches Volksbegehren fand nicht statt. Große Teile der Bevölkerung, die damals fast zu 100 Prozent evangelisch-reformiert war, tendierte wohl eher zu Niedersachsen. Noch heute ist die Evangelische Landeskirche Lippe die einzige evangelische Landeskirche Deutschlands, die ausschließlich reformiert ist. Reinhard Tappe, Berlin

ANZEIGE

PLANDEMIC

100 % zensiert. 0 % widerlegt.

■ Mehr als eine Milliarde Menschen aus aller Welt haben den ersten Teil von **PLANDEMIC** gesehen. Die 26 Minuten lange Dokumentation mit der angesehenen Virologin Dr. Judy Mikovits stellte damit einen historischen Rekord auf. Auch der Weltpremiere von **PLANDEMIC 2** (auch bekannt als **PLANDEMIC: Indoctrination**) mit Dr. David Martin, einem Experten für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, gelang mit 2 Millionen Zuschauern ein Weltrekord für einen Livestream.

Die meistgesehene und gleichzeitig am häufigsten zensierte Dokumentation der Geschichte!

Die wahren Hintergründe jetzt enthüllt!

Rasch erklärten die Kritiker, die zweiteilige Serie sei widerlegt. Gleichzeitig beeilten sich die Torwächter der politischen Korrektheit mit beispiellosen Zensurmaßnahmen die »gefährliche Verschwörungstheorie« von den Bildschirmen verschwinden zu lassen.

Dieses Buch ist die Antwort darauf. Denn anders als Videos können Bücher nicht gelöscht werden!

Als Dr. Mikovits die vermeintlich gewagte Behauptung aufstellte, Covid-19 sei im Labor manipuliert worden, wurde sie als »verrückt« verspottet. Als Dr. Martin mit-

hilfe von Patenten und Dokumenten aufdeckte, dass Dr. Fauci gefährliche »Gain-of-Function«-Forschung in den Labors von Wuhan finanziert, lachten die Kritiker nur.

Inzwischen ist ihnen das Lachen vergangen. Glaubwürdige wissenschaftliche Untersuchungen haben jede einzelne zentrale Behauptung, die in den **PLANDEMIC**-Filmen aufgestellt wurde, als zutreffend bestätigt. **PLANDEMIC** gilt nun als eine der ersten und wichtigsten Warnungen vor dem Vorhaben, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger durch medizinische Tyrannei einzuschränken.

Aus erster Hand erleben Sie eine Unterwelt der Verderbtheit, der Lügen und der dunklen Geheimnisse.

Angst ist das Virus | Wahrheit ist die Heilung

KOPP

Mikki Willis (Hrsg. und Co-Autor): Plandemic • gebunden • 224 Seiten • Best.-Nr. 985 500 • 16,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
 Telefax (0 74 72) 98 06 11
 info@kopp-verlag.de
 www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
 Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Das „Tor zur Hölle“

Wenn die Erde brennt – In manchen Regionen der Erde stehen Gas- und Kohlequellen zum Teil schon seit Jahrhunderten in Flammen

Es brennt seit 1971 unaufhörlich: Der von Methangasen gespeiste Krater in der turkmenischen Wüste soll demnächst gelöscht werden

Foto: imago/imagebroker

VON WOLFGANG KAUFMANN

Inmitten der Wüste Karakum, etwa 260 Kilometer nördlich der turkmenischen Hauptstadt Ashgabat und unweit des kleinen 350-Seelen-Dorfes Derweze, schlagen unzählige Flammen aus einem rund 5300 Quadratmeter großen Loch im Sand – und das schon seit Jahrzehnten. Deshalb gaben die Einheimischen dem Krater von knapp 70 Metern Durchmesser und 30 Metern Tiefe den dramatischen Namen Jähenneme aýlan gapy, was auf Deutsch „Tor zur Hölle“ bedeutet.

Die wahrscheinlichste Erklärung für die Entstehung dieses Phänomens ist ein durch die Behörden der früheren Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik vertuschter Unfall bei Bohrarbeiten im Jahre 1971. Laut dem Geologen Anatoly Bushmakin suchten damals Prospektoren unter der Kalksteindecke in der Karakum nach Erdöl, wobei ihre schweren Gerätschaften einbrachen und in eine oberflächennahe Höhle voller Methangas stürzten. Daraufhin wollte der Erkundungstrupp den Inhalt der vermeintlichen Gas-tasche abfackeln, was jedoch nicht gelang, weil aus unzähligen Spalten im Grunde des Loches ständig neues Methan nachströmte. Deshalb schlagen die Flammen bis heute aus dem Erdloch und sorgen für

ein Schauspiel ersten Ranges, das sogar aus dem Weltall zu sehen ist.

Seit etwa 2010 hat sich das sowohl per Auto als auch mit der Trans-Karakum-Eisenbahn leicht zu erreichende Tor zur Hölle sukzessive zur Touristenattraktion entwickelt, womit es der Republik Turkmenistan zu Einnahmen verhilft. Dennoch will der seit 2007 amtierende Präsident des Landes, Gurbanguly Mälikgulyýewiç Berdimuhamedow, welcher 2019 bereits die wenig populäre Umbenennung des Kraters in Garagum ýalkymy (Das Leuchten der Karakum) verfügte, das unterirdische Feuer als bald für immer löschen lassen, nachdem seine erste diesbezügliche Anordnung vom April 2010 ohne Erfolg geblieben war.

Der Löschbefehl des Präsidenten

Am 8. Januar 2022 nannte der Präsident in einer vom Staatsfernsehen übertragenen Rede drei Gründe für den Löschbefehl: Die Umweltverschmutzung durch den Rauch der Brände, mögliche gesundheitliche Schäden bei den Bewohnern der Region um den Krater und der Verlust an wertvollem Erdgas, mit dessen Export Turkmenistan „beträchtliche Gewinne“ erzielen könnte.

Die Umsetzung der Weisung von Berdimuhamedow dürfte jedoch alles andere als einfach sein, denn jede der fünf poten-

tiellen Löschmethoden birgt ernsthafte Probleme oder Risiken. Wenn Löschschaum zum Einsatz käme, müsste dieser den gesamten Krater ausfüllen, wozu eine erhebliche Menge Wasser nötig wäre, das es vor Ort nicht gibt. Das „Ausblasen“ des Feuers mittels Sprengstoffexplosion würde erfordern, die Ladung auf dem Grund des glühendheißen Kraters zu platzieren, ohne dass diese vorzeitig detoniert. Und im Falle der Verwendung von 196 Grad Celsius kaltem Flüssigstickstoff stellt sich natürlich die Frage des Transports bis zum Einsatzort. Zudem genügt eine einzige Zündquelle und das Feuer flammt wieder auf.

Option Nummer Vier besteht in der Erzeugung eines kleinen Erdbebens, welches die Aufstiegskanäle für das Gas blockieren könnte – oder auch nicht. Als besonders aufwendig gilt die letzte Möglichkeit, nämlich das Verschließen des Kraters mit einem riesigen Deckel. Dann ließe sich das Gas aber auffangen und nutzen.

Sollte irgendeines dieser Verfahren zum Erfolg führen und die Flammen im Tor zur Hölle ersticken, müssten die Touristen, welche bisher nach Derweze zogen, um das Spektakel zu beobachten, mit weniger eindrucksvollen Alternativen vorliebnehmen. Davon gibt es dann allerdings einige, wobei zwischen Erdgas- und Kohlefeuern zu unterscheiden wäre. Bei-

spiele für erstere sind der „Brennende Berg“ Yanar Dağ in Aserbaidschan und das „Feuer der Chimäre“ bei Yanartaş in der Türkei 70 Kilometer südwestlich des Badeortes Antalya, das schon seit mindestens 2500 Jahren lodert.

Brennende Berge in Deutschland

Ebenso bereits aus der Antike bekannt sind die Flammen von Baba Gurgur, dem „Vater des Feuers“ im Norden des Irak. Möglicherweise wird dieses Naturschauspiel sogar im Kapitel Drei des Buches Daniel im Alten Testament beschrieben und beeindruckte desgleichen bereits den Eroberer Alexander den Großen, als dieser Anfang Oktober 331 v. Chr. nach der Schlacht von Gaugamela auf Babylon vorrückte.

Definitiv noch älter ist die „ewige Flamme“ im australischen Bundesstaat New South Wales bei Wingen 224 Kilometer nördlich von Sydney. Das in 30 Metern Tiefe durch den Sandstein des hier aufragenden Burning Mountain führende Kohleflöz glimmt nach Schätzungen von Geologen schon seit 6000 Jahren – wahrscheinlich entfacht durch Blitzeinschläge. Andere solcher natürlicher Kohlebrände von langer Dauer, welche teilweise ebenfalls Schaulustige anziehen, sind aus Kanada, China, Indien, Indonesien, Neuseeland, Südafrika sowie den USA bekannt.

Und wer nicht so weit reisen will, kann auch in Deutschland fündig werden. Hier befindet sich der Brennende Berg, der zwischen dem Saarbrücker Stadtteil Dudweiler im Westen und dem Sulzbacher Stadtteil Neuweiler im Osten liegt. Um 1660 herum geriet dort die dicht unter der Oberfläche anstehende Fettkohle in Brand, weswegen nach wie vor an manchen Stellen des heutigen Naturdenkmals Rauch aufsteigt. Desgleichen gibt es am Hohen Meißner im Fulda-Werra-Bergland oberhalb der ehemaligen Bergamtssiedlung Schwalbenthal die „Stinksteinwand“. In deren Bereich hatten sich im 17. Jahrhundert Braunkohleflöze entzündet – was bis zum heutigen Tag für charakteristische Gas- und Rauchaustritte sorgt.

Ein weiterer unterirdischer Steinkohlebrand entstand 1479 bei Planitz unweit der sächsischen Stadt Zwickau – angeblich ausgelöst durch Büchschüsse in einen Fuchsbau hinein. Der „Planitzer Erdbrand“ wurde allerdings um 1860 durch bergmännische Maßnahmen erstickt. Dahingegen erlosch die durch Erdgas gespeiste und seit dem 15. Jahrhundert bekannte „heilige ewige Flamme“ namens Api Abadi Mrapen unweit der Ortschaft Manggarmas auf der indonesischen Insel Java am 25. September 2020 urplötzlich ganz von allein und aus bislang nicht geklärter Ursache.

KÜCHE

Ein gärender Prozess

Vitaminreiches aus dem Einmachglas – Fast schon in Vergessenheit geraten, kommt Fermentation wieder in Mode

Lebensmittel ohne Erhitzen haltbar zu machen, ist keine Erfindung des 21. Jahrhunderts. Die Methode des Haltbarmachens mit Hilfe von Mikroorganismen und Bakterien ist sogar uralt. Doch sie wird gerade wiederentdeckt.

Oma hat gewusst, dass Fermentieren eine prima Methode war, um Lebensmittel lange nutzen zu können. Doch das Schneiden, Raspeln, Salzen und stundenlange Stampfen zum Beispiel von Weißkohl war mühsam und zeitaufwendig und ist irgendwann in den letzten 100 Jahren aus der Mode gekommen. Das fertige Produkt Sauerkraut gibt es heute schließlich in jedem Supermarkt fertig zu kaufen.

Neben dem Dörren von Obst und dem Räuchern von Fleisch und Fisch wird nun jedoch auch das Fermentieren – von lateinisch „fermentatio“ („gären machen“) – wiederentdeckt und in der häuslichen

Küche zelebriert. Auslöser für diesen Trend ist unter anderem der Wunsch nach gesunder Ernährung mit einem hohen Vitamingehalt. Fermentiertes Gemüse hat einen guten Ruf. Der Vitamingehalt ist höher als bei eingekochtem oder lange gelagertem Gemüse. Zudem wird den Milchsäurebakterien, wie sie beim Sauerkraut zu finden sind, nachgesagt, dass sie die Darmflora stärken. Die wiederum hat Einfluss auf das Immunsystem.

Wer sich die Mühe macht, Gemüse selbst zu fermentieren, muss allerdings etwas Geduld aufbringen. Im Fall von Sauerkraut muss man zunächst den Kohlkopf fein raspeln, mit Salz versehen und anschließend stampfen. Sobald sich so viel Lake gebildet hat, dass der Kohl bedeckt ist, wird das Gefäß mit einem Teller abgedeckt, der zusätzlich beschwert wird. Dann braucht es vor allem Zeit, und zwar

so viel Zeit, dass die Bakterien ihren Job machen und den Kohl zu Sauerkraut wandeln können, indem sie den Zucker zersetzen. Nach rund sechs Wochen (immer



Hausgemacht: Eingemachtes Gemüse Foto: Shutterstock

bei Zimmertemperatur) ist das Sauerkraut fertig. Aus hartem Kohl und Salz ist weiches, saures Sauerkraut geworden. Vorausgesetzt, dass der Gärungsprozess nach Plan verläuft. Schief gehen kann so einiges beim Fermentationsprozess.

Wichtig ist beim Fermentieren, dass nur die richtigen, die guten Bakterien oder Enzyme an die Arbeit dürfen. Die Behälter, in denen das Gärgut aufbewahrt wird, müssen zuvor ausgekocht werden, damit sich keine „schlechten“ Bakterien einmischen können. Ebenso kommt dem Abdecken während der Gär-Wochen eine wichtige Rolle zu. Gelangt während des Fermentierungsprozesses Sauerstoff an das Gemüse, kippt der Vorgang, es kann sich Schimmel bilden.

Hat man den Bogen raus, gelingt das Fermentieren aber keineswegs nur mit Kohl. Auch Möhren, Rote Beete, Blumen-

kohl lassen sich auf diese Weise haltbar machen. Wer es gerne etwas schärfer mag, wagt sich an das koreanische Kimchi heran, das aus Chinakohl hergestellt wird. Dieses Lebensmittel wird in Korea als Beilage zu fast allen Mahlzeiten gereicht und erobert seit einigen Jahren zunehmend europäische Teller. In Korea hat jede Familie ihr spezielles Kimchi-Rezept.

Zu Beginn der Saison treffen sich die Frauen der Familie und bereiten gemeinsam einen Tag lang Kimchi für die nächsten Monate vor. Gemeinsam geht die Arbeit eben besser von der Hand und ganz nebenbei wird auch der Zusammenhalt gestärkt. Erinnert Sie das an Geschichten von Oma Friede und Tante Helga? Vielleicht kommt bei uns demnächst auch das gemeinsame Herstellen von Bratheringen, Sauerkraut und Mixed Pickles wieder in Mode. *Stephanie Sieckmann*

● FÜR SIE GELESEN

Gedenken an Ulrich Schacht

Am 9. März 2018 starb der passionierte Schriftsteller, streitbare Intellektuelle und tiefgläubige lutherische Protestant Ulrich Schacht in seiner schwedischen Wahlheimat Förslöv auf Schonen. Unter dem Titel „Wegmarken und Widerworte. Ulrich Schacht zum 70. Geburtstag“ erschien zu seinem Gedenken eine Sammlung mit 60 Beiträgen von Schriftstellerkollegen, Freunden und Wegbegleitern.

Die Aufsätze unter anderem von Sigrid Damm, Wolf Biermann, Vera Lengsfeld, Eckart Kleßmann und Nicolaus Fest reflektieren lebhaft und facettenreich Schachts Leben und Werk sowie die Debatten mit dem universal gebildeten und argumentierenden Schriftsteller, der weithin als umstritten galt, „in einer Welt mit ihren dauerhaften Konfliktstoffen, ihrem Ringen um Wahrheit in widersprüchlichen Lebenswirklichkeiten“.

Herausgegeben wurde der fein bilderte Band von zwei engen Freunden Schachts, dem Theologen Thomas A. Seidel und dem Schriftsteller Sebastian Kleinschmidt. Seidel ist Nachfolger Schachts als Leiter der 1987 von diesem mit gegründeten Evangelischen Bruderschaft St. Georgs-Orden. Die meisten Gründungsmitglieder stammten aus der damaligen DDR, waren entweder in die Bundesrepublik Deutschland ausgereist oder im Zuge des Freikaufs politischer Häftlinge in die Bundesrepublik gekommen. Letzteres traf auf Ulrich Schacht zu, der am 9. März 1951 im Frauengefängnis Hoheneck geboren wurde, in dem seine Mutter inhaftiert war. *Dagmar Jestrzanski*

Thomas A. Seidel/Sebastian Kleinschmidt (Hrsg.): „Wegmarken und Widerworte. Ulrich Schacht zum 70. Geburtstag“, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2021, Broschiert, 347 Seiten, 29 Euro

Grünes Leben im Alltag

„Im Winter in Decken eingehüllt bei Kerzenschein sitzen, weil draußen die Solaranlage zugeschneit ist und der Wind gerade Flaute hat – und es deswegen keinen Strom für die Elektroheizung gibt“, lautet Teil 2 der satirischen Gedanken in Peter Borbes Buch „Leben in der Grünen-Welt“.

Bei seinen oft satirisch zugespitzten Betrachtungen stützt der Autor sich auf grüne Wahlprogramme sowie auf Twitter-Aussagen einzelner Parteimitglieder oder Ortsverbände. Sein Anliegen ist es, eine Lücke in der öffentlichen Auseinandersetzung mit politischen Parteien zu schließen, denn in den seltensten Fällen würden die Grünen thematisiert, so Borbe.

Das Buch soll zeigen, dass in der Welt grüner Politiker in vielen Punkten Realität und Satire kaum noch zu unterscheiden seien. Herausgekommen ist eine kurzweilige Lektüre. *MRK*



Peter Borbe: „Leben in der Grünen-Welt. Ein satirischer Blick in eine grüne Zukunft“, Verlag tredition, Hamburg 2021, broschiert, 126 Seiten, 7,99 Euro

BILDBAND DER WOCHE



Wo Deutschland am schönsten ist

Der Dumont-Verlag präsentiert in einem ansprechend aufgemachten Bildband mehr als 100 Ziele in den Naturparks unseres Landes

FOTO: SHUTTERSTOCK

Bereisenswerte Orte gibt es in jedem deutschen Bundesland, und sie stellen oft wahre Paradiese dar, wie es der Titel des Dumont-Buchs „Paradiese vor der Haustür“ suggeriert. Der großformatige Bildband informiert über die Entstehung des Konzepts zur Einrichtung von 25 Naturparks im Jahr 1956 nach der Idee des Hamburger Kaufmanns Alfred Toepfer sowie die Umsetzung und Entwicklung bis heute. Inzwischen haben die Naturparks

eine Gesamtfläche, die so groß ist wie die Bayerns und Baden-Württembergs zusammen.

Gegliedert von Nord nach Süd werden in dem Buch 101 sehenswerte Landschaften beispielsweise von der Holsteinischen Schweiz über das Stettiner Haff, das Havelland, Vulkanregionen in der Eifel und den Vogelsberg bis zum Teutoburger Wald (siehe oben), jeweils mit großflächigen Fotos und erläuternden Texten vor-

gestellt. Der Bildband lädt dazu ein, die Naturparadiese einmal selbst zu besuchen, und er leistet für viele Lesern sicherlich Überzeugungsarbeit.

Manuela Rosenthal-Kappi

Bernd Pieper: „Paradiese vor der Haustür. Deutschlands Naturparke“, Dumont Reiseverlag, Ostfildern, 4. Auflage 2021, gebunden, 256 Seiten, 29,90 Euro

ASTROPHYSIK

Ist der Mensch allein im All?

Der an der Harvard-Universität lehrende Astrophysiker Avi Loeb kritisiert eine zu konservative Forschung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Gegensatz zu dem, was sein Titel suggeriert, geht es in dem Buch „Außerirdisch“ aus der Feder des aus Israel stammenden Astrophysikers Avi Loeb keineswegs nur um „Intelligentes Leben jenseits unseres Planeten“. Vielmehr kritisiert das Werk auch die teilweise höchst beklagenswerten Zustände im heutigen Wissenschaftsbetrieb.

Mysteriöser Besucher aus dem All

Zunächst dreht sich erst einmal alles um einen mysteriösen kosmischen Besucher namens Oumuamua, was im Hawaiiianischen „Kundschafter“ bedeutet. Dieser wurde am 19. Oktober 2017 von dem kanadischen Astronomen Robert Weryk mittels des Pan-STARRS-Teleskops auf Hawaii entdeckt und gilt als das erste innerhalb unseres Sonnensystems beobachtete Objekt, welches interstellarer Natur ist, also mit Sicherheit einem anderen Sternensystem entstammt. Heute kann niemand sagen, woher Oumuamua genau kam. Doch damit nicht genug: Ebenso streiten die Wissenschaftler darüber, ob es sich bei dem „Kundschafter“, der mit beeindruckenden 300.000 Kilometern pro Stunde durch das Sonnensystem schoss, um einen Kometen, Asteroiden oder etwas ganz anderes handelte, weil seine physikalischen Eigenschaften Rätsel aufgeben.

Das inspirierte Loeb, der seit 1997 an der renommierten Universität von Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts

lehrt, und dessen Post-Doktoranden Shmuel Bialy zu einer scheinbar gewagten Theorie: Die seltsamen Bahndaten von Oumuamua bei gleichzeitigem Fehlen jeglicher Ausgasungen von Material während des heiklen Vorbeiflugs an der Sonne könnten daraus resultieren, dass es sich bei dem Besucher aus dem All um ein extrem dünnes, aber sehr stabiles Objekt von großer flächenmäßiger Ausdehnung handelte, welches durch den Strahlungsdruck unseres Zentralgestirns vom Kurs abgedrängt worden ist. Wobei solche Objekte in der Natur nicht vorkämen, weswegen man zwangsläufig von einem künstlich geschaffenen „Sonnensegel“ ausgehen müsse.

Und tatsächlich eignen sich derartige Konstruktionen als Antrieb für Welt- raumfahrzeuge: Den ersten erfolgreichen diesbezüglichen Versuch unternahm die japanische Raumfahrtagentur JAXA bereits 2010 mit ihrer Venus-Sonde „Ikaros“.

Fachwelt lehnte die Theorie ab

Wie nicht anders zu erwarten war, stieß die unkonventionelle Erklärung von Loeb und Bialy auf massive Ablehnung seitens der Fachwelt, denn sie impliziert logischerweise, dass Oumuamua von einer außerirdischen Intelligenz auf die Reise geschickt wurde – vielleicht, um nach anderen bewohnten Welten wie eben unserer Erde zu suchen. Aber genau dies ist laut Loeb die einzig mögliche Erklärung für das, was man über den inzwischen schon längst wieder in den Tiefen des Alls verschwundenen „Kundschafter“ weiß.

Und hier setzt seine Kritik am gegenwärtigen Forschungsbetrieb ein: Die allermeisten Naturwissenschaftler seien zu konservativ und gingen den Weg des geringsten Widerstandes, um es sich nicht mit ihren Geldgebern zu verscherzen und keinen Karriereknick zu riskieren. Dabei hätten sie aber die fachliche und ethische Verpflichtung, alle vorhandenen empirischen Belege vorurteilsfrei zu prüfen. Und die sprächen im Falle von Oumuamua eine absolut klare Sprache: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein derart atypisches Objekt auf natürlichem Wege entstehen und mehrere Lichtjahre weit durch den Weltraum fliegen könne, liege bei Eins zu einer Billion, wohingegen die Sonnensegel-Hypothese aus astrophysikalischer Sicht rundum plausibel daherkomme.

„Der Mensch ist nicht allein im All“

Deshalb fordert Loeb seine Fachkollegen auf, sich nicht länger zu weigern, die Botschaft von Oumuamua wahrzunehmen: Der Mensch ist keineswegs allein im All! Und wenn man dafür bisher noch keine anderen Beweise gefunden habe, könne dies durchaus bedeuten, dass Zivilisationen nur eine mehr oder minder kurze Zeit existieren, bevor sie wieder vergehen. Das allein sollte der Menschheit bereits Warnung genug sein und zur Suche nach anderen intelligenten Lebensformen motivieren. Diese würde „uns aus unserem begrenzten Rahmen herausreißen, aus unserer Gewohnheit, nur eine oder zwei Generationen vorauszublicken und die Zukunft unserer Zivilisation nicht an erster Stelle vor Augen zu haben“.

In diesem Zusammenhang plädiert Loeb für die Etablierung eines neuen Zweiges der Astronomie, nämlich der Weltraumarchäologie: „Ähnlich wie Archäologen, die die Erde aufgraben ..., müssen Astronomen nach technischen Zivilisationen suchen, indem sie im Weltraum graben.“ Schließlich gebe es „viele Möglichkeiten, wie außerirdische Zivilisationen ihre Existenz ... ins All hinausposaunen können“.

Weltraumarchäologie vonnöten

Gleichzeitig sollten Astroarchäologen aber „auch nach Belegen für außerirdisches Leben im Hinterhof unseres Planetensystems suchen“. So beispielsweise auf den Oberflächen von Mond und Mars oder anderen nahegelegenen Himmelskörpern.

Abschließend verweist Loeb darauf, dass es sowohl Phantasie als auch Demut erfordere, die „völlige Gewöhnlichkeit der Menschheit“ anzuerkennen, denn auf nichts anderes laufe die Suche nach Außerirdischen ja in letzter Instanz hinaus. Aber was wäre die Alternative? Den Kopf in den Sand zu stecken und eines Tages dann vollkommen unvorbereitet überrascht zu werden?



Avi Loeb: „Außerirdisch. Intelligentes Leben jenseits unseres Planeten“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2021, gebunden, 264 Seiten, 22 Euro

ROSSITTEN

Ein Abschied für immer

Mitten im Zweiten Weltkrieg verbrachte eine Mutter mit ihren Kindern einen Winterurlaub auf der Kurischen Nehrung

VON GERTA LUTHER

Gut 79 Jahre ist es her, im Kriegswinter 1942/43. Ich stand, von Königsberg kommend, mit meinen drei Kindern, in deren mageren Gesichtern das dritte Kriegsjahr sich schon deutlich abzeichnete, auf dem Bahnhof des kleinen Ostseebades Cranz. Ein kleiner Autobus sollte uns nach dem Fischerdorf Rossitten bringen, mitten auf die Kurische Nehrung, und das im Winter! „Auf solch einen Gedanken kannst auch nur du kommen!“, sagte mein Mann, als ich ihm meinen Plan unterbreitete. Die Kinder hatten alle drei Scharlach gehabt und sollten auf ärztliche Anordnung eigentlich ins Gebirge. Aber welche Mutter reiste wohl im Kriege mit drei Kindern gern weite Strecken, wo täglich feindliche Bomber über unserem Vaterland ihre Bahn zogen! Also musste ein Ausweg gefunden werden. Die verschneiten Wanderdünen von Rossitten sollten uns ein ideales Skigelände bieten, und „Brettel“ hatten wir!

Erholungsurlaub von Scharlach

Der Bus musste eine Panne gehabt haben, denn er ließ uns drei volle Stunden warten. Inzwischen hatte es angefangen, tüchtig zu stienen. Die Gesichter der Kinder wurden lang und länger. Endlich hörten wir ein unverkennbares Rattern sich immer näher an uns herankämpfen, und wirklich, der heißersehnte Bus stand vor uns. Halbverklammte Menschen stiegen heraus und wünschten uns mit vielsagenden Blicken eine glückliche Reise. Bald hatten wir unser Plätzchen, nachdem die Skier auf dem Dach des Busses angeknallt worden waren. Nun hieß es noch einmal, Geduld haben, denn der Fahrer, dessen Hände verdächtig schwarz waren – wohl von der Beseitigung einer Panne unterwegs –, musste erst zur Erwärmung drei ostpreußische Grog zu sich nehmen! Dann blitzten die Scheinwerfer auf, und vorwärts ging es in den brausenden Ostwind. Die Kinder versuchten vergebens, ein Loch in das Eis am Fenster zu hauchen. Bald kam das letzte Haus von Cranz. Die ausgefahrenen Löcher auf der Nehrungsstraße wurden immer größer und häufiger. Anfangs machte es den Kindern Spaß, wenn sie so plötzlich von ihren Sitzen in die Höhe geworfen wurden und sich etwas unsanft wieder setzten, allmählich aber empfanden wir diesen Sport etwas schmerzlich. Wir fuhren auf das einsame Fischerdörfchen Sarkau zu.

Von Cranz ging's mit dem Bus weiter

Schier undurchdringlich schien der die Straße einsäumende Wald zu sein. Grup-



Auf der Kurischen Nehrung: Verschneite Wege
Foto: Archiv PAZ



Im Winter auch auf der Kurischen Nehrung ein beliebter Sport: Skifahren

Foto: Archiv PAZ

pen von kleinen Kiefern drängten sich dicht aneinander. Die Schneelast drückte die Kronen fast auf die Erde. Ab und zu lief eine Elchfährte über den Weg. Große Sturmmöwen begleiteten uns schreiend und wendeten sich dann wieder der tosenden See zu. Da endlich tauchte das erste Haus auf. Es war die Jugendherberge. Mit seinen blaugemalten Fensterläden guckte es freundlich in die Schneelandschaft. Nun dauerte es auch nicht mehr lange, da waren wir mitten im tiefverschneiten Fischerdörfchen Sarkau. Erinnerungen an einen hier verlebten Sommer tauchten auf. Hier wurden die Flundern noch mit Kienäpfeln geräuchert. Nachdem sich eine verummte Fischersfrau mit vielen Paketen aus unserem Bus hinausgeschoben hatte, setzten wir unsere Fahrt fort.

„Zum wilden Elch“ in Rossitten

Es wurde immer ungemütlicher, denn der Wind nahm eher noch an Stärke zu. Die Kinder traten sich die Füße warm und pusteten in die Hände. Mühsam kämpften wir uns die einsame Nehrungsstraße entlang, denselben Weg, den einst Königin Luise auf der Flucht vor Napoleon nach Memel gefahren war. Wenn wir die zur See führenden Schneisen überquerten, packte uns jedes Mal mit voller Wucht der Sturm. Die Kinder wurden von Stunde zu Stunde stiller. Der Fahrer machte uns darauf aufmerksam, dass wir eben an den ersten Häusern von Rossitten vorbeigefahren waren. Wir konnten schon längst nicht mehr aus unseren vereisten Fenstern sehen. Wir mussten aber schon im Ort sein. Hier war die Nehrung breiter, und der auf der Seeseite liegende Wald hielt den Wind gut ab, da wir auf der Haffseite führen.

Begegnung mit Segelfliegern

Endlich hielt der Bus vor unserem Gasthaus „Zum wilden Elch“. In der Gaststube luden uns ein warmer Kachelofen und ein runder Tisch zum Abendbrot ein. Noch

nie haben Milchsuppe und Bratkartoffeln mit Spiegelei so gut geschmeckt! Dann wanderten wir in unser Zimmerchen. Hier türmten sich riesige Federbetten, und ein kleiner eiserner Ofen versuchte, sein Bestes an Wärme zu spenden. Es dauerte nicht lange, da schliefen auch schon die Kinder in süßer Ruh. Jetzt erst entdeckte ich, dass unser Zimmer zwei winzige Fenster nach dem Haff zu hatte. Eine eigenartige Helle strömte herein. Ich stand leise auf und sah ein bezauberndes Bild. Der Mond schien so friedlich auf das silberglänzende Haff. Am Ufer schaukelten die schweren, schwarzen Kurenkähne mit ihren holzgeschnitzten Wimpeln. Wie friedlich war es hier, als lebten wir gar nicht in einem furchtbaren Kriege. Hier sollten sich die armen Kinder erholen, dafür wollte ich schon sorgen.

Wanderung nach Kunzen

Die Morgentoilette ging ziemlich schnell vor sich, denn inzwischen war unser Öfchen und also auch unser Zimmer eiskalt geworden. Fröhlich fanden wir uns im warmen Gastzimmer zum Frühstück ein. Die dicke Kaffeekanne dampfte schon auf dem runden Tisch in unserer Ofenecke. Der Sturm hatte in der Nacht nachgelassen, und zwischen den noch jagenden Wolkenfetzen lugte ein klarer blauer Himmel hervor. Der Briefträger sprach sogar von kommandem Sonnenschein. Und er sollte Recht behalten. Bald waren unsere Brettel gewachsen, und nun hieß es: Zeigt mal eure Kunst! Damit war freilich nicht allzu viel Staat zu machen. Wir hielten Kurs auf den Schwarzen Berg, das Wahrzeichen Rossittens. Er ist eine mit Krüppelkiefern bepflanzte Wanderdüne, auf deren Höhe sich einsam eine Wetterstation befindet. Wie liebten wir den Schwarzen Berg schon vom Sommer her! Unzählige Grünlinge und Edelreizker hatte er uns geschenkt, sodass wir Mühe gehabt hatten, unseren Pilzsegen nach Hause zu bringen. In seligen Erinnerungen schwebend, war ich mit den Mädels ein

gutes Stück vorwärtsgekommen. „Mutti, bleib mal stehen!“, hörten wir ein Stimmchen hinter uns. Ja, richtig, unser kleiner Fünfjähriger, den hatten wir ja beinahe vergessen! Die Mädels hatten sich schon zur Abfahrt bereitgemacht. Da blieben sie wie angewurzelt stehen und zeigten mit ihren Skistöcken in die Luft. Es kreisten über uns wie große silberne Vögel lautlos Rossittens Segelflieger. Nun sahen wir auch ihren Startplatz und hinter ihm das blaue Haff und die hohen Wanderdünen, die im Sommer so gelb leuchteten. Jetzt ging bergab, und auch der kleine Jochen rutschte hinter uns her, mal kollerte er auch, aber das machte nichts. Der weiche Pulverschnee war so ertragen, und die Sonne lachte noch immer. Höher und höher wagten wir uns, und wir entdeckten die schönsten Schneisen mit zum Teil steilen Abfahrten. Rossitten ein Skiparadies, wer hätte das gedacht!

Es stürmte und stiemte tagelang

Bald flog eine warme Hülle nach der andern in den Schnee; wir fuhren in Blusen, da es uns zu warm wurde. Zu Hause in Königsberg hätten wir wohl schon längst bei solcher Sonne Tauwetter gehabt, aber hier an der Küste hielt sich der Schnee gut. Es gab lange Gesichter, als ich um 12 Uhr zum Heimweg aufrief, denn das Mittagessen war fällig. Kaum war das erledigt, da quälten mich alle drei, wieder Skilaufen zu dürfen. Und wirklich, alle waren munter bei der Sache, es ging schon weit besser als vorhin. Immer wieder entdeckten wir neue schöne Abfahrten. Allmählich begann es leise zu schneien, wir mussten wieder zu unseren Pullovern und Schals greifen. Eine Stunde hielten sich die Kinder noch tapfer, doch als das Schneetreiben sich mehr und mehr verstärkte, waren sie nicht böse, dass ich zum Heimweg aufrief. Das Gasthaus „Zum wilden Elch“ zog uns mit magischer Kraft an. Der Kachelofen strahlte eine wohlige Wärme aus, und die dampfenden Pellkartoffeln mit der Specksauce wurden freu-

dig begrüßt. Da tat sich die Tür auf, und etwa zwanzig Segelflieger kamen mit Akkordeonmusik herein. Sie staunten, in dem im Winter so einsamen Gasthaus „Zum wilden Elch“ Gäste vorzufinden, und sie erkannten uns wieder als die Skihasen, die sie aus der Luft auf dem Schwarzen Berge beobachtet hatten. Bald hatten wir Freundschaft miteinander geschlossen, zumal meine Mädels, auch manch flottes Liedchen auf dem Akkordeon spielen konnten. So verging die Zeit im Fluge.

An den Abenden machte ich mit den Kindern immer noch einen Spaziergang durch das Dorf zum Haff. Hier türmten sich die Eisschollen am Ufer auf. Die schweren Kurenkähne waren inzwischen auf Land gezogen worden, denn es sah nicht so aus, als ob in der nächsten Zeit die Kälte nachlassen würde. Auch der berühmten Vogelwarte statteten wir manchen Besuch ab.

Die Kinder hatten sich gut erholt

Eine Wanderung nach dem Fischerdörfchen Kunzen möchte ich noch erwähnen. Man hatte uns in Rossitten die Richtung gezeigt, und so ging es mutig über die verschneiten Felder und Wiesen ohne Weg und Steg. Diesmal wanderten wir ohne Skier. Ein frischer Wind kam auf. Die Sonne war hinter einer grauen Wolkenwand längst verschwunden. Endlich erreichten wir das erste Fischerhaus. Es war fast eingeschneit. Wir fragten uns nach einem kleinen Gasthaus durch und erwärmten uns hier an heißem Kaffee. Kuchen gab es leider nicht. Die wenigen Fischer, die Pfeife rauchend bei einem Grog beisammen saßen, konnten sich nicht genug über unsern Einfall wundern, bei solcher Kälte so eine Wanderung zu machen, und sie ermahnten uns, bald heimwärts zu gehen, denn es hatte inzwischen angefangen zu schneien. Bald waren wir wieder mitten in Schnee und Eis und gingen in Richtung auf Rossitten. Heute denke ich wohl noch mit Schauern an diesen anstrengenden Weg. Der Wind ging in Sturm über, und es stiemte so, dass wir nur mit Mühe die Richtung auf Rossitten halten konnten. Bald war der eine, bald der andere in einer tiefen Schneewehe eingesunken, und einmal lagen wir auch der Länge nach auf einem gefrorenen Bach. Gott sei Dank kamen wir noch vor dem Dunkelwerden in Rossitten an, wo man schon in großer Sorge um uns war.

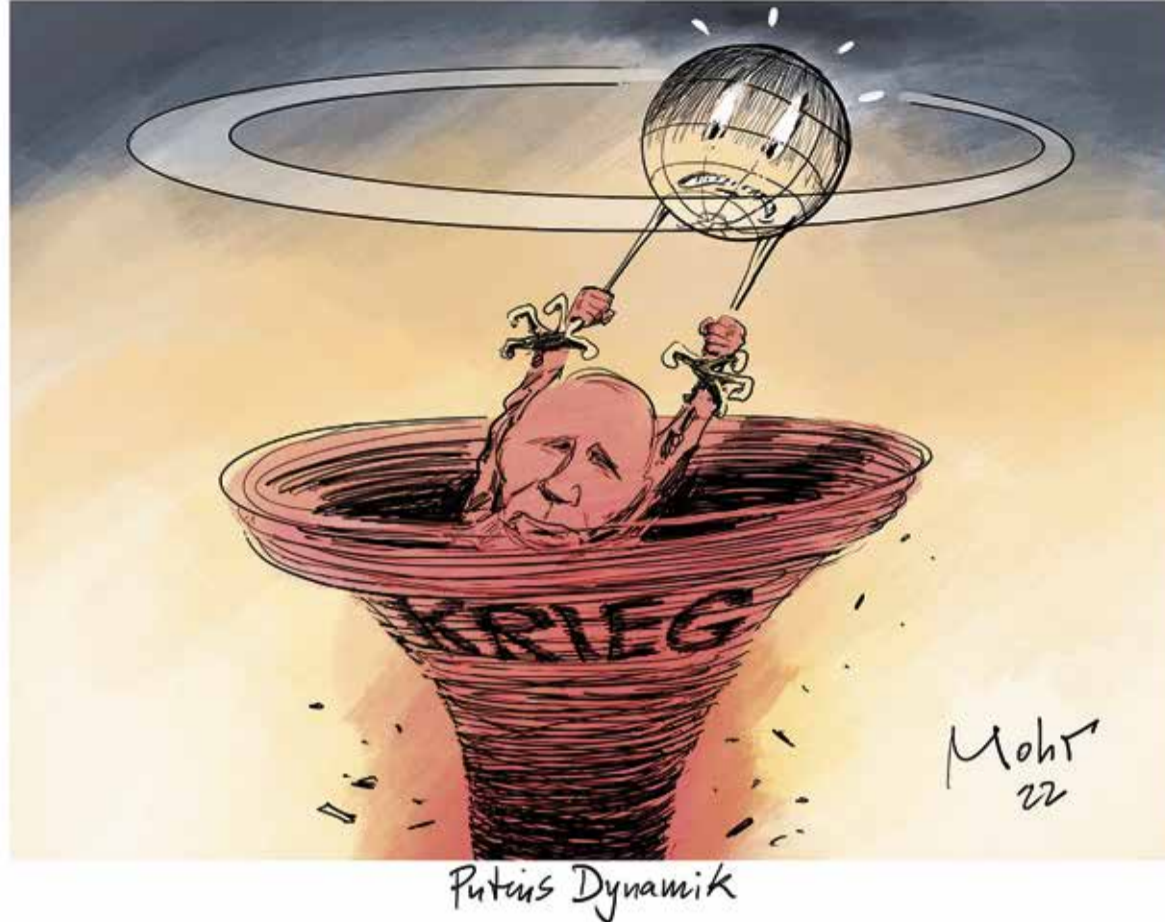
Es stürmte und stiemte tagelang, und so fiel uns der Abschied nicht allzu schwer, als uns eines Tages der Bus wieder zur Heimfahrt nach Cranz abholte. Die Kinder hatten sich gut erholt. Allmählich entschwand das geliebte Rossitten unseren Blicken. Wir ahnten damals nicht, dass es ein Abschied für immer sein sollte.



Am Ufer des Kurischen Haffs: Keitelkähne
Foto: Archiv PAZ

● AUFGESCHNAPPT

Im politisch korrekten Gender-Zeitalter kann es von offizieller Seite gar nicht weit genug gehen. So hieß es vergangene Woche auf der „Facebook“-Präsenz der deutschen Botschaft in Thailand wörtlich: „Heute ist der Internationale Tag der Elter-1-Sprache. Er wurde 1999 von den Vereinten Nationen als ‚Tag der Muttersprache‘ ins Leben gerufen wurde.“ Es ist peinlich genug, dass es eine Auslandsvertretung nicht für nötig hält, einen Text, der sich zudem noch auf die eigene Sprache bezieht, zu korrigieren und ein fehlerhaftes „wurde“ nicht entfernt. Wirklich bedenklich allerdings ist der Begriff „Elter-1“ – in einer Welt der Geschlechtsneutralität ein neues Wort für „Mutter“. Die Botschaft informierte auch darüber, dass „rund 130 Millionen Menschen Deutsch als Elter-1 oder Zweitsprache sprechen“, und dass es „die meistgesprochene Elter-1-Sprache in der Europäischen Union und Amtssprache in sieben Ländern“ sei. Gut angekommen war das Ganze nicht, der Eintrag wurde bald wieder entfernt. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Heeresinspekteur **Alfons Mais** gibt angesichts des Krieges in der Ukraine ein vernichtendes Urteil über die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ab. Auf LinkedIn (24. Februar) schreibt er:

„Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.“

Der Osteuropa-Historiker **Karl Schlögel**, Jahrgang 1948, spricht in der „Welt“ (27. Februar) sehr offen über die Schwierigkeiten seiner Generation, sich auf die neue Weltlage einzustellen:

„Ich gehöre zu einer Generation, die friedensverwöhnt und friedensgewöhnt war und Krieg und Gewalt nur als mediale Sache angesehen hat. Ich habe den Kriegsdienst verweigert, war in der Vietnam-Bewegung. Wir hatten von der Härte der Welt eigentlich keine Vorstellung, trotz Jugoslawien, Tschetschenien und so weiter. Das Updaten der eigenen Vorstellungen, das Hinaufarbeiten auf die Höhe der Wirklichkeit, das ist eine harte Sache. Mir kommt es vor wie die späte Prüfung einer friedenszeitverwöhnten Generation.“

Andrej Kosyrew, russischer Außenminister von 1990 bis 1996, schrieb im Facebook-Blog (1. März) von Igor Rudnikow („Novye Koljossa“) über den Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt:

„Diese militärische Kampagne wird mit einer Niederlage enden, nach der Russland der Ukraine Reparationen zahlen muss ... Es wird keinen militärischen Sieg in der Ukraine geben, wir werden in Schande abreisen müssen.“

Oliver Stock mahnt, nicht zu vergessen, dass auch am Ende des Ukraine-Konflikts Verhandlungen stehen müssten. Im „Focus“ (28. Februar) fordert er, den Draht zu Putin nicht völlig abreißen zu lassen:

„Es heißt: Die Freiheit gegen einen Diktator zu verteidigen, der keine andere Sprache mehr als die der Waffen versteht. Das ist nur zu verständlich. Es heißt aber auch: Der Gesprächsfaden ist gerissen. Mit Putin wird nicht mehr verhandelt. Und das ist ein Fehler von historischem Ausmaß ... Wie ein Rausch zieht der Patriotismus durch Städte und Dörfer. Er weht, ja er stürmt seit der historischen Debatte im Bundestag vom Sonntag wieder durch Deutschland. Er fühlt sich an, wie das, was Historiker über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs berichten.“

● WORT DER WOCHE

„Putins Krieg durchkreuzt praktisch alles, was wir uns vorgenommen haben, die Klimaziele vorneweg.“

Sigmar Gabriel, früherer Finanzminister und Ex-SPD-Chef, im „Spiegel“ vom 26. Februar

DER WOCHENRÜCKBLICK

Als es morgens Nacht wurde

Wie eine ganze Epoche an nur einem Tag endete, und wer das aber nicht wissen will

VON HANS HECKEL

Kalt erwischt“ ist noch lau ausgedrückt. Putins Angriff hat uns brutal aus dem Bett geschleudert, in dem wir vom Frieden in Europa, diplomatischen Lösungen und der Magie von Gespräch und Verständigung träumten. Rumm, das war's. Krieg, Sirenen, Bomben, Tod – und die Schwelle zum Atomkrieg.

Nicht einmal der Mann hat das kommen sehen, der es von Amts wegen als erster Deutscher hätte erkennen müssen. Bruno Kahl, der Chef unseres Auslandsgeheimdienstes BND war ausgerechnet gerade in Kiew, als es losging. Wohl, um von seinen ukrainischen Kollegen zu erfahren, was sich da eigentlich zusammenbraute. Erst verpasste Kahl seine eigene Evakuierung und dann wurde er am Kriegstag 2 von einem BND-Spezialkommando gen Polen herausgeschafft.

Kahl ist ein Musterbeispiel dafür, wie in Deutschland in jüngerer Zeit Posten besetzt wurden. Er steht seit 2016 an der Spitze der Spione. Doch während seine Vorgänger den größten Teil ihres Berufslebens im Geflecht des deutschen Geheimdienst-Apparats verbracht hatten, bevor sie die Führung des Auslandsdienstes übernahmen, hatte Kahl vor seinem Karriereprung nicht die leiseste Berührung mit diesen Gefilden.

Aber er war ein enger Vertrauter von Wolfgang Schäuble, folgte ihm als Zuarbeiter von der Leitung der CDU/CSU-Fraktion ins Innen- und schließlich ins Finanzministerium. Zum Schluss war er dort als Ministerialdirektor Leiter der Abteilung für Privatisierungen, Beteiligungen und Bundesimmobilien. Und dann eben BND-Chef – warum auch nicht? Wir stellen diese Frage, um eine andere umgehen zu können, nämlich: Warum? Wer sich diese Frage stellt, dem kreisen so klebrige Antworten durch den Kopf wie „Versorgungsposten“ oder „Dank für treue Dienste“. In den Medien wurde Kahl nach seiner überraschenden Ernennung als „verschwiegen, loyal und fleißig“ beschrieben. Genau das haben wir gemeint.

Noch wichtiger als eine funktionierende Auslandsaufklärung ist in Kriegszeiten das Funktionieren der Militärführung. Da sitzt seit Kurzem Verteidigungsministerin Christine Lambrecht drauf. Und was zeichnet den bisherigen Werdegang der Sozialdemokratin vor dem Hintergrund ihrer jetzigen Tätigkeit ganz besonders aus? Sie ahnen es: Nämlich,

dass sie sich bislang nie auch nur in einer einzigen Funktion mit Verteidigungspolitik beschäftigt hat. Schon seit 1998 im Bundestag, hat Lambrecht nicht einen Tag im Verteidigungsausschuss gesessen. Das Militärische liege ihr nicht so, soll sie gesagt haben. Wer ihren verknitterten Gesichtsausdruck gesehen hat, als sie auf einem Panzer posierte, glaubt ihr das aufs Wort.

Nachdem sie 2019 erst einmal das Justizressort bekommen hatte, wollte Lambrecht im Herbst ja auch eigentlich Innenministerin werden. Den Posten bekam aber Nancy Faeser (selbstredend auch eine vorzügliche Wahl!) – da war Genossin Lambrecht auf einmal über, was schon wegen der Frauenquote nicht sein durfte. Also warf ihr Kanzler Scholz die Landesverteidigung vor die Füße.

Im Hause angekommen holte sie sich alte Getreue nach, die sich ebenso wenig für Verteidigung erwärmen können wie sie, und bildete mit ihnen eine Art Wagenburg aus lauter Fachfremden, wie aus dem Flurfunk des Ministeriums nach außen drang. Lambrechts wichtigste Anliegen seien Sachen wie der „Kampf gegen Rechts“ in der Bundeswehr oder die Ernennung weiblicher Generäle.

Das Ende der Tri-Tra-Trullala-Republik

Dann kam der Krieg, und Lambrecht sieht auf einmal aus wie eine Karikatur jener linksideologischen Tri-Tra-Trullala-Republik, die am 24. Februar 2022 von der Weltgeschichte begraben wurde, als es früh am Morgen Nacht wurde über Europa. Plötzlich dreht sich alles um „das Militärische“, um Sieg oder Niederlage an der Front, statt um die weltanschauliche Verdächtigung der Truppe oder die Frauenquote.

Mittlerweile herrscht ziemlicher Stunk im Verteidigungsministerium. Verblüffenderweise machen die hohen und höchsten Offiziere aus ihrem Herzen auch keine Mördergrube mehr und lassen ihrem Frust freien Lauf. Dilettantismus sei das, was sich an der Spitze des Hauses zutrage. Und nun soll Lambrecht auch noch einen Giganten-Etat von zusätzlichen 100 Milliarden Euro sinnvoll verplanen.

Der 100-Milliarden-Beschluss ist irgendwie beides: Ein großer Befreiungsschlag und eine panische Flucht nach vorn ebenso. Was am Ende dabei herauskommt, liegt ganz zentral am Verteidigungsminister. Was das wohl werden wird? Lambrechts Steckenpferd „Kampf gegen Rechts“ hat durch die jüngsten

Eigentlich wollte sich Christine Lambrecht dem „Kampf gegen Rechts“ und der Frauenquote bei Generälen widmen. Dann kam der Krieg



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Ereignisse einen besonders tiefen Kratzer abbekommen, auch wenn sich die mediale Öffentlichkeit große Mühe gibt, diesen Punkt nicht tiefer zu betrachten. Womit hat Putin seinen Angriff noch gerechtfertigt? Er wolle die Ukraine „entnazifizieren“, die „Nazis“, die in Kiew regierten, davonjagen. Offenbar hat der Kreml-Herr mitbekommen, dass man im Westen unter dem Vorwand, es gehe schließlich gegen „Nazis“, seinem Gegner zu setzen kann wie man will.

Zu seinem Pech hat Putin den Antifa-Bogen mit seinem perfiden Vorwand derart überspannt, dass er gebrochen ist. Zumal mit Wolodymyr Selenskyi ausgerechnet ein Mann jüdischen Glaubens an der Spitze des angeblichen „Nazi-Regimes von Kiew“ steht. Da geht dann selbst der Dummste nicht mehr mit und lernt: „Nazi“ bedeutet heute nicht mehr als „der Gegner, den ich maximal beschimpfen will“. Ein Anwurf also, der so hohl ist wie eine taube Nuss. Nur ekliger.

Wo wir gerade bei Vorwänden sind: Putin lässt die Demonstranten, die sich in Moskau und zahllosen anderen Städten Russlands mutig gegen seinen Krieg stellen, mit der Begründung verhaften, sie verstießen gegen die Pandemie-Regeln – alles „Nazis“ und „Corona-Leugner“. Dazu sagen wir jetzt mal nichts.

Ja, wir wurden aus den Betten geschleudert, die Landung war hart. Obwohl: Mehr als 40 Millionen Ukrainer, die jetzt täglich Tod und Verstümmelung ins Auge sehen, hätten unsere Sorgen liebend gerne. Oder seine, also die von Karl Lauterbach. Der klammert sich immer noch an seine Bettdecke. Lauterbachs erster Kommentar zum Ukraine-Krieg dürfte in die Geschichte eingehen.

Gegenüber Euronews sagte der deutsche Gesundheitsminister: „Die Welt hat wirklich Besseres zu tun, als sich mit den Großmachtphantasien von Putin zu beschäftigen. Wir müssen den Klimawandel bekämpfen, wir müssen die Pandemie bekämpfen, wir müssen neue Pandemien verhindern.“

Aufschlussreich, wie der Minister die Bereiche „wirklich“ (Klimarettung, Weltbedrohung durch Omikron) und „Phantasie“ (Ukraine-Krieg) zuordnet. Da sieht man die ganze Verwirrung jener zu Ende gegangenen Epoche noch einmal vor sich aufgeblättert. Um diese Epoche ist es „wirklich“ nicht schade, entsetzlich nur, dass ihr Ende auf eine so furchtbare Weise gekommen ist, die sich niemand vorstellen mochte, die einen jeden bis ins Mark erschüttern muss.